Stenographisches Protokoll.

4. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

III. Gesetzgebungsperiode. **Mittwoch, 25. Mai 1927.**

Inhalt.

Personalien: Angelobung Emmy Freundlich (65).

Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds: Bericht des Ministeriums für soziale Verwaltung über Stand und Gebarung im Jahre 1926 nebst Rechnungsabschluß für 1926 — Ausschuß für soziale Verwaltung (114).

Verhandlungen: 1. Fortsetzung der 1. Lesung der Dritten Zolltarifnovelle (B. 10) — Tauschitz (65), Müller (67), Dr. Gürtler (74) — Zollausschuß (79);

2. 1. Lesung der Regierungsvorlagen, betr. das Mittelschulgesetz (B. 1) und betr. die Bürgerschulnovelle (B. 2) — Bundesminister Schmitz (79), Glöckel (84), Volker (96), Dr. Wotawa (101), Leuthner (105), Dr. Hofer (108), Horvatek (110), Zangel (112) — Ausschuß für Erziehung und Unterricht (114).

Ausschüsse: Mitteilung des Präsidenten von der Konstituierung der Geschäftsausschüsse (65).

Zuweisung der Regierungsvorlage B. 5 an den Finanz- und Budgetausschuß (114).

Eingebracht wurden:

Anträge: 1. Zarboch, Dr. Wagner, betr. Maßnahmen für die von einer Wetterkatastrophe betroffenen Hauer in den niederösterreichischen Weinbaugebieten (33/A);

2. Scheibein, Abram, betr. die Unterstützung des Baues einer Wasserleitung in der Gemeinde Häring (34/A);

3. Scheibein, Abram, betr. die Wiedererrichtung eines Bezirksgerichtes im Zillertale (35/A);

4. Scheibein, Abram, betr. die Verbundlichung von Lehrpersonen an der Innsbrucker Handelsakademie (36/A).

Anfragen: 1. Hölzl, Finanzminister, betr. die Trafikbesetzungsvorschriften (7/I);

2. Leuthner, Bundesregierung, betr. Wahrung staatlicher Hoheitsrechte gegenüber der römischen Kurie (8/I);

3. Dr. Schönbauer, Bichl, Minister für Land- und Forstwirtschaft, betr. den Notstand der burgenländischen Weinbauern (9/I);

4. Pistor, Dewaty, Minister für Land- und Forstwirtschaft, betr. Notstandsmaßnahmen für die in den Weingärten und landwirtschaftlichen Kulturen der Steiermark angerichteten Schäden (10/I).

Präsident **Miklas** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 10 Min. vorm.

Abg. Emmy Freundlich leistet die Angelobung.

Präsident teilt mit, daß sich nachstehende Ausschüsse konstituiert und gewählt haben:

Der Finanz- und Budgetausschuß zum Obmann Dr. Renner, zum 1. Obmannstellvertreter Buchinger, zum 2. Obmannstellvertreter Partik;

der Justizausschuß zum Obmann Dr. Ramek, zum 1. Obmannstellvertreter Dr. Eisler, zum 2. Obmannstellvertreter Dr. Waiß;

der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft zum Obmann Födermayr, zum 1. Obmannstellvertreter Pölzer, zum 2. Obmannstellvertreter Eisenhut;

der Ausschuß für soziale Verwaltung zum Obmann Richter, zum 1. Obmannstellvertreter Spalowsky, zum 2. Obmannstellvertreter Heitzinger;

der Verfassungsausschuß zum Obmann Dr. Alfred Gürtler, zum 1. Obmannstellvertreter Rieger, zum 2. Obmannstellvertreter Dr. Aigner;

der Zollausschuß zum Obmann Eldersch, zum 1. Obmannstellvertreter Buchinger, zum 2. Obmannstellvertreter Streeruwitz;

der Rechnungshofausschuß zum Obmann Dr. Ellenbogen, zum 1. Obmannstellvertreter Buchinger, zum 2. Obmannstellvertreter Partik;

der Ausschuß für Erziehung und Unterricht zum Obmann Kunschak, zum Obmannstellvertreter Volkert;

der Ausschuß für Handel zum Obmann Heinl, zum Obmannstellvertreter Dr. Ellenbogen;

der Ausschuß für Heereswesen zum Obmann Dr. Deutsch, zum Obmannstellvertreter Dr. Jerzabek;

der Ausschuß für Verkehrswesen zum Obmann Tomschik, zum Obmannstellvertreter Dr. Odehnal;

der Unvereinbarkeitsausschuß zum Obmann Dr. Odehnal, zum Obmannstellverteter Dr. Danneberg.

Es wird zur T. O. übergegangen. Der erste Punkt der T. O. ist die Fortsetzung der 1. Lesung der Dritten Zolltarifnovelle (B. 10).

Tauschitz: Hohes Haus! Die Regierung hat gestern als erstes Gesetz die Dritte Zolltarifnovelle dem hohen Hause vorgelegt. Wir wissen der Regierung Dank für diese Vorlage, obwohl wir bedauerlicherweise feststellen müssen, daß es wieder nur ein schwacher Versuch mit unzulänglichen Mitteln ist, die Wiedergutmachung eines schweren Unrechtes, das im Jahre 1924 an der österreichischen Landwirtschaft begangen wurde, anzubahnen. Alle Zolltarifnovellen bleiben so lange ein Schlag ins Wasser, als das Inkrafttreten der neuen Zollsätze infolge

handelsvertraglicher Bindungen unmöglich ist. Wenn wir nach den Ursachen der heutigen Wirtschaftskrise in Österreich fragen, so können wir hiefür leider sehr viele Gründe angeben. Eine nicht zu unterschätzende Ursache dieser wirtschaftlichen Not ist zweifellos auch das Zollgesetz des Jahres 1924, das wohl der Industrie einen Schutz angedeihen ließ, das aber die österreichische Landwirtschaft vollkommen schutzlos der ausländischen Konkurrenz überläßt. Dieses Zollgesetz hatte für die Volkswirtschaft die nachteiligsten Folgen. Während man auf der einen Seite der Industrie einen Schutz angedeihen ließ, hat man auf der andern Seite die Konsumkraft eines der wichtigsten Inlandskonsumenten, des Bauernstandes, nahezu auf Null reduziert. Keine Industrie aber wird auf die Dauer auf den Inlandskonsum verzichten können. Der Bauer ist der beste Konsument für die industriellen und gewerblichen Produkte, aber nur dann, wenn er in der Lage ist, seine eigenen Produkte, seinen Überschuß in der eigenen Wirtschaft zu einem Preise an den Mann zu bringen, der sich über den Gestehungskosten befindet.

Wie schaut es aber mit der Preisbildung und den Gestehungskosten der landwirtschaftlichen Produkte im Vergleich zur Vorkriegszeit aus? Ich muß vorwegnehmen, daß die Lage der Landwirtschaft auch in der Vorkriegszeit keine rosige war. Immerhin konnte sich aber der Bauer bei großem Fleiß und bei eiserner Sparsamkeit behaupten. Der Preis für 1 Kilogramm Lebendgewicht Schlachtvieh betrug rund 1 Goldkrone, heute beträgt der Preis für 1 Kilogramm Lebendgewicht Schlachtvieh nach dem Berichte des letzten Klagenfurter Marktes 1·4 S bis 1·2 S. Wir stehen also, wie Sie sehen, mit unseren Produkten weit unter der Parität. Der Bauer bekommt für seine Hauptprodukte, die er unter höheren Gestehungskosten als in der Vorkriegszeit erzeugen muß, einen Preis, der unter der Parität ist. Und wie steht es mit der Kaufkraft der Goldkrone? Während sich die bäuerlichen Produkte unter der Goldparität befinden, sind die industriellen und gewerblichen Produkte, auf deren Zukauf er angewiesen ist, dank der sozialen Belastung und anderer Ursachen, weit über der Parität. So kosten zum Beispiel die industriellen und gewerblichen Produkte das 16.000- bis 18.000fache, der Bauindex beträgt sogar das 21.000fache.

Ähnlich wie mit den Viehpreisen steht es mit einem zweiten landwirtschaftlichen Hauptprodukt, dem Holz. In der Vorkriegszeit rechneten wir in Kärnten mit einem durchschnittlichen Stockholzpreis von 18 Goldkronen, während man heute als Durchschnittspreis höchstens 18 S, also um ein Drittel weniger, annehmen kann. Der Preis hängt natürlich von den Bringungsmöglichkeiten ab. Die Bauern in höheren Lagen und in den tiefen Gräben müssen sich mit einem Stockholzpreis von 5 S bis 6 S begnügen.

Aus diesen wenigen Zahlen ersehen Sie die katastrophale Lage des Bauernstandes, die das Leben von der Substanz entweder aus der Wirtschaft, aus dem Stall oder aus dem Wald zur Folge hat oder, was leider schon die Regel geworden ist, die fortschreitende Verschuldung des Bauernstandes herbeiführt. Ich möchte den Gegnern der Agrarzölle, die sich gern in theoretischen Erwägungen für und wider bewegen, empfehlen, lieber auf dem Boden der Wirklichkeit zu bleiben und einmal Einblick in die Landeshypothekenanstalten zu nehmen; dort werden sie die Saat der verfehlten Handelspolitik Österreichs in der fortschreitenden Verschuldung des Bauernstandes sehen, die schließlich und endlich, wenn hier nicht Wandel geschaffen wird, zu dem Untergang der Bauernschaft führen muß.

Ganz katastrophal gestaltet sich die Lage der Pferdezuchtgebiete, und zwar jener Teile unserer engeren Heimat, in denen eine Umstellung auf die Viehzucht nicht möglich ist. Ich verweise hiebei insbesondere auf das Gailtal, auf das Drautal und auf das Glantal. In diesen Tälern ist infolge der Wasserverhältnisse die Schaffung eines Vorfluters nicht möglich, eine Meliorierung der Wiesen somit ausgeschlossen. Diese Gebiete sind daher auf die Pferdezucht angewiesen. Nachdem nun der Pferdeabsatz vollkommen stockt und außerdem beispielsweise das Gailtal voriges Jahr von einer Hochwasserkatastrophe heimgesucht wurde, ist die Not in diesem Tale eine überaus große. Es muß die bedauerliche Tatsache festgestellt werden, daß die Lebensbedingungen in diesem Tale derart traurige sind, daß es seine Bewohner nicht mehr zu ernähren in der Lage ist und daher die Jungmannschaft von ganzen Gemeinden sich bereits zur Auswanderung nach Amerika gezwungen sieht. Ich möchte die Regierung bei dieser Gelegenheit bitten, besonders diesem Tal ihre Aufmerksamkeit zu widmen und ihm ihre besondere Fürsorge angedeihen zu lassen.

Ich habe schon früher gesagt, daß wir eine der Hauptursachen der landwirtschaftlichen Notlage unter anderem in dem Mangel an Schutzzöllen erblicken, ohne uns jedoch von der Erhöhung der Zölle allein eine dauernde Rettung zu erhoffen. Wir wissen, daß wir infolge unserer geographischen Lage immer dem starken Druck von seiten der Vieh und Getreide produzierenden Länder, wie der Balkanländer, Ungarns, Rumäniens, Polens usw., ausgesetzt sein werden. Immer werden diese Länder mit ihrem agrarischen Überfluß zu uns hereindrängen, und wir werden immer die ersten sein, die den Anprall dieser Länder auszuhalten haben werden. Wir brauchen daher, um diesem Hochdruck standhalten zu können, ein Entlastungsventil nach dem Westen. Die deutsche Zollgrenze muß fallen. Wir erstreben die Zollunion

mit Deutschland, um mit unserem Nutz- und Zuchtvieh, insbesondere auch mit unseren Pferden, hinaus zu können. Es freut mich, hier feststellen zu können, daß der Gedanke der Zollunion, dessen Priorität wir uns unbedingt vorbehalten müssen, nunmehr Gemeingut der Arbeitsmehrheit dieses Hauses geworden ist und daß die Verwirklichung der Zollunion nunmehr nähergerückt erscheint. In der Zollunion erblicken wir unsere endgültige Rettung, wobei diese natürlich nur eine Vorstufe für den endgültigen Anschluß, den wir auch aus nationalen Gründen sehnsüchtig erwarten, sein kann.

Das vorliegende Zolltarifgesetz bedeutet keine einschneidende Maßnahme in unserer Wirtschaftspolitik. Fast alle Waren, für die eine Zollerhöhung vorgeschlagen wird, sind ja in den Handelsverträgen hinsichtlich des Ausmaßes ausdrücklich gebunden, so daß wirklich nur der Zollsatz für Naturbutter Aussicht hat, rasch in die Wirklichkeit umgesetzt zu werden. Auch die Zölle auf die Getreidearten, die nicht tarifmäßig gebunden sind, werden keine einschneidende Änderung erfahren, ja werden nicht einmal — auch nicht mit Bewilligung des Hauptausschusses — annähernd durchgesetzt werden können, solange der Mehlzoll durch den ungarischen Handelsvertrag in derart ungünstiger Weise gebunden ist, weil durch eine Erhöhung des Getreidezolles nichts erzielt würde, als daß die Überschwemmung mit ausländischem Mehl noch größer würde.

Der Landbund begrüßt naturgemäß diese Vorlage wie jede Zolltarifvorlage, die den landwirtschaftlichen Wünschen wenigstens grundsätzlich etwas näherkommt. Ich muß jedoch leider feststellen, daß diese Zolltarifnovelle um drei Jahre zu spät kommt. Wenn wir sie durchgehen und uns daran erinnern, was die Präsidentenkonferenz im Frühjahr 1924, also vor drei Jahren, als unumgänglich notwendiges Ausmaß bezeichnet hat, so sehen wir, daß mit einem solchen autonomen Zolltarif wirklich ein Handelsinstrument hätte geschaffen werden können, mit dem in den Verträgen mit den Nachbarstaaten etwas erreicht werden könnte. Damals ist aber gegen die Warnung des Landbundes und gegen unsere Stimmen ein Zolltarif angenommen worden, der geradezu lächerlich war, und die Folgen sind die unglücklichen Handelsverträge, die sich beständig auswirken und die auch diesen neuen Zolltarif nicht zur Wirkung kommen lassen.

Wenn wir nun die heutige Zolltarifnovelle mit den damaligen Vorschlägen der Präsidentenkonferenz vergleichen, so finden wir, daß sie mit wenigen Ausnahmen trotz der schlechten Erfahrungen der letzten drei Jahre noch immer hinter den Ansätzen zurückbleibt, die schon damals vorgeschlagen wurden. Eine Erhöhung ist nur bei den Schlacht- und Nutzviehzöllen und bei den Fleischzöllen festzustellen. Eine ganze Reihe überaus wichtiger Tarifposten fehlt aber gänzlich. Nicht nur vom landwirtschaftlichen, auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt und vom Standpunkt unserer gesamten Produktion ist es unverständlich, daß die Kartoffel ohne jeden Zollschutz bleibt, gerade jenes Produkt, dessen Erzeugung besonders gefördert werden müßte, weil doch der Hackfruchtbau unmittelbar eine Intensivierung der Landwirtschaft bedeutet. Für den kleinen und mittleren Bauern von höchster Wichtigkeit ist das Fehlen der Schweinezölle. Wir finden in der Novelle nicht einmal die Vorschläge der Präsidentenkonferenz vom Jahre 1924, die einen autonomen Zollsatz von 25 Goldkronen vorsahen. Heute ist die handelsvertragsmäßige Bindung 9 Goldkronen, und die Regierungsvorlage bringt leider keine Änderung. Ebenso müssen wir mit Bedauern feststellen, daß Geflügeleier, in Kisten verpackt, beliebig aus dem Ausland eingeführt werden können, daß also Millionen polnischer Eier ohne jeden Schutz eingeführt werden können. Daneben aber ist eine Post Geflügeleier, unverpackt oder lose verpackt, auf die ein Zoll gelegt ist. Ein einheitlicher, lückenloser Zollschutz auch für Geflügeleier ist dringend notwendig.

Der Landbund wird im Ausschuß im einzelnen zu den verschiedenen Tarifposten Stellung nehmen. Heute betont er aber schon, daß die von ihm vertretenen landwirtschaftlichen Kreise darüber einig sind, daß dieser Zolltarif keine wirksame und wirkliche Änderung in der Wirtschaftspolitik unseres Staates und in der agrarischen Politik bringen kann. Denn selbst wenn der autonome Zolltarif geschaffen würde, es gäbe keine Änderung ohne eine wirkliche Änderung der Handelspolitik. Wir müssen daher unbedingt eine Revision der Handelsverträge verlangen. *(Zustimmung.)*

Wir stimmen naturgemäß für diesen Zolltarif, es bleibt aber weiterhin die Tatsache bestehen: die Absatzkrise und die wirtschaftliche Not ist und bleibt und wird durch diesen Zolltarif, auch wenn er Gesetz wird, nicht behoben. Die Absatzkrise könnte in erster Linie nur dadurch behoben werden, daß wir das System der Einfuhrscheine bei uns endlich einführen, durch das eine Einfuhrregelung und insbesondere eine Einfuhrdrosselung zu gegebener Zeit möglich ist. Mit der Behebung der landwirtschaftlichen Absatzkrise wäre ein großer Schritt nach vorwärts getan, denn das alte Sprichwort hat auch heute noch immer Geltung: Hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt. *(Lebhafter Beifall.)*

Adolf **Müller:** Hohes Haus! Die Herren von der Regierung und von den Mehrheitsparteien, die bis jetzt zu dieser lebenswichtigen Frage Stellung genommen haben, haben durch ihre Ausführungen den Eindruck zu erwecken versucht, als ob die Erledigung dieser Regierungsvorlage, die Fortführung dieser Hochschutzzollpolitik ein Instrument wäre, um die furchtbare Wirtschaftskrise, unter der auch die

landwirtschaftliche Bevölkerung so sehr leidet, zu mildern und vielleicht zu beseitigen. Man muß aber sagen, daß es nur eine ganz kleine Minderheit von Landwirten ist, die von den Zollerhöhungen, die da geplant sind, einen wirtschaftlichen Vorteil haben würden. Die große Masse der Arbeitsbauern, weit über 60 Prozent in den Ländern unserer Republik, werden mit dieser Zollpolitik, falls sie zur Tatsache wird, dieselben traurigen Erfahrungen machen und durch sie dieselbe Verelendung erfahren, die sie selbst oder ihre Väter in der Vorkriegszeit, in der Zeit der Hochschutzzollpolitik von 1906 bis 1914, praktisch miterlebt haben. Ich lege besonderen Wert darauf, daß das anläßlich der Beratung dieses Gesetzes auch von dieser Stelle sehr deutlich festgestellt werde, insbesondere um auch der breiten Öffentlichkeit die notwendige Erklärung dafür zu bieten, warum im allerkleinsten Dorf die Gegensätze unter den Bauern, soweit sie sich als solche bezeichnen — es nennt sich ja im Dorf draußen jeder einen Bauer, ob er nun einen halben Hektar Grund besitzt und bearbeitet oder ob er Zehntausende davon besitzt —, warum, sage ich, auch im letzten und kleinsten Dorf derselbe tiefgehende, krasse wirtschaftliche und politische Gegensatz besteht wie in der Stadt, wie in der Industrie, wie unter allen übrigen Schichten des Volkes. Es nützt daher nichts, immer wieder zu sagen, daß wir Sozialdemokraten diesen Gegensatz erzeugen, daß wir diese Unterscheidung zwischen Kleinbauern und Großbauern, zwischen Arbeitsbauern und Herrenbauern nicht werden durchzusetzen vermögen. Diese Methode nützt Ihnen nichts, weil es nicht von unserem Willen abhängt, diesen Gegensatz zu schaffen. Wir sind ja nur dazu da, als das Vollstreckungsorgan des Willens der schwerleidenden Arbeitsbauern, der Kleinbauern, der Dorfproletarier draußen hier zu reden, für ihre Interessen, für ihre Forderungen hier einzutreten, die gerade die gegensätzlichen von dem sind, was in dieser Regierungsvorlage und in all den Reden der Mehrheitsparteien, soweit es sich um die Zollvorlage handelt, zum Ausdruck gekommen ist.

Über die Tatsache, daß ein so ungeheurer Prozentsatz unserer gesamten landwirtschaftlichen Betriebe, weit über 60 Prozent, nichts anderes sind als genau solche Unterhaltswirtschaften, wie sie jeder Arbeiter, jeder Angestellte, jeder Kaufmann und jeder Gewerbetreibende führen muß, über diese Tatsache kommen Sie mit all Ihren Reden und Behauptungen nicht hinweg. Der weitaus größte Teil dieser Unterhaltswirtschaften, beziehungsweise ihre Inhaber sind Konsumenten, ebenso wie es der Arbeiter, der Angestellte ist. Es ist bedauerlich, daß man es immer wieder sagen muß, daß die Herren von den Mehrheitsparteien aus diesen furchtbaren wirtschaftlichen Krisenerscheinungen ihrer eigenen Berufskollegen nichts gelernt haben und nichts lernen wollen, aus dem sehr einfachen Grunde, weil sie hier absolut nicht gewillt sind, die Interessen, die wirklichen Lebensfragen der Arbeitsbauern zu vertreten, sondern weil sie hier nur eine Gruppe des Bauernvolkes vertreten: die Herrenbauern. *(Lebhafter Beifall. — Widerspruch.)* Aus dieser Tatsache der Verarmung der Arbeitsbauerschaft sind die Gegensätze im Dorf entstanden. Die Gegensätze sind in der Zeit vor dem Kriege dagewesen, und sie sind wieder in krasser Form in den letzten Jahren zum Vorschein gekommen, seitdem Sie die ganzen Kosten der Sanierungspolitik, die ganzen Kosten aller jener Maßnahmen, die Sie, nicht im Interesse der breiten Massen des Volkes, sondern im Interesse der Reichen, der Minderheit des Volkes, gemacht haben, den Massen auch auf dem Lande aufgelastet haben. Seitdem ist die neuerliche Verarmung, die Verelendung, die Verschuldung im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise eingetreten.

Wir kennen die Herren draußen im Dorfe, die Herrenbauern, deren Sprachorgan Sie hier sind, wir kennen die Herrenbauern, die am Herrentisch im Dorfwirtshaus, mit dem Pfarrer an der Seite, die Politik gegen die Arbeitsbauern, gegen die Kleinbauern, gegen die Armen im Dorfe machen *(Zustimmung und Widerspruch)*, die Sie hier vertreten und verteidigen, in deren Interesse Sie hier diese hochschutzzöllnerische Politik machen. Sie können uns nie und nimmer, schon auf Grund der Erfahrungen der Hochschutzära vom Jahre 1906 bis zum Jahre 1914, nachweisen, daß die Massen der Gebirgsbauern, die Massen der Mittelbauern aus der damaligen hochschutzzöllnerischen Politik Vorteile gehabt haben.

Aus diesem Geiste, der in den Herrenbauern des Dorfes bei jeder Gelegenheit gegen die Arbeitsbauern, gegen die Kleinbauern zum Ausdruck kommt, der genährt und gezüchtet wird, weil er nichts anderes ist als ein unvermeidlicher Bestandteil des Bedürfnisses der Herrschenden in unserem Volke, ihre Macht zu erhalten, aus diesem Geiste heraus ist auch der ganze furchtbare Terror geboren, der nun zur Armut, zum Elend und zur Not draußen im Dorfe noch dazugekommen ist. Es ist ein wirklicher Schrei furchtbarster Empörung über die Ereignisse, die sich in den letzten Wochen nach dem 24. April nicht in einem Dorfe, nicht aus Zufälligkeiten, sondern systematisch, planmäßig geleitet und geführt, zugetragen haben. Es ist die Furcht der Herrenbauern im Dorfe um ihre Macht, die sie verleitet hat, gegen die Kleinen in so terroristischer Weise vorzugehen. An der Spitze dieser Terrorakte in Niederösterreich steht ein Pater, ein geistlicher Herr, der Pater Sturm, der Redakteur des Organs des niederösterreichischen Bauernbundes, der sich nicht scheut, dem kein Wort zu hart und zu aufreizend ist, den Herrenbauern im Dorfe draußen

zu sagen: Nimm deine Faust und zeige sie demjenigen, der von dir wirtschaftlich abhängig ist. Das ist die Tatsache, die wir in den letzten Wochen bei so vielen Anlässen im Dorfe, besonders in Niederösterreich, wahrgenommen haben. Daß die Herrenbauern die Hilfe des Paters Sturm suchen und sie gern entgegennehmen, liegt natürlich in ihrem Interesse. Sie suchen also diese Hilfe, und sie haben sie auch gefunden. Das, was im „Bauernbündler" nicht erst jetzt, sondern auch früher schon in verschiedenen Nummern, in besonders aufreizender Weise aber jetzt nach dem 24. April geschieht, ist wirklich jener Geist der Rache und des Hasses, jener Geist der Verachtung gegenüber den Mitmenschen, der planmäßig gezüchtet wird. Es ist jener Geist der niedrigsten und schmutzigsten Verleumdung, jener Geist des In-den-Kot-Zerrens aller jener Dinge, die anderen Menschen heilig sind. Derselbe Pater Sturm hat als verantwortlicher Redakteur in der „Wählerin" vor den Wahlen den Bauern mitgeteilt, daß die Sozialdemokraten eine Ehereform anstreben, damit jeder Bauer seine Frau stehenlassen und sich eine jüngere nehmen kann. Was soll man zu diesem Geiste sagen? Das ist der Geist des Paters Sturm, das ist jene Skrupellosigkeit, mit der die Lebensfragen eines großen Teiles des Volkes kotmäßig behandelt werden.

Es ist ganz selbstverständlich, daß, wenn man vor den Wahlen solche Methoden der Agitation benutzt, dann auch im Appell an die Gewalt und das Scharfmachen kein Ziel gesetzt wird. Die Herren haben gestern verlangt, daß man konkrete Fälle bekanntgeben soll, und ich werde mir erlauben, dem hohen Hause und damit der ganzen Öffentlichkeit zu sagen, in welcher Weise draußen in den Dörfern unter der Führung des „Bauernbündlers" und mit der Parole des Paters Sturm gearbeitet wird. In der Nummer vom 7. Mai 1927 des „Niederösterreichischen Bauernbündlers" — ich habe das Blatt hier — heißt es unter der Überschrift: „Hämmert es in euer Denken ein und rüstet zur Abrechnung!" *(Liest):* „Bauern! Ein rücksichtsloser Kampf steht an, seid gerüstet! Ihr wißt nunmehr, was die Roten wollen. Macht Ordnung! In euren Gemeinden darf es keinen roten Kleinbauern mehr geben. *(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)* Die eigenen Mörder kann und darf keiner unterstützen. Ein schwerer Kampf beginnt. Bauern seid zur Hand!" Bitte, das steht in der Nummer vom 7. Mai d. J. *(Geyer: Was haben Sie alles in ihren Flugschriften geschrieben!)* Wir haben nie an die rohe Gewalt, an den Faustkampf des Bauern gegen den Bauern, des Arbeiters gegen den Unternehmer appelliert. *(Beifall.)* Unser Appell war an den Verstand der Menschen gerichtet, er war darauf gerichtet, daß die Menschen schon begreifen sollen, daß sie eine Interessengemeinschaft haben, daß sie denken sollen. Aber der Appell an die rohe Gewalt war wirklich einem Geistlichen, der christliche Nächstenliebe und Barmherzigkeit zu vertreten hat, vorbehalten, einem Pater Sturm.

Aber damit begnügt sich ja dieser Herr nicht. Man braucht nur die nächsten Nummern des „Bauernbündlers" herzunehmen, zum Beispiel die Nummer vom 14. Mai 1927. Da schreibt der „Bauernbündler" in den Briefkastennotizen unter „Ernsthofen" *(liest):* „Das ist doch nicht möglich! Ein Bauer mit 60 Joch Grund brüstet sich, rot gewählt zu haben, weil er keinen Landbund-Stimmzettel zur Hand hatte. Zur Bezeichnung eines solchen Menschen suchen wir vergebens nach einem Ausdruck. Sie meinen Mauer-Öhling-Kandidat. So schwere Fälle dürften nicht einmal in dieser Irrenanstalt sein. Gruß." Sehen Sie, das ist die Achtung des Paters Sturm vor der Meinung, vor der Überzeugung eines Berufskollegen. Die Überzeugung eines anderen Menschen wird so behandelt, daß ein Mensch, der ein Landbündler ist, aber keinen Stimmzettel als Landbündler hat und daher statt schwarz rot gewählt hat, nach seiner Meinung nicht einmal für das Irrenhaus gut genug ist.

Noch aus einer anderen Briefkastennotiz derselben Nummer kann man sehen, wie Pater Sturm die Bauern zur Achtung vor der Arbeit erzieht. Er sagt hier *(liest):* „Witzvogel! Nicht verallgemeinern! Ihr Spaß ist ansonsten gut. Ein Maurer sagt zum anderen: Du Schurl, siehst du hier die Fliege an der Wand? Schurl: Nein. Der Erste: Du, hören wir zu arbeiten auf, da ist es schon zu finster." Sehen Sie, mit so niedrigen Mitteln wird die Arbeit des Arbeiters verhöhnt. Das macht derselbe Pater Sturm, dessen Mitglieder im Bauernbund vielleicht zu 10 Prozent nebst ihrer bäuerlichen Tätigkeit Maurer sind. So verspottet er die Arbeit anderer Menschen.

Das sind nur ein paar Beispiele dafür, welcher Geist dem Pater Sturm innewohnt und welcher Geist draußen in den Dörfern durch den „Bauernbündler" den christlichsozialen Bauern eingeimpft wird. Diese Art von Hetze, deren Beispiele man natürlich fortsetzen könnte und die sich durchaus nicht auf die Schreibweise der letzten Wochen des „Bauernbündlers" beschränkt, sondern die man auch aus früheren Jahrgängen vor der Wahl feststellen könnte, wo davon die Rede war: Bauern, ballt endlich die Fäuste und lasset sie auf die Gegner niedersausen, die in das Dorf eingedrungen sind, und ähnliche Redewendungen mehr, diese Hetze hat natürlich ihre Folgen gezeitigt. Es ist selbstverständlich, daß, wenn die Herrenbauern draußen im Dorfe, die um ihre Macht fürchten, diese Hilfe, diese Unterstützung sehen, wenn sie wahrnehmen können, daß es keinen Staatsanwalt, keinen Richter in diesem Staate gibt, der das Gesetz gegen diese Aufreizung zum Terror, zur Gewalt in Anwendung bringt, diese Hetze natürlich

ihre Folgen zeitigt, und die Herren vom Dorfe draußen, die Machthaber machen nun rücksichtslos, brutal von den Aufforderungen Gebrauch.

In Ober-Rohrbach, in der allernächsten Nähe von Wien, im Korneuburger Bezirk, haben die Sozialdemokraten drei Gemeinderäte. Einer davon ist ein gewisser Leo Dietrich. Der Mann war bis 1926 Schlosser und Betriebsrat in Wien und ist dort abgebaut worden, seither ist er in Ober-Rohrbach, wo er eine kleine Schlosserei, ein kleines Gewerbe für Reparaturarbeiten, errichtet hat. Sein Geschäft ist natürlich in dem kleinen Ort nicht gut gegangen, und der Mann hat nun voriges Jahr von der Gemeinde Ober-Rohrbach eine Inkassantenstelle für elektrischen Strom bekommen. Am Wahltage, am 24. April, sind nun dieser Dietrich, seine Frau und seine drei Brüder in unserer Partei tätig gewesen und haben verschiedene Funktionen ausgeübt. Auch als Wahlzeuge hat einer dieser Brüder fungiert. Am nächsten Tage, am 25. April, ist in der Gemeinderatssitzung von der christlichsozialen Gemeinderatsmehrheit beschlossen worden, den Dietrich sofort seiner Inkassantenstelle zu entheben *(Hört! Hört!)* und hiefür einen Christlichsozialen zu bestellen. Die Bauern haben erklärt, sie dulden einfach nicht, daß einer, der von der christlichsozialen Mehrheit in der Gemeinde eine, wenn auch nur halbe Anstellung, nur eine Nebenbeschäftigung hat, sich als sozialdemokratischer Vertrauensmann betätigt. Außerdem haben sie beschlossen, solange das elektrische Licht nicht mehr aufzudrehen, solange der Dietrich Inkassant ist, und unter diesem Druck haben die christlichsozialen Gemeinderäte von Ober-Rohrbach die sofortige Entlassung dieses Dietrich durchgeführt.

In demselben Ober-Rohrbach hat der Förster, der auch ein christlichsozialer Parteiagitator ist, namens Hausrotter schon einige Tage vor den Wahlen im Gasthaus Bauer öffentlich erklärt: Wer sozialdemokratisch wählt, der erhält keine Waldstreu und kein Klaubholz mehr von ihm. Verstehen Sie, wenn wir da von Herrenbauern reden, gibt es eine furchtbarere Waffe als die, einem Bauer mit zwei, drei, vier Joch Grund zu sagen: Wenn du rot wählst, bekommst du keine Streu mehr, kein Holz mehr. *(Geyer: Wenn er sich mit Gegnern des Bauernstandes verbindet, ist das begreiflich!)* Das ist einer von den Herrenbauern. Die Gemeinderäte, die das beschlossen haben, das sind die Herrenbauern. Dabei werde ich Ihnen einige vorführen, die gar keine Arbeitsbauern sind, die längst die Arbeit vernachlässigt haben, deren ganze Arbeit die Politik am Herrentisch im Wirtshaus ist. *(Lebhafter Beifall.)*

Beim Bürgermeister Drexler von Ober-Rohrbach war ein 62jähriger Landarbeiter namens Schametz seit Jahrzehnten als Landarbeiter beschäftigt. Man konnte ihm nicht einmal nachweisen, daß er sozialdemokratisch gewählt hat, man hat ihn nur im Verdacht gehabt. Der Mann ist in der Woche nach der Wahl vom Bürgermeister entlassen worden. Dieser hat ihm ausdrücklich erklärt, Sie haben, wir vermuten es, rot gewählt, Sie sind entlassen, bei mir hat ein Roter nicht die Möglichkeit, zu arbeiten. *(Geyer: Sie haben gesagt, wer den Seipel wählt, wird den 15.000fachen Zins zahlen! — Lebhafte Zwischenrufe.)* Herr Kollege Geyer, da muß ich Ihnen schon sagen, wenn wir das erklärt haben, dann haben wir den Mann aufmerksam gemacht auf seine wirtschaftlichen Interessen; aber Sie haben die Tatsache, daß Sie nur vermutet haben, daß jemand sozialdemokratisch gewählt hat, dazu benutzt, um einen 62jährigen Familienvater brotlos zu machen. *(Geyer: Da könnte ich von Ihrer Seite noch andere Dinge erzählen! — Rufe: Erzählen Sie! — Andauernde Zwischenrufe.)* Erzählen Sie, Sie haben dasselbe Recht, hier heraufzukommen und mit konkreten Daten zu kommen. *(Geyer: Erzählen Sie keinen Schmäh! — Lebhafte Zwischenrufe.)* Ich muß mich dagegen verwahren, daß meine Ausführungen vom Kollegen Geyer als „Schmäh" bezeichnet werden. Diese Ausführungen, die mit genauen Daten auf Grund von Erhebungen belegt sind, können jederzeit bewiesen werden.

In Stetten, einer Nachbargemeinde von Ober-Rohrbach, ebenfalls im Korneuburger Bezirk, ist einem gewissen Sailer, einem Parteimann von uns, ebenfalls nach der Wahl die Wohnung gekündigt worden. Die Kündigung hat die Pfarrersköchin vollzogen. Diese Pfarrersköchin ist die Schwester des Pfarrers Ebner Lorenz, der hier in Wien in der Kirche Maria vom Siege Pfarrer ist. Das Haus, in dem der Sailer gewohnt hat, gehört diesem Pfarrer und wird von dessen Schwester verwaltet. Diese Pfarrersköchin nun, die Schwester des Pfarrers Ebner, hat dem Sailer ausdrücklich erklärt, daß sie ihm deshalb die Wohnung gekündigt habe, weil sie nicht duldet, daß ein roter Wähler in diesem Hause wohnt. Sailer war beim Pfarrer Ebner in Wien und hat ihn gebeten, die Kündigung rückgängig zu machen. Da ist er aber gefehlt angekommen. Der Pfarrer hat ihm wörtlich gesagt: Wir dulden nicht, daß in meinem Hause Leute wohnen, die das ganze Jahr in keine Kirche gehen und sozialdemokratische Versammlungen abhalten!

Der Direktor des Pensionats St. Josef in Stetten hat die Schüler dieses Instituts dazu verwendet, um die sozialdemokratischen Plakate abzureißen.

In Leobendorf, auch in diesem Gebiete, wurde unserem Vertrauensmann Zöbinger von den Wirtschaftsbesitzern Franz und Helene Weigl die Milch gekündigt. Es ist dies eine kinderreiche Familie, die mehr als 14 Tage gebraucht hat, um wieder Milchbezug zu bekommen.

In Enzersfeld hat der Maurermeister Pelzl seine Arbeiter, die beiden Brüder Hackl, die jahrelang

bei ihm gearbeitet haben, am 26. April entlassen, und zwar aus folgenden Gründen: die Bauern Schwarzböck, Josef Hödell, Josef Schiller, Leonhard Schwarz und Josef Braunhuber in Königsbrunn sind zum Maurermeister Pelzl gegangen und haben ihm erklärt: Du, wenn die zwei Roten nicht sofort aus dem Betrieb herauskommen, kriegst du von uns keine Arbeit! *(Geyer: Ihre roten Arbeiter sagen wieder: Wir arbeiten nicht mit einem christlich Organisierten! und er muß gehen!)* Herr Kollege Geyer, ich werde Ihnen den Unterschied zwischen dem, was ich vorbringe und Ihrer Behauptung schon aufklären. *(Geyer: Da lernt man halt davon, das macht Schule!)* Mit den Zwischenrufen werden Sie nicht verhindern, daß ich diese Schandtaten hier im Hause aufzeige. *(Geyer: Die „Geschlossenheit des Betriebes"!)* Über diese Frage werden wir noch sehr gründlich reden. Wir sind da wirklich verschiedener Meinung. *(Geyer: Ja, ja, sonst wären wir ja beieinander!)*

In Wetzleinsdorf ist am Ostermontag eine Wählerversammlung unmöglich gemacht worden, weil der Milchkasinoobmann — kein Kleinbauer, sondern nach Dorfbegriffen ein Herrenbauer —, wie eine Versammlung hätte abgehalten werden sollen, dem Wirt Thalinger damit gedroht hat, daß, wenn die Versammlung abgehalten wird, kein einziger Bauer mehr das Gasthaus besuchen werde.

In Zemling — das war im „Volksboten" vom 14. Mai abgedruckt — hat eine Frau Schneider, die unserer Partei zugehört, von den Weideplätzen, die jetzt verpachtet worden sind und die sie seit Jahrzehnten in Pacht hat, den ihrigen nicht mehr bekommen. Es war das keine Lizitation, sondern eine normale Verpachtung. *(Geyer: Zu welcher Zollposition gehört das alles? — Lebhafte Gegenrufe.)* Ich spreche darüber, um Ihnen aufzuzeigen, daß Sie hier die Interessen der reichen Bauern, daß Sie hier die Interessen der Herrenbauern, der Protzenbauern vertreten, aber die Interessen der armen Bauern völlig im Stiche lassen. *(Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe. — Dr. Bauer: Wir werden im Zollausschuss die Sache noch sehr ausführlich besprechen. — Anhaltende Zwischenrufe. — Forstner: Das ist nicht einmal Eigenbau, was Sie sagen! — Dr. Bauer: Herr Dr. Seipel soll lieber zuhören und seine Staatsanwälte darauf aufmerksam machen! Das wäre seine Pflicht!)* Die Frau hat also ihren Weideplatz nicht mehr zugeteilt bekommen; als sie sich darauf beim Gemeinderate beschwerte, warum ihr so Unrecht geschehe, hat ihr der christlichsoziale Gemeinderat Wiedmayer gesagt: Ihnen geschieht schon recht, gehen Sie zum roten Sonnberger, der soll Ihnen jetzt die Weide geben. *(Rufe: Sehr richtig!)* Die Herren finden das für richtig. Wir können das ja auch zur Kenntnis nehmen, daß die Herren das für richtig finden. *(Dr. Bauer: Solange die Herren das für richtig erklären, werden wir nicht über die Zölle verhandeln! — Sever: Solange werden wir über andere Dinge reden, aber nicht über die Zölle! — Anhaltende Zwischenrufe.)*

Präsident: Ich bitte, den Redner nicht mit Zwischenrufen zu unterbrechen! *(Anhaltende Zwischenrufe.)* Ich bitte, doch nicht immer durch Zwischenrufe zu stören!

Müller *(fortfahrend)*: Im Marchegger Bezirk sind die Verhältnisse nicht viel besser. Dort haben die Bauern den Maurermeister Papouschek veranlaßt, alle seine Maurer, die sozialdemokratisch gewählt haben, zu entlassen, da er sonst von ihnen keine Arbeit mehr bekommen würde. *(Dr. Bauer: Was macht Ihr Staatsanwalt, Herr Bundeskanzler? Gilt der § 5 des Wahlschutzgesetzes oder nicht?)* Als Erster ist der Vertrauensmann der Bauarbeiter infolge dieser Drohung von dem Maurermeister hinausgeworfen worden, das war der Arbeiter Pekawitsch, am nächsten Tage ist der Zimmermann Stoick hinausgeworfen worden, und seither sind nicht weniger als 17 dieser Arbeiter von dem Maurermeister auf Grund dieser Drohung entlassen worden.

In Bisamberg hat der Bauer Haidorn — das ist auch kein Kleinbauer, sondern einer, von denen ich geredet, einer von den ganz Großen — am nächsten Tag seinen Kutscher entlassen. Er hat ihm schon am 24. April abends gesagt: Du hast heute rot gewählt, du kannst dir wo anders dein Brot suchen! Am nächsten Tage hat er ihn dann tatsächlich entlassen.

In Oberhollabrunn hat ein großer Händler, der auch ein besonders eifriger Agitator der christlichsozialen Partei ist, der Holzhändler Schuster, zwei Arbeiter mit der ausdrücklichen Erklärung entlassen, weil sie rot gewählt haben. *(Forstner: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!)* Auch in der Stadtgemeinde Oberhollabrunn wurden die Arbeiter von der christlichsozial-großdeutschen Mehrheit, die die Stadt Oberhollabrunn verwaltet, fast sämtlich entlassen bis auf zwei; alle anderen sind ausdrücklich mit dem Vermerk entlassen worden: Holt euch bei den Roten Arbeit!

In Schloßhof — wieder im Marchegger Gebiet — hat der Bauer Alois Riemer aus Markhof seinen Kutscher entlassen, weil er den Einheitslistenstimmzettel, den ihm der Bauer gegeben hat, zerrissen hat. Er hat ihn sofort entlassen.

In Aderklaa, in allernächster Nähe von Wien, haben die Bauern beschlossen, und zwar in ihrem Ortsbauernrat, keinem Kleinbauern, der in Verdacht steht, sozialdemokratisch gewählt zu haben, mehr ein Fuhrwerk beizustellen. Wer diesem Beschluß zuwiderhandelt, wird mit einer Strafe von 200 Schilling belegt. *(Hört! Hört!-Rufe.)* Außerdem ist sofort

am Tage nach der Wahl einer Anzahl von Arbeitern der Milchbezug eingestellt worden.

Im Ravelsbacher Bezirk in Nieder-Schleinz haben sie einen Vater von drei Kindern brotlos gemacht, die Herren von der Gemeinde Nieder-Schleinz, die, mit dem Bürgermeister an der Spitze, rein christlichsozial ist, und zwar deshalb, weil er am 24. April als sozialdemokratischer Wahlzeuge tätig war. *(Hört! Hört!-Rufe. — Forstner: „Lasset die Kleinen zu mir kommen!“ — und die Christen werfen sie hinaus! — Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Im Kirchberger Bezirk ist der Ziegeleibesitzer Grois, auch einer von den dortigen Herrenbauern, der sich stolz einen Bauern nennt und in den Bauernversammlungen, wie Sie hier immer behaupten, für alle Bauern zu reden, dort im Kirchberger Bezirk „für die Bauern“ redet. Schauen wir uns diesen Bauern näher an: Einmal war er christlichsozial, dann großdeutsch, dann ist er wieder christlichsozial geworden. Über die Bauernkammerwahlen im Kirchberger Bezirk ist er derart erbost gewesen, daß er eine seiner Inwohnerinnen, also eine arme Frau, die bei ihm gegen Arbeitsleistung statt des Geldzinses wohnt, auf dem Heimweg von der Kirche fragte, warum sie rot gewählt habe, und ihr damit drohte, daß sie weiterhin nicht mehr das Fuhrwerk bekommen werde. Tatsächlich hat sie auch auf diese Drohung hin das Fuhrwerk nicht mehr bekommen. Derselbe Mann hat einer zweiten Zinspartei, welche sich immer von dem Grois-Bauer das Fuhrwerk ausgeborgt hat, um ihren Kartoffelacker zu bebauen, erklärt: Ich fahre nicht mehr, geht zu den Roten, die sollen euch anbauen! Glücklicherweise ist dort die Organisation der Kleinbauern und die sozialdemokratische Lokalorganisation so stark, daß wir diesen geächteten Menschen dort sofort beispringen konnten, und jetzt baut dort wirklich der rote Kleinbauer dem roten Kleinbauern an, dem der Ziegeleibesitzer nicht mehr anbauen will.

Es ist dort noch so ein feiner Herr, einer von diesen Herrenbauern, und zwar ein gewisser Hintermeier, dessen besonderes Kennzeichen es ist, daß er, obwohl christlichsozial, ein Los-von-Rom-Anhänger ist und bei jeder Gelegenheit gegen die katholische Kirche und gegen den Papst loszieht, auch über den Bundeskanzler Seipel auf das fürchterlichste schimpft, aber einer der besten Agitatoren für die Einheitsliste und einer der größten Terroristen nach den Weisungen des Paters Sturm ist. *(Bundeskanzler Dr. Seipel: Wer ist das, Herr Kollege?)* Das ist der Hintermeier in Groß-Weikersdorf. *(Bundeskanzler Dr. Seipel: Mein Lebtag habe ich noch nichts von ihm gehört! — Heiterkeit.)* Das kann schon sein, Herr Bundeskanzler. Ich kann Ihnen nur Glück wünschen, daß Sie alle diese feinen Exemplare da draußen nicht kennen. *(Dr. Bauer: Der Herr Bundeskanzler hält das für sehr klein, wenn da Existenzen ruiniert werden! — Bundeskanzler Dr. Seipel: Nein, aber er schimpft über mich, hat er gesagt! — Dr. Bauer: Der Abg. Müller erzählt Fälle von Verletzungen des Wahlschutzgesetzes, wo Ihre Staatsanwälte nicht einschreiten, und Sie machen schlechte Witze darüber! — Bundeskanzler Dr. Seipel: Ich mache gar keine Witze darüber! — Zwischenrufe.)* Der Hintermeier hat einem Eisenbahner gesagt: Ich baue dir nichts mehr an, von mir bekommst du kein Fuhrwerk mehr. Deine Buben sollen hinausgehen und sollen die drei Joch Acker mit der Stichschaufel umarbeiten.

Im Bezirk Mank hat der Eisenbahnbedienstete Fischer bisher vom Pfarrhof in Kilb die Milch bezogen. Seine Frau war bei einer sozialdemokratischen Wählerversammlung am Ostermontag anwesend und hat dort den sozialdemokratischen Abg. Sedlaczek während seiner Rede „Bravo“ zugerufen. Seither bekommt sie vom Pfarrhof keine Milch mehr. *(Hört! Hört!-Rufe!)*

In Bischofstetten hat am Ostermontag gleichfalls eine sozialdemokratische Wählerversammlung stattgefunden. Der sozialdemokratische Eisenbahner Maurer hat dort den Vorsitz geführt. Dem Maurer können sie nichts anhaben, weil er von den Bauern nicht abhängig ist, aber dafür haben sie sich seine Mutter ausgesucht, die Hebamme ist. Seit dem Ostermontag ist die Hebamme von den Bewohnern von Bischofstetten und der Nachbarorte boykottiert. Das ist übrigens keine vereinzelte Erscheinung. Es liegen in den Wahlkreissekretariaten unserer Partei von den vier Vierteln des Landes Niederösterreich aus vielen Dörfern Beschwerden der Hebammen darüber vor, daß die Bauern gewisse Hebammen nicht mehr zur Geburtshilfe rufen und daß sie sogar beschlossen haben, Hebammen, die rot gewählt haben, nicht mehr zu beschäftigen. Übrigens hat die Berufsorganisation der Hebammen sich bereits mit dieser Angelegenheit beschäftig, die Fälle gesammelt und die entsprechenden Schritte gegen diesen Terror eingeleitet.

Die Tochter dieser alten Hebamme in Bischofstetten hätte heiraten sollen. Bei einem Schlossermeister war bereits die Wohnung für das junge Paar gemietet. Die christlichen Großbauern, die Herrnbauern von Bischofstetten sind aber zu dem Schlossermeister Meindorfer gegangen und haben ihm erklärt, er bekommt keinen Handstreich Arbeit mehr, wenn er der Schwester des Sozialdemokraten Maurer die Wohnung gibt. Die Braut hat auch die Wohnung nicht bekommen.

Den Schwiegereltern des Eisenbahners Kalteis in Bischofstetten wurde erklärt, daß sie zur Ackerarbeit kein Fuhrwerk mehr bekommen, wenn sie sozialdemokratisch wählen. Darauf haben die alten Leute die Einheitsliste gewählt, und damit die Dorf-

gewaltigen sie nicht länger bedrohen, haben sie auch noch ihren Namen auf den Stimmzettel der Einheitsliste geschrieben, damit die terroristischen Großbauern, die in der Wahlkommission gesessen sind, sehen, daß der Terror wirklich gewirkt hat.

In Teufelsdorf hat der Wirtschaftsbesitzer Reschey auf Betreiben der Terroristen dem Eisenbahner Schuhmeier den Ackergrund gekündigt, weil er rot gewählt hat und die christlichsozialen Wahlkommissionsmitglieder das Wahlgeheimnis derart respektierten, daß sie die ihnen unter Kuvert überreichten Stimmzettel nachprüften.

In St. Leonhard am Forst — ich zitiere jetzt die christlichsoziale St. Pöltner Zeitung — hätte eine sozialdemokratische Wählerversammlung, und zwar auch am Ostermontag, stattfinden sollen. Das Blatt berichtet darüber *(liest)*: „Zehn Minuten (nach Beginn der Versammlung) mochten vergangen sein, da umkreisten drei Motorräder den Marktbrunnen (wo der sozialdemokratische Redner stand). Weil die Lenker der Räder Vollgas gaben, konnte sich der Redner nicht mehr verständlich machen. Ein gelungener Einfall, eine Versammlung zu sprengen. Da der Redner noch nicht abzog und meinte, der ohrenbetäubende Lärm und das Getöse werden wieder aufhören, konnten sich einige junge Männer nicht mehr halten, griffen mit vollen Händen in das Wasser des Marktbrunnens und spritzten auf den roten Versammlungsredner."

Meine Herren! Das ist nur eine kleine Auslese aus der großen Fülle von Terrorfällen, die uns geschildert worden sind, und einen, wenn auch kleinen Teil dieser Terrorfälle haben wir selbst in den Dörfern draußen beobachtet. Da muß man schon sagen, daß die Kleinbauern, die nicht nur zu Ihnen, sondern die, wie Ihnen aus den letzten Jahren hoffentlich noch in Erinnerung sein wird, besonders in Niederösterreich, aber auch in allen übrigen Ländern, in einer ganz bedeutenden Anzahl zur sozialdemokratischen Partei gehören, da muß man schon verstehen, wenn diese Kleinbauern erklären: ich verstehe, daß der mit 500 Stück Vieh ein Interesse am Viehzoll hat, daß der große Körndlbauer mit 10.000 Joch ein Interesse an einem Körndlzoll hat, aber zuerst müssen die Herrschaften von dem hohen Roß des Terrors heruntersteigen und müssen uns als Menschen und Christen draußen im Dorfe behandeln. Diesen Terror lassen wir uns nicht gefallen. Die Kleinbauern sind es, die von uns fordern, daß wir mit Ihnen über diese Zollfragen nicht verhandeln, bis nicht die Terrorfälle aufhören, bis Sie nicht gewillt sind, auch Ihren Arbeitskollegen draußen auf dem Lande ein menschenwürdiges, ein ruhiges und rechtlich gesichertes Dasein zu bereiten. Das sind die Forderungen, die die Kleinbauernschaft in den Dörfern nicht in einer Versammlung, sondern in einer großen Konferenz erhoben hat.

Es ist nicht so, wie Sie immer behaupten, daß wir auf das Land hinausgehen und den Bauern sagen, euch geht es schlecht, ihr müßt zu uns kommen, wir werden euch helfen. Der Herr Abg. Födermayr hat ja auch gestern hier die Behauptung aufgestellt, wir hätten den Bauern draußen versprochen, daß sie auf alle Artikel, die sie produzieren, von uns Hochschutzzölle bekommen. *(Födermayr: Das habe ich nicht gesagt!)* Das war wenigstens der Sinn Ihrer Äußerung. Es ist ja genau dasselbe, wie Sie im „Bauernbündler" behaupten, daß in Haag in Oberösterreich den Bauern seitens der Sozialdemokraten einfach das Blaue vom Himmel versprochen wurde.

Das Umgekehrte ist der Fall. Die Massen der Bauern, durch die wirtschaftliche Not und die Härte dieses furchtbaren Daseins gedrängt, kommen und suchen bei uns Hilfe, weil sie bei Ihnen als den Vertretern der Herrenbauern nie Hilfe gefunden haben. *(Lebhafter Beifall.)* Die Arbeitsbauern draußen auf dem Lande und die landwirtschaftlichen Arbeiter, die Jahrzehnte hiedurch treu in Ihrem Gefolge gestanden und immer zu Ihnen gehalten haben, sind erst durch die harten wirtschaftlichen Tatsachen zu einer anderen Erkenntnis gelangt, zu der die arbeitenden Menschen in der Stadt längst gekommen sind, daß man nicht zu einer Partei um Hilfe kommen kann, die die Interessen des großen Kapitals, die Interessen der Reichen, vertritt, sondern daß man, so wie die Arbeiter in der Stadt, in den Dörfern und in den Industriegebieten, zur Partei der arbeitenden Menschen, zur Partei der Sozialdemokraten, kommen muß. Deshalb kommen diese Leute zu uns und nicht einzeln.

Haben Sie, verehrte Herren, nichts aus dem Stimmenzuwachs vom 24. April gelernt? *(Zwischenrufe.)* Also reden wir von Niederösterreich. Sie brauchen auf die rechnungsmäßigen Zufälligkeiten des Proporzes nicht besonders stolz zu sein, sondern Sie hätten alle Ursache, aus dem roten Stimmenzuwachs zu lernen, daß Ihre Politik der Irreführung, Ihre Politik des Hinhaltens und des bloßen Versprechens von den Massen der Kleinbauern bereits erkannt ist. *(Zwischenrufe.)* Haben Sie denn vergessen, daß wir gerade im allerschwärzesten Viertel, dort, wo Ihre Macht vor wenigen Jahren noch völlig unumstritten war, im Viertel unter dem Manhartsberge, seit dem Jahre 1920, wo wir nicht einmal 18 Prozent aller Stimmen hatten, in den wenigen Jahren auf mehr als 25 Prozent aller Stimmen gekommen sind? Drei Viertel dieser Bezirke sind rein agrarisch, mehr als zwei Drittel aller Gemeinden sind reine Bauerngemeinden, in denen es keine Industriearbeiter, also keinen von denen gibt, die, wie Sie immer sagen, „Zuagraste" sind.

Es sind dort lauter bodenständige Bauern, und doch gibt es dort in jedem Dorfe sozialdemokratische Stimmen. Das muß Ihnen doch zu denken geben. Wenn innerhalb so weniger Jahre die Stimmenanzahl der Sozialdemokraten von einem Sechstel auf ein Viertel der abgegebenen Stimmen in einem rein agrarischen Wahlkreise wächst, müssen Sie doch einsehen, daß hier tiefere Ursachen vorhanden sein müssen, als die bloße Agitationskraft unseres Programms, als unsere Werbearbeit, als die bloße Werbetätigkeit unserer Idee, nämlich die tiefe Erkenntnis der Massen draußen auf dem Lande, daß es so nicht weitergehen kann, daß sie sich dort Hilfe suchen müssen, wo alle anderen arbeitenden Menschen ihre Hilfe immer gefunden haben, nämlich bei den Sozialdemokraten.

Auch jetzt tun Sie wieder vor der ganzen Öffentlichkeit, als ob Sie wirklich selbst daran glauben würden, daß die Zollschutzmaßnahmen, die Sie da vorschlagen und die Sie nach Ihren bisherigen Ausführungen noch ins ungemessene erweitern wollen, eine Hilfe für die Landwirtschaft bedeuten würden. Ich kann Ihnen sofort von einem ganz ernsten Wirtschaftspolitiker, der kein Kleinbauer ist, der ein sehr großer Wirtschaftsbesitzer ist, nachweisen, daß der Mann mit 500 Stück Vieh im Stall und mit einigen tausend Joch Getreidebau auf dem Standpunkte steht, daß der Zoll für die Landwirtschaft keine Rettung bedeutet, auch für die Großen in der Landwirtschaft nicht die erhoffte Rettung bedeutet, sondern daß da ganz andere Maßnahmen erforderlich sind. Wir haben hier in diesem hohen Hause vor allem anderen die Aufgabe — Sie genau so wie wir —, für die Allerärmsten, für die Massen im Dorfe, einzutreten, für die ganz Armen, die jetzt angesichts der fürchterlichen Elementarkatastrophen buchstäblich am Hungertuch nagen, nicht aber ihnen das bißchen Brot, das sie ebenso kaufen müssen wie der Arbeiter in der Stadt, zu verteuern, ihnen das bißchen Futter zu verteuern, das sie ebenfalls kaufen müssen.

Gestern hat ein Vertreter der Agrarier hier von der Erhöhung des Zementzolls gesprochen. Wie jammern Sie draußen in den Dörfern, daß Sie den Zement nicht kaufen können, den Ziegel nicht kaufen können, daß Sie keine Sensen nachschaffen und kein Wagenrad ausbessern lassen können, weil alles zu teuer ist! Die Zollpolitik, die Sie bisher geführt haben, hat im Zusammenhang mit allen anderen Krisenerscheinungen und den schweren Belastungen, die Sie den Leuten auferlegt haben, die Massen der buchstäblichen Verarmung und Verelendung zugeführt. Meine Herren, uns und auch den breiten Massen draußen auf dem Lande können Sie nicht einreden, daß Sie selbst ernsthaft daran glauben, daß es mit diesen Maßnahmen möglich wäre, die Interessen der Landwirtschaft zu fördern und der Wirtschaftskrise Herr zu werden. Was Sie hier tun, verehrte Herren, ist ein furchtbares Verbrechen an den Interessen von Zehntausenden und Zehntausenden armer Menschen *(Beifall und Händeklatschen)*, die nichts zu beißen, die nichts zu nagen haben, die für ihre Kinder kein Gwandl mehr kaufen können, die wirklich in der größten Not, im größten Elend leben. Das ist der Grund, warum wir in so leidenschaftlicher Weise gegen diese Absichten Stellung nahmen: weil wir sehen, daß Sie trotz aller vernünftigen Argumente, trotz aller einleuchtenden Tatsachen nicht gewillt sind, Ihre Interessenvertretung für ein paar Herrenbauern, für die Kapitalisten im Dorfe, aufzugeben *(Beifall und Händeklatschen)* und lieber alles preisgeben, was Ihnen auch so heilig sein sollte wie uns. *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um Ruhe!

Adolf **Müller** *(fortfahrend)*: Wir haben Ihnen hunderterlei Möglichkeiten aufgezeigt, die dazu dienen, die furchtbare Wirtschaftskrise draußen zu mildern, wir haben Ihnen in unserem sozialdemokratischen Agrarprogramm den Weg gezeigt, der es ermöglichen würde, allmählich die Krisenerscheinungen auch in der Landwirtschaft vollständig zu beseitigen. Aber, meine Herren, Sie wollen ja diese berechtigten und durchführbaren Verbesserungsvorschläge nicht beachten, und ich sage Ihnen: Sie können es nicht, weil Sie dann mit den Interessen der Herrenbauern in Konflikt kommen würden, weil Sie nicht zwei Herren zugleich dienen können: dem Reichen, dem Großen, der ganz etwas anderes will, als es die Kleinen brauchen, und dem Armen und Kleinen. Von uns, verehrte Herren von den Mehrheitsparteien, können Sie nach diesem Ihrem Verhalten, das keine Einsicht, kein Erbarmen mit der Not des Volkes kennt, kein Entgegenkommen erwarten: da haben Sie den allerschärfsten Kampf, der überhaupt denkbar ist, zu gewärtigen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Dr. **Gürtler**: Ich will mir die Tatsache, daß der Wahlkampf zu Ende ist, etwas deutlicher vor Augen halten als mein unmittelbarer Herr Vorredner, der das vergessen zu haben scheint, und möchte jetzt versuchen, mich mit einigen Bemerkungen des ersten sozialdemokratischen Redners vom gestrigen Tage sachlich auseinanderzusetzen.

Es hat Herr Dr. Otto Bauer in seiner Rede den Eindruck erweckt, als ob er die Überzeugung hätte, daß Zollerhöhungen, und zwar des exportierenden Staates, den Export schädigen müssen. Ich meine, das kann unter Umständen so sein, das muß aber nicht so sein, das hängt von der ganzen zollpolitischen Situation der Zeit ab, in der solche Zollerhöhungen beschlossen werden. Wir haben gestern von einem großdeutschen Redner Mitteilungen über die verschiedene Durchschnittshöhe des Zollbaremes in den verschiedenen Staaten, die ehemalige Teile der österreichisch-ungarischen Monarchie in sich auf-

genommen haben, vortragen gehört. Er hat sie nur für landwirtschaftliche Artikel vorgetragen, sie sind, wenn man das Zollbareme durchschnittlich für alle Artikel berechnet, nicht wesentlich anders.

Wenn wir nun in unserem wirtschaftlichen Verkehr trotz aller Bemerkungen, die hier über den Anschluß gefallen sind, doch sehr stark auch noch auf den Güteraustausch mit unseren ehemaligen Staatsgenossen angewiesen sind, dann müssen wir uns das eine sagen: Es ist bei der Höhe des Zollbaremes für die Unterhändler gewissermaßen so, daß der, der auf der höheren Mauer sitzt, dem gegenüber im Vorteil ist, der auf der niederen Mauer sitzt, und wir müssen bei den Zolltarifen, die wir unseren Unterhändlern zu den Verhandlungen beim autonomen Zolltarif mitgegeben haben, uns darüber wundern, daß die Handelsverträge, die sie geschlossen haben, nicht noch schlechter für uns sind, als sie es tatsächlich sind. Denn eine ganze Menge unserer Zollsätze sind so geartet, daß sie unseren Unterhändlern gar keine Gelegenheit mehr bieten, Erfolge zu erzielen, und das erschwert natürlich die Verhandlungen.

Wenn wir heute Zollsätze erhöhen, so kann gerade diese Erhöhung das Instrument sein, um auf diese Art und Weise eine Erhöhung des Exports bei Handelsvertragsverhandlungen erreichen zu können. Und da möchte ich das eine sagen. Wir haben allerdings bei diesen Dingen etwas übersehen. Unsere Industrie hat sich — ich weiß schon, daß sie einen großen Teil, vielleicht sogar den größeren Teil ihrer Erzeugnisse, das ist in den einzelnen Branchen verschieden, exportieren muß, um leben zu können — in eine förmliche Mißachtung des inneren Marktes hineingeredet. Es ist eine Art Dumpingpsychose durch die ganze industrielle Welt gegangen, und die hat vergessen lassen, daß schließlich und endlich der innere Markt, wenn er noch so klein ist, doch, wenn er belebt und aufnahmsfähig wird, in die gesamte Produktion der Industrie als Abnehmer viel stärker eingreift als der äußere Markt bezüglich einiger Produkte, weil das, was der innere Markt und innere Konsum in sich aufnimmt, sich wirtschaftlich in einer ganz anderen Art und Weise in unserer Wirtschaft auswirkt wie der Konsum des Auslandes.

Wir haben im Jahre 1924 gewiß eine ganze Menge Zollpositionen sehr niedriggehalten, haben damit unsere Verbeugung vor der Freihandelstheorie gemacht, und wir waren der Meinung, daß diese Freihandelstheorie auch bei den übrigen Staaten Europas beginnen wird, sich in die Praxis umzusetzen. Ich bitte Sie alle, die Sie hier in diesem hohen Hause sich mit unseren Handelsverträgen beschäftigt haben, zu sagen, ob unsere wirtschaftliche Umwelt den Wechsel, den wir auf die Freihandelstheorie ausgestellt haben, eskontiert hat. Genau das Gegenteil ist wahr. Die besser Gerüsteten waren in der Lage, mit uns Handelsverträge zu schließen, die für sie besser waren, als sie für uns gewesen sind. Der wichtigste inländische Konsument ist schließlich und endlich der Bauernstand, weil er den umfangreichsten und umfassendsten Konsum auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens hat. Wir haben diesen inneren Markt nicht in der Art und Weise aufnahmsfähig gemacht, als es auch im Interesse der Industrie notwendig und zweckmäßig gewesen wäre. *(Sehr richtig!)* Wir haben wirklich genügende und kostspielige Beweise geliefert, daß wir theoretisch wie praktisch keine Freunde einer Hochschutzzollpolitik sind. Aber wo ist der Erfolg, den wir von diesem Verhalten gehabt haben? Was haben wir im Ausland dafür geerntet? Bei gelegentlichen Zusammentretungen Verbeugungen vor der Idee und nicht mehr.

Was haben wir nun in Genf Unerhörtes getan? Wir haben dasselbe gemacht wie die andern, wir haben eine Verbeugung vor der Idee gemacht. Wir stehen heute noch auf dem Standpunkt, daß diese Idee die richtige ist, um dem Wirtschaftsleben wieder auf die Beine zu helfen, um jenen Durchblutungsprozeß von Wirtschaft zu Wirtschaft, jene Verflechtungserscheinungen hervorzurufen, die notwendig sind, um auch auf dem Gebiete der Produktion jene Arbeitsteilung, die notwendig ist, herbeizuführen. Aber wir sind überall auf ein starres Nein gestoßen. Wir haben überall nur theoretische Anerkennungen gefunden. Aber wir sind schließlich und endlich zu schwach, um als Protagonisten einer Idee zugrunde zu gehen. Daß wir unsere Wirtschaft für eine Idee zugrunde richten lassen, das wäre wohl die schlechteste Propaganda, die man für die Freihandelsidee in Europa machen könnte, wenn der Staat zugrunde gehen müßte, der sie zuerst am eigenen Leibe durchführt. *(Beifall.)*

Wir sind in dieser Beziehung ja auch von den anderen Staaten abhängig, wir können uns nicht erlauben, was sich ein großer Staat mit einem mächtigen inneren Markt gestatten kann, was sich zum Beispiel die Großmächte gestatten können. Sie könnten vorangehen, wir würden dann schon mitkommen. Infolgedessen ist auch der Widerspruch zwischen unserem Verhalten in Genf auf der Weltwirtschaftskonferenz und dem, was wir hier tun, nicht so, wie hier behauptet wurde. Wir haben unsere Stellungnahme und unsere Auffassung von dem, was einmal in Europa wird geschehen müssen, nicht geändert, aber die Not des Tages, die Umstände zwingen uns einfach, ihnen sehr gegen unseren Willen und sehr gegen unsere Überzeugung Rechnung zu tragen, weil wir sonst den sicheren Untergang vor Augen haben.

Und nun hat Herr Dr. Bauer noch etwas gesagt. Er hat gemeint, wie wir die Zolltarifverhandlungen im Jahre 1924 geführt haben, hat man uns bei

gewissen autonomen Zöllen gesagt: Wer wird sich denn davor fürchten, sie können ja nicht praktisch werden, sie sind vertragsmäßig schon jetzt auf einem niedrigeren Niveau usw. Es kann ganz richtig sein, daß damals niemand von uns daran gedacht hat, daß zwischen uns und einem anderen Staat ein vertragsloser Zustand wird eintreten können. Wir waren eben damals noch optimistischer, als wir es heute sind. Aber daß schließlich und endlich ein derartiger vertragsloser Zustand nicht unter allen Umständen vermieden werden kann, wenn der Staat nicht den letzten Rest einer selbständigen Wirtschaftspolitik preisgeben will, müssen Sie auch begreifen. Denn schließlich wirkt sich ein autonomer Zolltarif bei Handelsverträgen auch nur dann aus, wenn die Gefahr besteht, daß er unter Umständen wirksam werden kann. Wenn man von Haus aus wüßte, der autonome Zolltarif ist nicht ernst gemeint und kann nie wirksam werden, wenn das alle Ausländer wissen, dann wird sich bei Handelsvertragsverhandlungen keiner die Mühe geben, die Mauer dieses hohen Zolltarifs zu erniedrigen. *(Dr. Bauer: Deswegen muß man die Zölle so festsetzen, daß im Falle ihres Inkrafttretens das Land sie verträgt!)* Wir sind dank unserer passiven Handelsbilanz bei der gegenwärtigen Situation, wo die Ware wieder dem Geld nachläuft, bei Handelsvertragsverhandlungen wieder in der besseren Situation, und ich meine, es werden sich diese autonomen Zölle nicht länger auswirken, als sie das Land vertragen kann, und es wird sie vielleicht auch das andere Land nicht allzu lange vertragen. Wir dürfen da nicht allzu zaghaft sein.

Allerdings gibt es eine große Schwierigkeit in der Behandlung des ganzen Zollproblems, das ist die grundsätzliche Verschiedenheit in der Stellung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion zum inneren Markt. Wenn wir heute unserer Landwirtschaft den gesamten inneren Markt sichern könnten, so wäre das Problem der landwirtschaftlichen Krise gelöst; unsere Landwirtschaft hätte dann einen vollständig genügenden Absatz. Ganz anders ist die Situation für die Industrie. Wenn wir selbst einen verbesserten inneren Markt mit erhöhter Aufnahmefähigkeit unserer Industrie zu sichern imstande wären, würde es immer noch sehr lebenswichtigen Branchen, die wertvolle österreichische Arbeiter beschäftigt, nicht möglich sein, ihre Produktion voll auszunutzen und aus arbeitslosen Menschen wieder arbeitende Menschen zu machen. Und das ist doch das Problem, um das es sich bei uns handelt: Wie machen wir arbeitslose Menschen zu arbeitenden Menschen, wie machen wir — ganz brutal herausgesagt — Unterkonsumenten zu Vollkonsumenten. *(Zustimmung.)* Denn daß aus diesen Unterkonsumenten Vollkonsumenten werden, das ist ein Interesse aller wirtschaftlichen Kreise; denn schließlich und endlich am Anfang war der Konsum, und erst wenn der Konsum da ist, hat die Produktion ihre Existenzberechtigung erhalten. Wir haben daher für den Konsum zu sorgen und wir müssen daher das tun, was aus einer möglichst großen Zahl von Menschen wieder Vollkonsumenten zu machen imstande ist. Infolgedessen brauchen wir einen Zolltarif, der auch jenen Wirtschaftszweigen die Möglichkeit der Betätigung gibt, die sich am inneren Markt nicht erholen können, die exportieren müssen, das heißt einen Zolltarif, der für unsere Unterhändler das geeignete Instrument ist, um uns günstige Handelsverträge abzuschließen. Denn wenn wieder einmal der volle Konsum landwirtschaftlicher Produkte auf dem inneren Markte gegeben ist, dann werden sich natürlich auch auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktionsweise eine ganze Menge Dinge ändern.

Und wenn nun auch — das war nicht mehr der Herr Dr. Bauer, sondern irgend jemand anderer — in einem Zwischenruf die Behauptung aufgestellt wurde, daß die Landwirtschaft sehr schlechte Löhne zahle — ich bitte, es gibt ein sehr einfaches Mittel, den schlechten Löhnen der Landwirtschaft, soweit sie wirklich bestehen, ein Ende zu machen: man braucht nur den Landwirten die wirtschaftliche Möglichkeit zu geben, bessere Löhne zu zahlen, dann werden diese guten Löhne sofort da sein. *(Zustimmung.)* Aber diese guten Löhne haben eben als Voraussetzung die Möglichkeit eines Absatzes der landwirtschaftlichen Produkte zu Preisen, die die Zahlung dieser höheren Löhne ermöglichen. Ich meine, das ist ein wirtschaftliches Naturgesetz, gegen das wir uns nicht auflehnen können, und wer höhere Löhne in der Landwirtschaft will, der muß natürlich auch die Preise wollen, die die Zahlung dieser höheren Löhne ermöglichen.

Und nun sage ich Ihnen folgendes: Es ist hier die Märchengestalt eines Bauern mit 500 Stück Vieh aufgeschienen, der angeblich — ich weiß nicht, ich hab es nicht recht herausbekommen können — kein Interesse an einer Erhöhung von Viehzöllen hat. Der vielleicht nicht. Aber ich sage Ihnen das eine: Für den armen Teufel von Gebirgsbauern, dessen ganzer Wirtschaftsertrag darin besteht, daß er jährlich ein Stück Vieh verkaufen kann, ist es schon wichtig und bedeutungsvoll, heute schon gar nicht mehr, wie teuer er das Stück Vieh verkaufen kann, sondern daß er es überhaupt verkaufen kann. *(Beifall.)* Denn durch den ungenügenden Schutz, den wir haben, ist die Situation heute so, daß die Leute schließlich und endlich, weil sie das Stück Vieh über den nächsten Winter nicht hinwegfüttern können, es um jeden Preis hergeben müssen, oft um einen Preis, der nicht einmal das deckt, was sie an öffentlichen Abgaben zu leisten haben. Da kann man nicht sagen, daß man Großbauernpolitik macht, wenn man dafür sorgt, daß der inländische

Vieherzeuger tatsächlich einen Absatz findet. Ich meine, diese Differenzierung, die jetzt vorgenommen wurde, zwischen Arbeitsbauern und Herrenbauern, das ist eine Aufstellung, die nur jemand machen kann, der doch die tatsächlichen Verhältnisse in der Landwirtschaft nicht sehr gut kennt. Denn gerade beim Bauernstand ist die Stellung zur körperlichen Arbeit nicht abhängig von der Höhe des Einkommens, sondern auch der Bauer mit einem großen Einkommen wird doch in seiner Gesellschaft, auf deren Urteil er Wert legt, als Vollbauer nur gewertet, solange er selbst mit der Pflugschar in der Hand arbeitet. *(Lebhafte Zustimmung.)* Diese Arbeitsbauern, diese kleinen Gebirgsbauern, die nur ein Stück zu verkaufen in der Lage sind, sind tatsächlich in einer Art und Weise verarmt, die entsetzenerregend ist. Die Tragik ihres Schicksals gegenüber dem der gewiß bedauernswerten Arbeitslosen ist die, daß die Arbeitslosen keine Arbeit haben, aber immerhin noch ein Einkommen beziehen, das sie vor dem Tode des Verhungerns rettet, während diese kleinen Gebirgsbauern, wenn sie sich nicht die Aussicht auf den Ertrag für Jahre hinaus vernichten lassen wollen, gezwungen sind, schwer zu arbeiten, aber aus ihrer Arbeit nicht einmal ein Einkommen beziehen und nicht in der Lage sind, aus den Erzeugnissen ihres Gutes ihren Mundbedarf zu decken, sondern eine ganze Masse von Dingen schließlich und endlich doch noch kaufen müssen und nicht den Erlös haben, mit dem sie die Dinge, die sie kaufen müssen, bezahlen könnten. *(Lebhafter Beifall.)*

Es ist heute hier soviel gesprochen worden von dem Unterschied zwischen den Bauern — wir sagen: Großbauern und Kleinbauern, die heutige Terminologie beliebte, Arbeitsbauern und Herrenbauern zu sagen. Es ist dieser Unterschied so stark betont worden, aber ich kann mich an andere Debatten in diesem hohen Hause erinnern, wo über die Preistreiberei der Fleisch produzierenden Bauern gesprochen wurde, und da ist kein Unterschied zwischen Arbeitsbauern und Herrenbauern gemacht worden, da sind sie alle in einen großen Topf hineingefallen. *(Zustimmung.)* Auch zu Zeiten, wo die Bewirtschaftung landwirtschaftlichen Besitzes noch nicht jene Freiheit hatte, die sie heute wieder hat, wo es Organisationen gegeben hat, die in die landwirtschaftliche Wirtschaft tief eingegriffen haben, hat man diesen Unterschied zwischen Arbeitsbauern und Herrenbauern nicht gekannt. Wenn man da ein Stück wegrequiriert hat, so hat man es dort wegrequiriert, wo man es gerade am nächsten gefunden hat. *(Zwischenruf Hartmann.)* Die Vorwürfe, die damals erhoben worden sind, Herr Kollege — damit Sie es wissen, wenn Sie schon einen Zwischenruf machen —, wurden in der Richtung erhoben, daß man damals die Herrenbauern besser behandelt hätte als die Arbeitsbauern. Aber ich möchte nicht sagen, daß wir in diesen Organisationen, die darüber entschieden haben, immer den entscheidenden Einfluß gehabt haben. *(Lebhafter Beifall.)* Ich hätte diese Bemerkung nicht gemacht, wenn Sie mich nicht durch einen Zwischenruf dazu genötigt hätten. *(Dr. Bauer: Die ganze Organisation war doch der Requisitionsapparat Ihres Krieges!)* Ich kann mich nicht erinnern, an der Kriegserklärung irgendwie beteiligt gewesen zu sein, und ich glaube auch, daß sich unter uns nicht viele Herren finden werden, die mit diesem Krieg in einen unmittelbaren Zusammenhang gebracht werden könnten. *(Dr. Bauer: Der Krieg war unter anderem auch das Resultat jener Vieheinfuhrverbote, mit denen Sie jetzt wieder anfangen wollen!)* Ich werde Ihnen etwas sagen: Es ist ein großer Unterschied, ob sich das heutige Österreich dagegen wehrt, daß Vieh über jene Mengen hinaus eingeführt wird, die die inländische Produktion decken kann, oder ob das alte Österreich imstande war, einen rein agrarischen Staat, der keinen Zugang zum Meere hatte, durch eine Unterbindung seiner gesamten Ausfuhr oder — sagen wir — 80 Prozent seiner Ausfuhr von einem Tag zum andern in eine Situation wirtschaftlicher Verzweiflung zu stürzen. Ich meine, es gibt keinen Staat, der so elend wäre, daß man ihn zu dem heutigen Österreich in eine solche Relation bringen könnte, in die man seinerzeit Serbien zu dem großen Österreich bringen konnte. Für diesen Vergleich sind heute die rechten Voraussetzungen wohl nicht gegeben. Damals handelte es sich um eine unerhörte Brutalität einer Großmacht gegen einen schwachen agrarischen Staat, die in dem letzteren tatsächlich Not und Elend hervorgerufen hat. Wir heute sind gar nicht in der Lage, brutal zu sein, wenn wir es noch so gern in dem einen oder anderen Fall sein würden, sondern das, was wir tun können, ist, unseren Unterhändlern, die man nicht genug bewundern kann — und die persönliche Auffassung unseres prominentesten Unterhändlers ist ja in Genf festgelegt worden, aber auch dieser Mann mit seiner schwärmerischen Überzeugung für den Freihandel braucht dann, wenn er für das Land, dem er dient, Handelsverträge abschließen will, einen Zolltarif —, einen Zolltarif zu geben, der ihnen die Möglichkeit bietet, Handelsverträge abzuschließen.

Und nun sind hier noch schließlich und endlich im Zusammenhang mit dem Zolltarif und zum Erweise dessen, daß wir nur die Interessen der Herrenbauern und nicht der Arbeitsbauern vertreten, Terrorfälle herangezogen worden. Mit diesen Terrorfällen ist es vielfach so: sie sind wie ein Regenbogen: wenn man sich ihnen nähert, ist plötzlich nichts mehr da. Wer hat als Kind diese Enttäuschung nicht schon erlebt! Aber einiges davon ist sicherlich geschehen. Es ist ja schon schwer, nach einer Jagd

das Ergebnis derselben festzustellen. *(Heiterkeit.)* Es sind natürlich die Berichte, die über solche Fälle einlangen, grundverschieden, je nachdem, von welcher Partei sie kommen, weil in Zeiten einer gewissen Erregung jeder Bericht eine gewisse subjektive Färbung erhält. Das ist eine Sache, über die man sich nicht aufregen muß, und Kollege Födermayr hat schon zugesagt, daß man an eine Untersuchung dieser Dinge ganz ernsthaft herantreten will. *(Dr. Bauer: In erster Linie haben die Herren Staatsanwälte zu untersuchen!)* Wenn wir solche Wünsche an die Staatsanwälte äußern wollten, so könnten wir auch etwas erzählen. *(Lebhafte Zustimmung.)* In Leoben ist das Podium zusammengebrochen, auf dem unsere Redner gesprochen haben. Da haben sie nicht nur Wasser gespritzt, von dem wäre das Podium nicht zusammengebrochen. *(Zwischenrufe. — Dr. Bauer: Wenn man einen Arbeiter hätte einsperren können, so wäre er sicher eingesperrt worden!)* Ich weiß nicht, ich wäre da vielleicht in der Lage — aber ich werde es nicht tun —, einige Beiträge zu liefern, es fällt mir aber nicht ein, ich nehme derartige Dinge nicht so tragisch. Das sind unerfreuliche Erscheinungen des Wahlkampfes, die wir aber nicht durch den Staatsanwalt, sondern durch Erziehung zur Demokratie bekämpfen wollen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Dr. Bauer: Es gehen Dutzende Arbeiter arbeitslos herum, deren Kinder hungern! Da werden Sie nicht mit solchen Redensarten darüber hinwegkommen! Das Gesetz zum Schutze der Wahlfreiheit wird auch auf dem Lande gelten, sonst wird nicht verhandelt!)* Ich kann mir nicht vorstellen, daß durch das Einsperren von Versammlungssprengern Kinder hungernder Arbeitsloser Nahrung erhalten werden. *(Zustimmung und neuerliche Zwischenrufe.)*

Und nun komme ich auf die sogenannte wirtschaftliche Schädigung. Selbstverständlich ist der Terror dort am entwickeltsten, wo er am ältesten ist *(Heiterkeit)* und wo es eine ganze Literatur über dieses Problem gibt, und es kann dann schon sein, daß man Fälle und Formen des Terrors anzuführen vermag, die gewissermaßen dadurch, daß sich die Literatur mit ihnen beschäftigt hat, sagen wir, eine gewisse wissenschaftliche Anerkennung gefunden haben. Aber man kann von den einfachen Leuten auf dem Lande, die sich gegen gewisse Dinge wehren, nicht verlangen, daß sie vorher die gesamte zeitgenössische Literatur über Terror studiert haben *(Heiterkeit)* und nur zur Anwendung jener subtilen Methoden greifen, die gewissermaßen wissenschaftlich sanktioniert sind. Ich meine, es ist sehr klug und geschickt, wenn man den Terror in Formen zu bringen vermag, die ihm eine gewisse schwere Angreifbarkeit sichern. Das ist sicherlich das Produkt einer langen Erfahrung mit derartigen Dingen, über die eben unsere Bauern noch nicht verfügen. Sie werden vielleicht noch mit der Zeit auch Formen lernen, die auch literarisch anzuerkennen und zu vertreten sind. *(Heiterkeit.)*

Daß man aber die Verweigerung von Gefälligkeiten, die ein Nachbar sonst dem guten Nachbarn erweist, als Terrorakt bezeichnen will, scheint mir denn doch über das literarisch erlaubte Maß hinauszugehen. *(Heiterkeit. — Sever: Wir werden darüber im Zollausschuß noch reden!)* Wir werden natürlich im Zollausschuß darüber reden, denn dazu ist ja der Zollausschuß da, daß man in ihm über den Zolltarif redet. *(Sever: Wir werden auch über andere Dinge reden!)* Wir werden sicherlich auch über andere Dinge reden, aber das Recht der freien Meinungsäußerung in diesem Hause sind wir leider auch für uns genötigt, in Anspruch zu nehmen. Dagegen also, daß man eine derartige Verweigerung von Gefälligkeiten, auf die gar kein gesetzlicher Anspruch besteht, unter den Begriff des Terrors subsumieren will, müssen wir uns doch zur Wehr setzen. Ich möchte an die anwesenden und auch nicht anwesenden weiblichen Mitglieder dieses hohen Hauses nun die Frage richten, ob Sie nicht auf dem Standpunkte stehen, daß die Wahl einer Hebamme schließlich der Gebärenden überlassen bleiben muß *(Heiterkeit)*, denn man kann doch nicht die Bäuerinnen zwingen, irgendeine bestimmte Hebamme zu rufen. *(Sever: Es handelt sich um den Bauernbund!)* Ich werde Ihnen etwas sagen. Schließlich maße auch ich mir als Ehemann, wenn meine Frau ein Kind bekommt, noch eher ein Recht an, darauf Einfluß zu nehmen, wer die Entbindung leiten soll, als irgendeine Vorschrift einer Hebammenorganisation, denn es wäre sehr traurig, wenn wir die Frage des Kinderkriegens so ähnlich behandeln würden wie das Reinigen der Schornsteine, wo allerdings gewisse Häuser gewissen Schornsteinfegern zugewiesen sind. *(Heiterkeit.)* Das ist denn doch eine andere Frage. *(Zwischenrufe.)*

Wenn nun der Herr Kollege Müller sehr stolz darauf hingewiesen hat, daß jetzt eine ganze Menge Bauern Hilfe bei den Sozialdemokraten gesucht haben, so kann eine derartige Behauptung, da unser Stimmrecht geheim ist, nur das Ergebnis einer arithmetischen Kombination sein. Man weiß doch nicht, wie jemand in einem bestimmten Ort gewählt hat, soll es sogar nicht wissen. Aber ich meine, ich könnte schließlich auch das verstehen, denn wir leben in einer ungeheuren Wirtschaftskrise und haben Erscheinungen des Wirtschaftslebens, die so allgemeiner Natur sind, daß ihre Auswirkungen auf uns keine Regierung zu ändern vermöchte, ganz gleichgültig, von welcher Partei sie getragen werde. Selbstverständlich aber machen gewisse Kreise der Bevölkerung für die Auswirkungen von Wirtschaftskrisen im Inland immer die jeweils regierenden Parteien verantwortlich. Das ist ein Denkgesetz, und die Aus-

wirkungen dieses Denkgesetzes sind es, daß sich wirtschaftliche Kreise zu einer Zeit, wenn sie von der wirtschaftlichen Krise besonders hart getroffen sind, unter Umständen von den regierenden Parteien für eine gewisse Zeit abwenden, so lange abwenden, als sie in der Illusion leben, daß dieser Parteienwechsel eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse herbeiführen wird. Wenn diese Illusion vorüber ist, dann ist diese Zuwendung auch wieder vorüber. Aber Sie selbst haben schließlich auch kein Interesse daran, daß der Druck dieser Illusion auf unseren Bauern zu lange lastet, wenn Sie wirklich jene warmen und aufrichtigen Freunde des Bauernstandes sind, als die wir Sie heute hier in diesem hohen Hause kennenzulernen Gelegenheit hatten. *(Anhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Da kein Redner mehr vorgemerkt ist, ist die 1. Lesung abgeschlossen. Die Regierungsvorlage B. 10 wird dem Zollausschuß zugewiesen.

Der nächste Punkt der T. O. ist die 1. Lesung der Regierungsvorlagen, betr. das Mittelschulgesetz (B. 1) und betr. die Bürgerschulnovelle (B. 2).

Bundesminister für Unterricht **Schmitz:** Hohes Haus! Es ist wohl eine geraume Zeit verstrichen, seit diesem hohen Hause, ja, sogar schon dem Vorgänger dieses hohen Hauses, ein Schulgesetz vorgelegt worden ist, das sich nicht darauf beschränkte, zu Fragen der Schulerhaltung, der Lehrergehälter, des Disziplinarrechtes usw. Stellung zu nehmen, sondern sich auf die Schule selbst und ihr Wesen bezogen hat. Wenn auch die Gesetzgebung Österreichs verhältnismäßig lange Zeit mit solchen Schulgesetzen im engeren Sinne des Wortes nicht befaßt worden ist, so dürfte man daraus doch nicht den Schluß ziehen, als ob es in dieser Zeit keine Schulkämpfe gegeben hätte. Im Gegenteil, diese Zeit war erfüllt mit Schulkämpfen der verschiedensten Art; die Dinge waren sehr lange im Fluß, und nur aus diesem Flusse des Geschehens und der Entwicklung heraus sind auch die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe richtig zu beurteilen.

Schon vor dem Kriege hat es starke schulreformerische Bewegungen gegeben. Die älteste reicht bekanntlich noch in die erste Hälfte des vorigen Jahrhunderts zurück. Tendenzen, die heute noch nicht vollständig befriedigt sind, wurden schon im Jahre 1849 ausgesprochen, später bei den Schulenqueten der Jahre 1870 und 1908. Diese drei Jahreszahlen dienen zugleich als Orientierungszeichen und zeigen, wie lange gewisse Fragen schon zur öffentlichen Diskussion stehen und mit welcher Vorsicht nicht nur die Schulverwaltung, sondern, wenn ich mich so ausdrücken darf, die Schulwelt unseres Staates zu diesen Fragen Stellung genommen hat, wie sehr man davor zurückgescheut ist, radikale Eingriffe in das Schulwesen zu wagen.

Unmittelbar vor dem Kriege war man vor allem mit zwei Fragen beschäftigt. Die eine war die Kontroverse, ob man die humanistischen oder die realistischen Fächer stärker betonen solle. Diese Kontroverse hat in dem Jahrzehnt vor dem Kriege wohl am stärksten von allen schulpolitischen Fragen die in Betracht kommende Öffentlichkeit beschäftigt. Die zweite Frage, die damals sehr lebhaft zur Erörterung stand, betraf die höhere Mädchenbildung. Man war mit den damaligen Lyzeen bekanntlich sehr unzufrieden, und man wollte auch für die Mädchen vollwertige Mittelschulen haben, nicht nur diese Lyzeen, die weder Fisch noch Fleisch waren, wie man damals gern sagte. Aus dieser Zeit des Jahrzehntes vor dem Kriegsausbruch stammen zwei Versuchstypen unserer Mittelschulen, zunächst unserer Knabenmittelschulen: das Realgymnasium und das — als Anstalt für Knaben nur in einem Exemplar im jetzigen Österreich bestehende — Reformrealgymnasium.

Nach dem Kriege sind zunächst die Mittelschulreformfragen der Vorkriegszeit, die ich eben angedeutet habe, aufrechtgeblieben. Sie haben in ihrer wechselseitigen Bedeutung allerdings nicht die gleiche Position behauptet. Die Kontroverse, ob die humanistischen oder die realistischen Fächer stärker betont werden sollen, ist zwar nicht absolut, aber relativ hinter andere Fragen zurückgetreten. Sehr stark in den Vordergrund getreten sind die Fragen, die das Mädchenbildungswesen, das Mädchenmittelschulwesen, betreffen. Die Mädchenmittelschulen haben nach dem Kriege einen ungeahnten Aufschwung genommen, die Lyzeen alter Art sind fast vollständig verschwunden. Die Zahl der vollwertigen Mädchenmittelschulen ist von 8 auf 30 gestiegen. Dazu kam die neue Versuchstype der Frauenoberschule, die in fünf Anstalten besteht, und schließlich spielte noch die als Notbehelf gedachte Zulassung von Mädchen an Knabenmittelschulen eine nicht unbedeutende Rolle.

Lassen Sie mich vielleicht die Ziffern hier sagen, die dieses Bild erhellen. Nach den letzten Meldungen waren an österreichischen Mittelschulen 35.860 Knaben und 10.970 Mädchen überhaupt. Von diesen 10.970 Mädchen waren 7457 in selbständigen Mädchenmittelschulen, der Rest, also 3513 — davon müßte man, wenn man ganz genau sein wollte, noch gewisse Fälle abziehen, das spielt aber keine Rolle für das Gesamtbild —, an Knabenmittelschulen zugelassen. Diese Ziffer der gewaltigen Zunahme des Mädchenstudiums illustriert die großen Veränderungen, die sich im letzten Jahrzehnt in der gesellschaftlichen Stellung der Frau ergeben haben. Eine bedeutende Rolle spielt jetzt nach dem Kriege auch noch eine Frage, die vielleicht die älteste Reformfrage unserer Mittelschule ist, nämlich die Frage, ob und inwieweit man die Entscheidung über die endgültige Schul- und Berufsbahn hinausschieben kann, ohne das Mittelschulwesen in seinem

Kern zu treffen. Zum erstenmal wurde dieser Wunsch vor einer sehr geraumen Zeit ausgesprochen, im Jahre 1849. Er ist seitdem immer wieder aufgetaucht und nach dem Kriege lebendig geblieben und lebendig geworden. Dazu kamen vor allem zwei Umstände: die Umgestaltung der Volksschule und die Tatsache, daß die Zahl der Kinder, die nicht erst nach der fünften Volksschulklasse, sondern nach der vierten Volksschulklasse in die Mittelschule übertreten, im letzten Jahrzehnt immer größer wird. Während früher, besonders vor dem Kriege, die Primaner fast durchwegs aus der fünften Volksschulklasse gekommen sind und alle anderen in der verschwindenden Minderheit waren, wird das jetzt, wie es scheint, umgekehrt. Es mag die wirtschaftliche Not auch eine sehr große Rolle spielen, die Eltern rechnen und wünschen ein Schuljahr zu ersparen, um die Kinder ein Jahr früher in einen Beruf hineinzubekommen. Jedenfalls muß die Unterrichtsverwaltung und die Schulpolitik mit dieser Tatsache rechnen.

Aus diesen beiden Erscheinungen heraus kam man zu dem Wunsch, die ersten Mittelschulklassen etwas zu erleichtern, und andere auch deshalb, damit man Raum bekommt für die Ausgestaltung des Deutschunterrichtes. Diese letztere Tendenz hat aber noch von einem anderen Gedankengang her Unterstützung bekommen. Die starke Welle nationalen Selbstbewußtseins, die bei uns wie in Deutschland während des Krieges sich erhoben hat, ist nach dem Kriege und seinem unglücklichen Ende nicht einfach verschwunden, sondern sie hat in der anderen Gestalt der Selbstbestimmung, der Einkehr auf das eigene Wesen sich forterhalten. Man wünschte den nach dem ungeheueren Gewitter notwendig gewordenen Wiederaufbau vor allem durch die aus dem eigenen Volkstum strömenden Kräfte zu stützen und zu fördern, und so kam man auch hier von diesem Gedankengang her zu der Forderung einer stärkeren Berücksichtigung des Deutschunterrichtes an den unteren Klassen der Mittelschulen. Man wollte sogar eigene Schultypen für die Verwirklichung solcher Ideen schaffen.

Neu, aber zum Teil mit großer Leidenschaft verfochten, trat neben den alten Reformgrundsätzen eine neue Tendenz auf, die Tendenz nach Ausdehnung der Einheitsschule, die wir im wesentlichen ihrem Inhalt nach seit jeher für die unteren Klassen der Volksschule gehabt haben, auf alle Kinder ausnahmslos bis zum 14. Lebensjahr. Diese Einheitsschule sollte eine Zwangsschule sein und die Kinder alle ausnahmslos durch eine und dieselbe Schule quasi durch ein Filter durchgepreßt werden. Dieser Tendenz tritt ein anderes Reformprinzip gegenüber, das der sozialen Auslese der Begabten.

Die Zwangseinheitsschule bis zum 14. Lebensjahr muß ich vom Standpunkte, den die Regierung in schulpolitischen Dingen einnimmt, ablehnen. Ich will für diese Ablehnung einige Gründe anführen. Zunächst würde die Einführung dieser Zwangseinheitsschule bis zum 14. Lebensjahr den Verzicht auf den letzten Rest von Schulfreiheit bedeuten, den es in Österreich noch gibt. Sodann würde die Erfüllung dieser Forderung bedeuten, daß die Bürgerschulen und die Untermittelschulen alle zu verschwinden hätten und daß an ihre Stelle etwas träte, das weder Bürgerschule noch vollwertige Untermittelschule ist, das weder die Vorzüge der einen noch die der anderen und vielleicht nur die Nachteile beider hätte und das jedenfalls nicht geeignet ist, die schweren Sorgen zu beruhigen, die sich hinsichtlich der Konsequenzen einer solchen Schulpolitik ergeben müßten. Werden nämlich die Untermittelschulen zerstört, so bedeutet das die Zerstörung der Mittelschulen als Vollanstalten, so bedeutet das in weiterer Folge die Zusammenpressung der Vorbereitung und Erziehung für das Hochschulstudium, für das wissenschaftliche Studium im eigentlichen Sinne dieses Wortes von acht auf vier Jahre.

Die Konsequenzen eines solchen Wagnisses für das geistige Leben sind so, daß man vor ihnen erschrecken muß. Jede Ausnahme — es gibt ja heute schon solche — von der achtjährigen Vorbildung und Vorbereitung für das Hochschulstudium ist bedenklich, und ich würde es vollkommen begreiflich finden, wenn sich schon gegen solche Ausnahmen ein starker Widerstand erheben würde. Aber noch schrecklicher und nach meiner Überzeugung vom Standpunkt der Unterrichtsverwaltung des Bundes unverantwortbar wäre es, diese vereinzelten Ausnahmen zur allgemeinen Regel zu machen und alle Mittelschulen auf vier Jahre zusammenzudrängen.

Ich muß mich daher namens der Regierung gegen dieses Reformprinzip aussprechen. Ich muß diese hyperradikale Reform ablehnen im Interesse unseres Geisteslebens und der Zukunft unserer geistigen Kultur. Da es sich hier um Schulen handelt, die vor allem für das Hochschulstudium vorzubereiten haben, so muß bei der Beurteilung dessen, was an Reformen und Einschränkung dieser Vorbereitung auf das Hochschulstudium noch ertragen werden kann, die Stimme der Hochschulen selbst gehört werden. Die Hochschulen sind die Hüter und Wahrer des reichen Schatzes wissenschaftlicher Forschung und wissenschaftlicher Lehre. Sie haben daher ein Recht darauf, daß man auf sie hört, wenn es sich darum handelt, die Mittelschule, also das Stadium, aus dem heraus die künftigen Lehrer und Hörer der Hochschulen kommen sollen, in irgendeinem Sinn zu reformieren und abzuändern. Auf das Votum der Hochschulen lege ich daher besonderen Wert.

Wesentlich anders als mit dem eben genannten Prinzip der Zwangseinheitsschule bis zum 14. Lebensjahr steht es mit dem anderen Reformprinzip, das ich nach Vorbildern das der sozialen Auslese der

Begabten genannt habe. Man wirft der bisherigen österreichischen Mittelschule vor, daß sie angeblich eine Schule des Bürgertums sei, eine Schule der Besitzenden, um es noch deutlicher zu sagen. Es ist gewiß unbestreitbar, daß wohlhabende Familien alles daran wenden, ihre Kinder, auch wenn sie nicht sehr begabt sind, durch die Mittelschule durchzusteuern. Daß solche Dinge vorkommen, ist kein Zweifel. Aber es ist ebenso unbestreitbar, daß die Kinder der Besitzlosen an unseren österreichischen Mittelschulen, einen — Gott sei Dank — so großen Prozentsatz einnehmen *(Zustimmung)*, daß man kein Recht hat, zu sagen, die österreichische Mittelschule sei eine klassenmäßig privilegierte Schule des besitzenden Mittelstandes, des besitzenden Bürgertums. Wer an einer Mittelschule studiert hat, weiß das, er weiß auch, daß der Hinweis auf die formale Vorschrift des Schuldgelds für die begabten Kinder besitzloser Familien keine praktische Bedeutung hat, weil es davon Dispense, Befreiungen gibt; er weiß auch aus Erfahrung, daß auch die Beschaffung von Lehrmitteln und dergleichen ebenso erleichtert ist. In der schonensten, nobelsten Form sind Einrichtungen geschaffen, die es Kindern besitzloser Familien so erleichtern, sich die Lehrmittel zu beschaffen, daß auch hieraus keine Schwierigkeit für das Studium entsteht. Es gibt in Wien Mittelschulen, an denen sich überhaupt kein einziges Kind besitzloser Eltern selbst die Lehrmittel zu besorgen braucht, sondern durch Einrichtungen, die an der Schule zum Teil seit Jahrzenten, zum Teil seit jüngerer Zeit bestehen, ist dafür Sorge getragen und das Kind bekommt sie in einer noblen Form, ohne daß es deswegen in seiner sozialen Ehre irgendwie gekränkt würde.

Ich muß daher feststellen, daß in dieser allgemeinen Fassung der Vorwurf gegen unsere Mittelschule, wie sie bisher bestanden, geschichtlich nicht begründet ist. Dagegen muß ich sagen, es gibt Fälle — man mag über die Zahl dieser Fälle verschiedener Meinung sein, aber es gibt Fälle —, in denen begabte Kinder nicht sofort der Mittelschule, sondern aus irgendwelchen Gründen der Bürgerschule zugeführt werden. Ja, es gibt in tausenden Gemeinden unseres Bundesgebietes Fälle, in denen die Kinder, auch wenn sie nicht aus Familien stammen, auf die das Wort besitzlos in seiner ganzen Schärfe angewendet werden kann, doch aus einem sozialen und wirtschaftlichen Milieu kommen, das es verhindert, sie trotz ihrer Begabung auch nur an eine Bürgerschule geschweige denn an eine Mittelschule zu schicken. Man braucht hier nur an die vielen, vielen Landgemeinden zu denken, die fernab von größeren Verkehrsadern, größeren Zentren auch des Schulwesens gelegen sind. Wenn man daher auf diesen Tatsachen die Forderung aufbaut, es möge, solle unser Schulwesen, Mittelschule sowohl wie Bürgerschule, eine solche Neuorganisation erhalten, daß für diese Fälle einer späteren Erkenntnis der Begabung und Neigung zum höheren Studium oder der besonderen sozialen Milieuschwierigkeiten Brücken gebaut werden, die es jedem begabten Kinde ermöglichen, zum höheren Studium zu gelangen, dann muß man sagen, ist dem Prinzip der sozialen Auslese der Begabten vollkommen Rechnung getragen. Die Hauptmasse wird nach wie vor von der Volksschule in die Mittelschule übertreten, ein anderer großer Teil wird etwa von den Bürgerschulen herüberkommen können. Ein dritter, gewiß nicht sehr großer Teil wird nach Vollendung der Schulpflicht irgendeinen Weg brauchen, um zur höheren Bildung kommen zu können. Einen vierten Fall von Bedeutung weiß ich nicht mehr. Es ist daher dann ein lückenloses System vorhanden, das der sozialen Auslese der Begabten vollkommen Rechnung trägt.

Hohes Haus! Nach diesem geschichtlichen Rückblick und dieser prinzipiellen Erörterung wende ich mich den beiden Gesetzen selbst zu. Diese beiden Regierungsvorlagen sollen vor allem in unserem Schulwesen wieder stabile Verhältnisse schaffen. Die zahlreichen Versuche, die in der Nachkriegszeit vor allem gemacht wurden, die wir zum Teil aber auch schon von der Vorkriegszeit her übernommen haben, haben zweifellos ihre Verdienste. Sie haben dazu beigetragen, daß gewisse Streitfragen geklärt wurden, daß Erfahrungsmaterial angesammelt wurde um bestimmte Dinge beurteilen zu können, aber die lange Dauer und die große Zahl dieser Versuche haben natürlich mit der Zeit auch Schattenseiten gezeigt. Es sind unangenehme, ja sogar schädliche Wirkungen eingetreten, die sich aus der Fülle der Versuche und vor allem aus der langen Dauer derselben ergaben, schädliche Wirkungen für die Mittelschulen selbst, für ihre Lehrer, für ihre Schüler, für die Eltern dieser Schüler. Die Vielfältigkeit und Verschiedenartigkeit unserer Mittelschultypen und -varianten ist ja jetzt bereits — unvermeidlicherweise im Zeitalter des Versuches — so groß geworden, daß der Übergang von einer Anstalt zur anderen mitunter schon erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Dazu kommt, daß in dieser Zeit der Versuche auch territorial innerhalb des Bundesgebietes verschiedene starke Verschiedenheiten entstanden sind und wir ein Grundprinzip der Mittelschulpolitik, der Schulpolitik und der Kulturpolitik überhaupt, die Einheitlichkeit des Schulwesens im ganzen Bundesgebiete, bereits in großer Gefahr sehen.

Das erste Charakteristikum der beiden Regierungsvorlagen ist daher, daß die Ära der Versuche im wesentlichen abgeschlossen werden soll. Es soll nur eine Ausnahme bleiben, von der ich dann noch zu reden die Ehre haben werde. Das Mittelschulgesetz hält, um seine wichtigsten Prinzipien herauszustellen, an den Mittelschulen als achtjährigen Vollanstalten, die auf Freiwilligkeit beruhen, fest und stellt drei Typen

www.parlament.gv.at

der Mittelschulen im allgemeinen Sinne auf, also jener Mittelschulen, die für Knaben oder für Mädchen bestimmt sind. Das sind die Gymnasien, die Realgymnasien und die Realschulen. Dazu kommen dann noch zwei Typen der besonderen Mittelschulen für Mädchen, das sind die Oberlyzeen und die Frauenoberschulen. In diesem Zusammenhange muß ein Blick auf die Erfahrungen gemacht werden, die man in ganz Österreich an den Mittelschulen mit der Koedukation gemacht hat. Diese Erfahrungen sind sehr wenig befriedigend. Das ist ja auch begreiflich, wenn man sich vor Augen hält, daß die Zeit der Mittelschule in eine Wachstumperiode hineinfällt, in der die beiden Geschlechter eine verschiedenartige körperliche Entwicklung aufweisen, und infolgedessen auch für die Bewältigung der ihnen vorgeschriebenen Leistungen in den verschiedenen Zeiten eine verschiedene Leistungsfähigkeit vorhanden ist. Daraus begreift man, daß die Koedukation nicht befriedigt hat; man muß es daher begrüßen, wenn man, sobald und soweit es möglich ist, die Mädchen in eigenen Klassen zusammenfassen kann. Es wird ja immer noch einzelne Fälle geben, wo die Notwendigkeit, Mädchen den Zugang zur Mittelschule überhaupt zu ermöglichen, die Koedukation als das kleinere Übel erscheinen läßt. Ich wünsche, meine Stellungnahme zu diesem Prinzip nicht so aufgefaßt zu wissen, als ob dadurch die ausnahmsweise Zulassung von Mädchen an Knabenmittelschulen überhaupt untersagt werden soll, wenn es nicht möglich wäre, dort Sonderklassen für Mädchen zu errichten. Vor allem aber wird es Aufgabe sein, daran zu denken, ob man nicht im Laufe der Zeit je nach den budgetären Möglichkeiten und nach dem Vorhandensein lokaler Voraussetzungen die Zahl der unteren Mittelschulen, die für Mädchen in besonderer Weise ausgestattet und abgestellt sind, auszugestalten, um dann auf die Koedukation ganz verzichten zu können.

Eine wichtige Neuerung in den beiden Gesetzen ist die Verlängerung der sieben Jahre des Unterrichtes in der Realschule auf acht Jahre sowie gewisse Veränderungen im Lehrplan der Realschule die damit Hand in Hand gehen. Dadurch wird die seit Jahrzehnten angestrebte vollständige Gleichwertigkeit und Gleichstellung der Realschule mit dem Gymnasium erreicht. Das bedeutet wieder ein Stück Reform auch insofern, als dann, besonders wenn man in Berücksichtigung zieht, daß es an der Realschule auch möglich gemacht werden soll, in den unteren Klassen statt Französisch Latein zu führen, der Absolvent einer Realschule nicht mehr nur einseitig für bestimmte Hochschultypen allein berechtigt wird, sondern daß er unter Umständen eine freiere Wahl bekommt, ohne erst schwierige Nachtrags- und Ergänzungsprüfungen unter allen Umständen ablegen zu müssen. Auch das ist im Sinne der allgemeinen Reformtendenz, die Berechtigungen möglichst einheitlich zu gestalten und die Schule möglichst gelenkig zu machen.

Die Forderung, den Zeitpunkt der endgültigen Berufs- und Schulbahnwahl — ich kann für diese Termini nichts, sie sind aber eingelebt und ich muß sie daher gebrauchen — weiter hinauszuschieben, findet durch das Gesetz Berücksichtigung, indem in den ersten drei Klassen der Untermittelschulen — ich spreche zunächst von der Untermittelschule im allgemeinen Sinne, die Knaben oder Mädchen besuchen können — der Lehrplan mit Ausnahme der fremden Sprachen gleichgehalten wird, so daß der Wechsel von einer dieser Anstalten zur andern in diesen drei Jahren relativ leicht ist. Es kann also ein Bub, der, sagen wir, in der dritten Klasse einer Mittelschule sitzt, nach drei Möglichkeiten dirigiert werden: Gymnasium, Realgymnasium oder Realschule. Mit gewissen Einschränkungen ist dies sogar noch in der vierten Klasse möglich.

Wichtiger als für Wien, wo es auf einem verhältnismäßig kleinen Territorium eine große Zahl von Mittelschulen gibt, ist dieser Umstand außerhalb Wiens, wo es nicht möglich ist, in jeder kleineren Stadt mehrere Mittelschultypen zu haben. Künftighin wird es nach diesem Gesetze möglich sein, daß zum Beispiel ein Schüler, der am Gymnasium in Ried studiert, der aber Neigung und Talent für das Realschulstudium hat, doch seinen Eltern, wenn er in Ried oder in der Nähe von Ried beheimatet ist, große Auslagen ersparen kann, da er die ersten drei Jahre in der Heimat selbst studieren kann, nur eine andere Sprache mitpflegen muß und dann in eine Realschule, sagen wir, in Linz oder irgendwo anders übertreten kann.

Diesen Vorgang über die dritte Klasse hinaus auszudehnen, ließe sich meines Erachtens nicht mehr rechtfertigen, würde aber anderseits eine schwere Gefährdung für die Erreichung des Bildungszieles der Mittelschulen überhaupt herbeiführen. Bei den Mädchenmittelschulen, Oberlyzeen und Frauenoberschulen ist der Unterbau völlig einheitlich gestaltet. Selbstverständlich soll — ich brauche das nicht ausdrücklich noch einmal zu betonen, ich will es nur der Vollkommenheit halber noch einmal anführen — dort, wo ein Bedürfnis danach vorhanden ist, auch die ausnahmsweise Zulassung von Mädchen an Knabenmittelschulen nicht behindert werden, aber es werden vor allem eigene Mädchengymnasien und Mädchenrealgymnasien, vielleicht sogar — bis jetzt war ein solches Bedürfnis nicht zu beobachten — Mädchenrealschulen bestehen können. Ich habe schon erwähnt, daß in einem Punkte die Versuche fortgesetzt werden sollen, eine zeitlich und sachlich beschränkte Ermächtigung wird für den Unterrichtsminister hinsichtlich der Aufbauschulen erbeten. Diese Aufbauschule ist für solche hervorragende und

ungewöhnliche Talente bestimmt, die erst nach Vollendung der Schulpflicht, also zum Beispiel in den Landgemeinden draußen, erkannt werden und erst da dem höheren Studium überhaupt zugeführt werden können. In solchen Fällen mußte der Vierzehnjährige im Gymnasium oder in der Realschule wieder neben dem Zehn- oder Elfjährigen anfangen, was eine solche Erschwernis bedeutete, daß die meisten natürlich darauf verzichteten, anderseits auch eine Erschwerung des Schulbetriebes war, denn solche ungleiche Altersstufen sind nicht günstig. Die Aufbauschule soll also vor allem für diese Vierzehnjährigen und darüber bestimmt sein. Sie wird außerordentlich viel verlangen, denn nur dann ist diese Reformtype überhaupt gerechtfertigt, wenn sie auf die größte Strenge abgestellt ist und nur wirklich ganz hervorragende Begabungen durchläßt. Nur um solche kann es sich handeln. *(Glöckel: Natürlich, beim Bürgertum braucht überhaupt keine Begabung zu sein! — Zwischenrufe. — Glöckel: Ein ganz besonderes Talent muß es sein!)* Ja, weil der betreffende Schüler in vier, beziehungsweise fünf Jahren das leisten muß, wozu der andere acht Jahre braucht. *(Glöckel: Wir wollen, daß er schon früher die Gelegenheit hat!)* Man kann nicht in den Landgemeinden draußen überall Bürger- und Mittelschulen einrichten. *(Glöckel: Aber dort, wo sie sind, kann man es machen!)* Dazu komme ich erst. *(Glöckel: Im Gesetzentwurf steht nichts drinnen!)* Dazu komme ich erst, ich rede jetzt von denjenigen Begabungen, die nicht verlorengehen sollen, weil man sie erst nach Vollendung ihrer Schulpflicht entdeckt hat. Von diesen rede ich jetzt und für diese Begabungen ist die Aufbauschule gedacht. Sie ist übrigens in Deutschland schon längst bekannt, und es wird nur ein Versuch, der in Deutschland in verschiedenen Fällen gemacht wurde, hier wiederholt werden. Es handelt sich um nichts anderes, es ist keine österreichische Erfindung, sondern die Anwendung deutscher Erfahrungen, bezüglich deren man abwarten muß, wie sie sich bei uns bewähren werden. Solche Schulen sind natürlich nur in Verbindung mit einem Internat möglich, eine Aufbauschule ohne Internat ist nicht denkbar, und selbstverständlich wird es sich dabei um solche Schüler handeln, die kaum in der Lage sein werden, ein hohes Schulgeld zu bezahlen.

Unmittelbar im Anschluß an diese Erörterung des Mittelschulgesetzes muß auf einen Teil des Bürgerschulgesetzes, der Bürgerschulnovelle, reflektiert werden, nämlich auf jene Paragraphen, in denen der Übertritt von Bürgerschülern entsprechender Begabung in die nächsthöhere Klasse der Untermittelschule geregelt wird. Auch hier soll dem Prinzip der sozialen Auslese der Begabung Rechnung getragen werden. Man hat gemeint, daß damit, daß man sagt, es müsse ein mindestens guter Gesamtfortgang von dem Schüler nachgewiesen werden, damit er das Recht des Übertrittes in die nächste Klasse der Untermittelschule bekommt, daß darin — man erinnerte sich an das Wort „Vorzugschüler" von früher — irgendeine ungebührliche Einschränkung läge. Im Gegenteil, es ist das — ich gestehe es — einem Erlasse vom 6. Juni 1926 entnommen, der also von einem meiner Amtsvorgänger ausgeht und für das laufende Schuljahr, das jetzt zu Ende geht, das Berechtigungswesen der Absolventen der Wiener Versuchsklassen mit dem Lehrplan einer Allgemeinen Mittelschule regelt. Dort ist über Antrag des Stadtschulrates, soviel ich weiß, ausdrücklich verlangt worden, daß diese Schüler den Allgemeinfortgang „gut" haben müssen. Was nun dort richtig war, wird im Gesetze nicht falsch sein können. Es ist ja selbstverständlich, daß für einen solchen Übertritt zum höheren Studium eben nicht jeder, sondern nur jeder Begabte in Frage kommen kann. Diese Begabung zu messen, ist ungeheuer schwer. Ein anderes Mittel gibt es nicht als erstens das Zeugnis, das er bringt, die guten Noten, und zweitens die praktische Erprobung, ob er mitkommen kann, ob er also die Noten redlich erworben oder sie nur mit Nachsicht der Taxen bekommen hat. Das kann man nur später in der Praxis feststellen, nicht aber vorher.

Diese Bestimmungen, welche zum erstenmal in der österreichischen Schulgesetzgebung den Übertritt von begabten Bürgerschülern in die nächsthöhere Klasse der entsprechenden Untermittelschule ermöglichen, gehören zu den wichtigsten der beiden Reformgesetze überhaupt. Ich weiß, daß es ein Wagnis ist, aber ich habe den Mut, die Verantwortung für dieses Wagnis auf mich zu nehmen. Ich weiß, daß viel kritisiert werden wird, aber ich will es im Interesse der sozialen Gerechtigkeit riskieren, auf daß kein begabtes Kind mehr — vor allem wird es sich hier um Kinder armer Eltern handeln — auf das höhere Studium verzichten muß. *(Bravo! Bravo!)* Aber ich muß pflichtgemäß das Schwergewicht auf das Wort „begabt" legen. Begabte Kinder armer Eltern sollen in der Zukunft noch mehr als bisher die Möglichkeit haben, zu höherer Bildung aufzusteigen, damit die Führerschicht unseres Volkes nicht zum traditionellen Besitz einer Anzahl von Familien wird, sondern damit diese führenden Schichten aus den tiefen Brunnen unseres gesamten Volkstums immer wieder sich erneuern und verjüngen können. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Hohes Haus! Wenn auch diese Brücken von der Bürgerschule zu den Mittelschulen gebaut werden, so muß doch die Bürgerschule selbst Bürgerschule bleiben; das heißt, ihr Ziel wird der Hauptsache nach nicht die entfernte Vorbereitung auf das Hochschulstudium zu sein haben, sondern wie bisher die Vorbereitung auf Berufe des praktischen Lebens. Es sollen nur die für das höhere Studium Begabten

die Möglichkeit haben, ohne Aufnahmeprüfung und dergleichen herüberzukommen; sie sollen durch ihre Tüchtigkeit beweisen, daß sie dessen wert sind. Aber es soll nicht die Bürgerschule selbst ihres erprobten Charakters entkleidet werden. Gerade durch ihre bisherige Zielsetzung der Vorbereitung auf Berufe des praktischen Lebens hat die Bürgerschule sich ein sehr großes Ansehen und eine große Verbreitung in unserem Staate gesichert. In den zwei Jahrzehnten von 1880 bis 1900 stieg die Zahl der Bürgerschulen in dem heutigen österreichischen Gebiete auf 198 Anstalten. In den folgenden zwei Jahrzehnten, also bis 1920, hat sich diese Zahl weit mehr als verdoppelt; sie betrug nämlich am Ende dieser Zeit 459. Heute sind es schon 547. Diese Ziffern beweisen, daß die Bürgerschule an sich, abgesehen von gewissen Einzelheiten, aber die Bürgerschule als Schultype, zweifellos eine sehr starke innere Lebenskraft erwiesen hat und daß die Masse der Bevölkerung ohne Unterschied des Standes und der Gegend die Bürgerschule als eine notwendige Schule betrachtet. Was an der Bürgerschule nicht zureicht, das soll reformiert werden. Man wird die Schüler einmal nach der Begabung sondern müssen, ein alter Wunsch der Bürgerschullehrer. Man hat gemeint, daß die Vorschläge der Richtlinien — denn diese beiden Gesetze beruhen ja auf einer halbjährigen Diskussion weitester Kreise — diese Sonderung durch eine Aufnahmeprüfung in die Bürgerschule herbeizuführen, das Zurückstoßen einer großen Anzahl von Kindern in Schulzustände vor den achtziger Jahren bedeuteten. Das war ein Mißverständnis, vielleicht ein Mißverstehenwollen, es waren ja erregte Zeiten, in denen diese Diskussion gepflogen wurde. Dem Gesetze hier, dem klaren Texte dieser Paragraphen kann man auch beim bösesten Willen eine solche Auslegung nicht mehr aufdringen. *(Zustimmung.)* Ich habe sogar auf diese Aufnahmeprüfung verzichtet, ich habe es vorgezogen, gewisse Einrichtungen, die in Wien erprobt worden sind, die Einrichtung des doppelten Klassenzuges an die Stelle der Aufnahmeprüfung zu setzen, um auch den Anschein zu vermeiden, als ob ein Teil der Schüler aus der Bürgerschule verbannt werden soll. Es sollen auf Grund der Schülerbeschreibungen, des Zeugnisses, objektiver Dokumente, wie man doch annehmen muß, die Schüler eingeteilt werden nach ihrer Begabung in Klassenzug 1, der größere Anforderungen zu stellen hat und aus dem allein auch der Übertritt in die Mittelschule möglich sein kann, und in einen Klassenzug 2. Wir wissen, daß bisher in Wien von den Bürgerschülern, die in die erste Klasse eintreten, ungefähr die Hälfte die dritte Klasse nicht zu absolvieren vermag. Es ist also eine Sonderung der Schüler im Interesse der Bürgerschule selbst gelegen. Ich brauche diese Forderung und diese Bestimmung nicht lange zu verteidigen, denn sie entspricht einem jahrzehntelangen Verlangen der Bürgerschullehrer selbst, die diese Forderung im Interesse ihrer Schule erhoben haben. Das Gesetz dehnte die Bürgerschule von 3 auf 4 Jahre aus, um die Möglichkeit von Erweiterungen des Lehrplans vor allem in praktischer Hinsicht zu schaffen, damit diejenigen, die nicht einem höheren Studium sich widmen, aus dieser vernewerten Bürgerschule besser gerüstet ins praktische Leben hinausgehen können als bisher.

Nach wie vor muß die Bürgerschule Pflichtschule bleiben zum Unterschied von der Mittelschule, die aus ihrem Wesen heraus auf Freiwilligkeit beruhen muß. Die beiden Regierungsvorlagen bringen, wie ich wohl sagen darf, die Erfüllung wohlbegründeter und zum Teil seit langer Zeit schon angestrebter Reformwünsche. Sie bedeuten daher zweifellos einen Fortschritt, eine Verbesserung unserer Schulorganisation und unseres Schulwesens. Die Regierung wird daher in ihrer Verwaltungspraxis sich künftighin von den in diesen beiden Vorlagen niedergelegten Prinzipien leiten lassen müssen. Ich bitte das hohe Haus, dieses Gesetz so rasch als möglich in Verhandlung zu ziehen und so rasch als möglich zu erledigen, schon deshalb, weil ja auch gewisse Termine, die dem hohen Hause wohl bekannt sind, auf eine beschleunigte Erledigung drängen oder wirklich wünschenswert erscheinen lassen. Noch aus einem anderen Grund bitte ich das hohe Haus um möglichst beschleunigte Erledigung dieser beiden Vorlagen, und zwar deshalb, weil noch ein wichtiges, vielleicht das wichtigste Gebiet, jedenfalls eines der wichtigsten Gebiete unseres Schulwesens der gesetzlichen Reform harrt, das Lehrerbildungswesen.

Sobald das Ministerium durch die Erledigung dieser beiden Gesetze frei geworden ist, wird diese Frage mit aller Kraft angeschnitten und die komplizierten Verhandlungen, die dann mit den Ländern notwendig sein werden, begonnen werden, damit der Unterrichtsminister so bald wie möglich in die Lage komme, dem hohen Hause das heute noch fehlende Gesetz, betr. die Regelung der Lehrerbildung, vorzulegen.

Aus allen diesen Gründen bitte ich das hohe Haus um eine möglichst schleunige Behandlung der beiden Regierungsvorlagen B. 1 und 2. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Waber den Vorsitz übernommen.)*

Glöckel: Hohes Haus! Der Herr Unterrichtsminister hatte recht, als er darauf verwies, daß die beiden Gesetzesvorlagen, die jetzt in Verhandlung stehen, eine hochbedeutsame Materie beinhalten. Seit dem Jahre 1869 befaßte sich das Parlament nicht mit solchen Fragen. Ich übergehe dabei das Jahr 1883, wo die unglückselige Schulgesetznovelle auf Grund eines politischen Handelsgeschäftes gemacht worden ist. Wenn sich der neugewählte Nationalrat

mit dieser Materie beschäftigt, ist dies nicht auf die freie Entschließung der Regierung zurückzuführen, sondern es sind zwei Momente, die die Regierung gezwungen haben, diese Gesetzentwürfe endlich vorzulegen. Die monarchistische, die rein autoritäre, ja vielfach absolutistische Regierungsform wurde durch die Demokratie abgelöst. In eine demokratische Republik paßt das den früheren Machtverhältnissen entsprechende Schulwesen nicht mehr. Damals hatten die Schulen die Aufgabe, Untertanen heranzuziehen; heute bilden sie Bürger eines freien Staates heran. An die Stelle der blinden Unterwerfung unter den Willen einzelner ist nun die gemeinsame Arbeit getreten, die geleistet werden muß von einer geistig regsamen und durchgebildeten Masse. Die Demokratie wird erst dann ihre volle Leistungsfähigkeit, ihre volle Fruchtbarkeit entfalten können, wenn den Kindern des Volkes, aus denen einst die Bürger des Staates werden sollen, volle Bildungsmöglichkeiten gewährt werden. Es ist in dem Bedürfnis dieser Zeit gelegen, daß sich an die Umgestaltung der Staatsform die Umgestaltung des Schulwesens anschließt. Wien gebührt hier das große Verdienst, auf diesem Gebiete schöpferisch vorangegangen zu sein. An die Stelle unfruchtbaren Theoretisierens wurde der beweisende Versuch gesetzt.

Das gesamte Schulwesen wurde durch die Wiener Arbeiten einem glücklichen Gärungsprozeß unterworfen. Sowohl in der Frage des Volksschulwesens wie in der Frage der Mittelschule, des Fortbildungsschulwesens, der Lehrerbildung rangen sich in Wien in erster Linie Kräfte durch, die ihre Arbeit im Zeichen größter Verantwortlichkeit, klarster Zielsetzung und erfreulichen Idealismus durchgeführt haben. Und wenn es auch heute dem Herrn Minister nicht möglich war, auch nur ein Wort, und wäre es auch nur der Kenntnisnahme dieser von der ganzen Fachwelt des In- und Auslandes bewunderten Versuchsarbeit, auszusprechen, so bedeutet dies für uns, daß gerade diese Gesetzentwürfe mit der größten Vorsicht beurteilt werden müssen, damit nicht unter dem Titel einer Reform die Reform erschlagen werde, die sich in Wirklichkeit schon durchgesetzt hat. Diesen beiden Umständen: der demokratischen Umgestaltung und der umfassenden pädagogischen Versuchsarbeit verdanken wir die Vorlage der beiden Regierungsentwürfe.

Ein bedeutsamer Teil der Umgestaltung unseres Schulwesens ist der unmittelbaren Einflußnahme des Parlaments entzogen gewesen — das war die Umgestaltung unserer Volksschule, die die Kinder vom sechsten bis zum zehnten Lebensjahr betreut. Dieser Teil der Reform ist zu einem gewissen Abschluß gelangt. In unseren Volksschulen werden gegenwärtig die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung, die sich seit zwei Jahrhunderten in ununterbrochener Reihenfolge, von Comenius angefangen bis über Natorp, Neumann zu Kerschensteiner hinzieht, praktisch verwertet. Man geht heute in unseren Volksschulen von der Persönlichkeit des Kindes aus, und an die Stelle des trockenen Dozierens, an die Stelle einseitiger Gedächtnisarbeit ist das geistige Ringen, die Erarbeitung des Wissensstoffes durch die Kinder getreten. Das scharfe Beobachten, das klare selbständige Denken und Urteilen und die Betätigung von Kopf und Hand regieren heute in unseren Volksschulen. Freude beherrscht unsere Schulstuben, Lernfreude der Kinder und Lehrfreude der Lehrer, und diese tief einschneidende Umgestaltung ist durchgeführt und auf einen festen Boden gestellt durch die Erlassung der neuen Lehrpläne, die vor Jahresfrist vollzogen wurde. Wir wollen in diesem Momente über die schmähliche Seite des Kampfes um den modernen Lehrplan nicht reden, wir wollen uns nicht erinnern an den Wortbruch der Regierung und an die schweren parlamentarischen Erschütterungen, die vorausgehen mußten, bevor dieser neue Lehrplan Wirklichkeit wurde — wir freuen uns heute des Resultats. Die österreichische Volksschule besitzt heute den modernsten und besten Lehrplan in allen deutschen Ländern, und es hängt jetzt nur von der Lehrerschaft in den verschiedenen Bundesländern ab, inwieweit das Wort des Lehrplans zur Tat des Lehrers wird.

Es war wohl klar, daß man nach der Erreichung dieses Abschnittes in der Schulreformbewegung nicht stillstehen werde, daß man im Gegenteil verhüten mußte, daß die Reform ein Torso bleibe. Es gelten doch die gleichen Grundsätze, die wir hier anerkannt haben, auch für die anderen Altersstufen, je nach der verschiedenen Abstufung und je nach dem Lebensalter des Kindes, sie gelten für die ganze Schulzeit des Kindes: Anschauung, Selbstbetätigung, das wirkliche Leben muß Gegenstand des Lernens sein, weg mit dem einseitigen Bücherwissen! Der Anfang ist gemacht, und wir wußten, in dem Augenblick, wo wir die erste Position errungen haben, kann es nur eine Frage der Zeit sein, daß sich die Reform unaufhaltsam immer neuen Boden erringen wird. Man kann sie stationsweise etwas hemmen, aber der Sieg dieser Ideen, die in der Sache gelegen, die erprobt sind und die auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnisse sich durchrangen, ist unaufhaltbar. Und nun beginnt die Reform der Mittelschule, die durch eine Versuchsarbeit außerordentlich glücklich vorbereitet ist, und wird ihren natürlichen Abschluß in der dringend notwendigen Reform des Hochschulwesens finden, an die wir in absehbarer Zeit ebenfalls werden herantreten müssen.

Die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe beschäftigen sich mit der Ausbildung der Jugend vom 10. bis zum 14. und vom 14. bis zum 18. Jahr. Die bisherige Bürgerschule, die Unter- und Obermittelschule sollen einer gesetzlichen Regelung, einer Neugestaltung unterworfen werden. Ich möchte an die

Spitze der Ausführungen einen Wunsch stellen. Wir glauben, daß es selbstverständlich ist, daß diese schwere Aufgabe, an die wir herantreten, mit der größten Gewissenhaftigkeit geleistet werden muß und daß sie losgelöst werden muß von parteipolitischen Erwägungen. Alle diese Fragen sind reine Fachfragen und hätten nur insofern mit Parteipolitik etwas zu tun, wenn es politische Machtbestrebungen gäbe, die aus der geringeren Bildung des Volkes politische Vorteile ziehen wollen. Die Sorge um das Kind und die Liebe für das Kind ist den Eltern aller Parteischattierungen vollkommen gemeinsam, und der Wunsch nach Hebung des Kulturniveaus unseres Volkes sollte eigentlich ein gemeinsamer Wunsch aller Parteien unseres Volkes sein. Es ist ein Versäumnis der früheren Regierungen, daß unser gesamtes Mittelschulwesen auf sehr schwankendem Boden aufgebaut worden ist. Die Realschulen unterstehen der Landesgesetzgebung, die anderen Mittelschulen der Reichsgesetzgebung. Hier Ordnung zu schaffen ist erwünscht. Aber für uns ist viel bedeutsamer, daß bei dieser Neu- und Umformung, die in Aussicht gestellt wird, unsere grundsätzlichen Erwägungen an die erste Stelle gesetzt werden. In der Zeit, wo die politischen Privilegien abgeschafft sind, darf es keine Privilegien in bezug auf die Erwerbung des Wissens geben. Meine sehr verehrten Herren! Es war bis zum heutigen Tage für das arme Volk die Volksschule, für das arme Volk in den Werken und Städten, wenn es gut ging, die Bürgerschule da, und dann war es aus. Der Übertritt von der Bürgerschule in die Mittelschule war fast unmöglich. Im zehnten Lebensjahre werden heute die Kinder nicht etwa nach ihren Fähigkeiten und nach ihren Leistungen geschieden, sondern diese Scheidung vollzieht sich nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern. Die armen Kinder kommen in die Bürgerschule, und die Kinder der Begüterten kommen in die Mittelschule. *(Unterrichtsminister Schmitz: Das stimmt nicht!)* Man sieht es nicht gerne, wenn sich da hier eine Mischung der Kinder der Plebs mit den Kindern der Besitzenden vollzieht. *(Streeruwitz: Das ist nicht wahr!)* Der Besuch der Mittelschule wurde zu einem Privileg der besitzenden Klasse, und da mag der Herr Unterrichtsminister mit dem Brustton der Überzeugung hier sagen, daß diese Behauptung nicht stichhaltig sei, mit Redewendungen kommt man über Tatsachen nicht hinweg. Dadurch, daß man der breiten Masse der talentierten Kinder den Eintritt in die Mittelschule versagt, ist ihnen selbstverständlich auch der Besuch der Hochschule verwehrt. Der Besitzende hat neben den Annehmlichkeiten des finanziellen Kapitals noch die Möglichkeit, seinen Kindern die Erwerbung geistigen Kapitals zu erleichtern, und mein Zwischenruf während der Rede des Herrn Unterrichtsministers hatte schon seine Berechtigung. Der Herr Minister hat immer darauf Wert gelegt, zu sagen: Nur für die besonders begabten, für die besonders talentierten Kinder aus dem Volk soll der Weg nach aufwärts eröffnet werden. Einverstanden, Herr Minister! Aber nur dann, wenn auch nur den besonders talentierten Kindern des Bürgertums der Aufstieg möglich ist. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Wir sind nicht der Meinung, daß alles in die Mittelschulen kommen muß; wir sind für eine wirkliche Auslese, wir sind dafür, daß nur die Blüte des Volkes in die Mittelschule komme, aber die Auslese muß sich möglichst gerecht vollziehen. Der Herr Unterrichtsminister hat dem widersprochen, daß die Mittel- und Hochschulen Klassenschulen sind. Er übersieht die brutale Auswirkung des Bildungsprivilegs. Man antwortet darauf, es gingen doch auch Arbeiterkinder in Mittelschulen. Der Herr Kollege Volker wird dann hier erscheinen und wird erklären, er kenne die Verhältnisse in Floridsdorf *(Zwischenruf Volker)* — nicht wahr, ich kenne ihre Rede schon *(lebhafte Heiterkeit)* — und dort gehe die große Mehrzahl der Arbeiterkinder in die Mittelschule. Verehrter Herr Kollege! Da handelt es sich um folgendes: Wir müssen in eine Relation zu bringen suchen die Zahl der Mittelschüler, die aus den besitzenden Kreisen kommen, und der Zahl der Mittelschüler, die aus proletarischen Kreisen kommen. Auch das genügt aber nicht. Ich muß das Verhältnis zwischen der Zahl derer, die zu den Besitzenden gerechnet werden können, und der Zahl derjenigen, die eine proletarische Lebensweise führen, festlegen, und da werden Sie sehen, wie Ihre Ziffern zusammenschrumpfen, wie diese Fata Morgana zerstiebt. Es ist eben so: Arbeiterkinder in einer Mittelschule fallen auf, weil sie in der Mittelschule eine Seltenheit sind. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Der Herr Minister hat hier erklärt, es sei ein außerordentlich hoher Prozentsatz von Kindern aus proletarischen Schichten in den Mittelschulen. Ich wäre sehr dankbar gewesen, wenn uns dieser Prozentsatz mitgeteilt worden wäre, wir hätten dann viel klarer sehen können. Es stehen schon Ziffern zur Verfügung. In die wenigen Mittelschulen in Floridsdorf und im zehnten Bezirk gehen selbstverständlich verhältnismäßig viele Arbeiterkinder. Wenn aber die Bevölkerungszahl berücksichtigt und festgestellt wird, auf wie viele Volksschüler ein einziger Mittelschüler kommt, dann werden sie die volle Berechtigung meiner Behauptung kaum zu bestreiten wagen. Der Herr Unterrichtsminister meinte: Ich verstehe nicht, warum man sich da so aufregt? Was kostet denn so ein Mittelschüler? Es kann jeder, es können sehr viele ihre Kinder in die Mittelschule schicken. Vom Schulgeld wird Befreiung gewährt, die Lernmittel werden, wie er vorsichtig gesagt hat, in der subtilsten Form unentgeltlich den Kindern gegeben; also so schrecklich ist es nicht, von einem

Privileg der Besitzenden kann man da wahrhaftig nicht sprechen. Wenn heute ein Arbeiterkind in einer Mittelschule ist, wenn man ihm das Schulgeld erläßt und ihm die Bücher schenkt, so muß noch immer die ganze Familie ungeheuer schwere Opfer bringen, um für die Erhaltung dieses einen jungen Menschen aufkommen zu können. Der Herr Minister darf sich nicht so rasch beruhigen. Es ist nicht leicht, für eine ganze Familie, für den einzigen Studenten, der zum Familieneinkommen nichts beiträgt, die Kleidung herbeizuschaffen, und man muß doch schauen, daß der Abstand zwischen der Ausrüstung in den Kleidern zwischen dem einen und den anderen nicht gar zu groß wird. Die Existenz des Bettelstudenten ist keineswegs so beneidenswert. Wieviel Kraft, wieviel Freude, wieviel Elastizität muß aufgewendet werden, nur um den Existenzkampf dieses jungen Menschen zu ermöglichen! Wie soll jetzt der Bursche aus diesem Kreise heraus neben den harten Sorgen um die Existenz noch mit den Kindern konkurrieren können, die aus einer Umgebung kommen, die von vornherein viel günstiger für die geistige Entwicklung ist? Ja, es gibt brave und ausgezeichnete Schüler, die aus proletarischen Kreisen stammen, aber es sind die Ausnahmen. Das sind die Ankläger unseres heutigen Zustandes; denn unzählige tüchtige und leistungsfähige Kinder aus dem Proletariat bleiben eben auf der Strecke liegen. Wir brauchen nur daran zu denken: Wenn ein solches Kind ein einziges Mal Malheur hat und eine schlechte Note bekommt, dann ist der Studiengang vollendet. Das macht einem Studenten aus den besitzenden Kreisen wahrhaftig keine Schwierigkeiten. Einmal wurde das mit Widerspruch ertragen, solange der Arbeiter noch rechtlos und selbst ein Knecht war. Aber da er jetzt das politische Recht erkämpft hat, ist es für ihn doppelt unerträglich, daß das Recht des proletarischen Kindes noch nicht erkämpft ist.

Dazu kommt noch etwas anderes. Der Herr Unterrichtsminister sagt: wenn man sich an seine eigene Studienzeit erinnert, so weiß man, daß es da viele Arbeiterkinder gegeben hat. Heute ist diese Frage des Bildungsprivilegs und der klassenmäßigen Auffüllung der Mittelschulen viel schärfer geworden, denn ungleich weitere Schichten sind verurteilt, eine proletarische Lebensweise zu führen. Wo sind heute jene Gruppen, die noch vor kurzer Zeit, wenn auch kein behagliches, aber doch ein sorgenfreies Leben führen konnten, die ihren Kindern eine sogenannte standesgemäße Erziehung bieten konnten? Wo sind heute diese Schichten? Wo ist heute ein Lehrer, ein Angestellter, ein Beamter, ein kleiner Kaufmann, der sein Kind studieren lassen könnte? Wenn er es sich aber zuletzt getraut, wenn er durch die Zusammenarbeit aller Familienmitglieder dieses eine Kind dem Studium zuführen kann, so ist doch das zweite Kind, selbst wenn es noch fähiger wäre, oder gar das dritte Kind das Opfer der Umstände, sie sind zum Kampfobjekt geworden.

Darum bleibt unsere Meinung bestehen: je mehr intellektuelle Schichten zu der Erkenntnis kommen, daß sich ihre proletarische Lebensweise gerade auf diesem so empfindlichen Gebiete auswirkt, je mehr erkennen, daß sie selbst die Bildung, die sie genossen haben, ihren Kindern nicht mehr zur Verfügung stellen können, je mehr spüren, daß ihr Wunsch, ihren Kindern soll es besser ergehen, als es ihnen selbst ergangen ist, Wunsch bleiben muß, um so intensiver und fanatischer, ja — ich sage es ruhig heraus — um so rücksichtsloser wird der Kampf um die Ermöglichung des geistigen und sozialen Aufstieges aller Kinder aller Schichten geführt werden. Jedem Versuche, die bisherigen ungerechten Zustände aufrechtzuerhalten, werden wir mit allen Mitteln entgegentreten, und die besten Reden des Herrn Ministers werden uns davon nicht abhalten können. *(Lebhafter Beifall.)*

Treten wir dem Problem des Abbaues des Bildungsprivilegs vom Standpunkte der Gesamtheit, des Staates, der Gesellschaft gegenüber, so ergibt sich die Frage von selbst: Wer hat das Recht, Talente und wertvolle Kräfte der Gesellschaft zu entziehen? Wo ist ein Volk, das auf diesen Nachwuchs verzichten könnte? Der Herr Minister hat poetisch gesprochen, als er davon redete, daß aus den Tiefen des Volkes nunmehr der Aufstieg dadurch ermöglicht wird, daß ein Übertritt von der Bürgerschule in die Mittelschule möglich ist. Das steht nur im Gesetze, die Wahrheit ist anders. *(Volker: Wieso?)* Ich werde mir dann erlauben, Ihnen das auseinanderzusetzen. Wir leiden doch nicht an einem Überfluß an geistigen Qualitäten und damit ist unsere Stellung von selbst gegeben. Wir stellen uns die Frage: Wie gestalten wir unser Schulwesen zunächst für die Jugend vom 10. bis zum 14. Lebensjahre? Wir wollen bei der Beantwortung dieser Frage uns davon leiten lassen, wie man eine richtige Berufswahl herbeiführt, wie der Aufstieg der Berechtigten, das sind die Fähigen, möglichst gesichert wird, wie man die Zahl der sogenannten verfehlten Existenzen herabzudrücken vermag.

Der gegenwärtige Zustand ist unerträglich, er soll aber durch den Gesetzentwurf nun für viele Jahre hinaus dauernd gemacht werden, indem die Eltern gezwungen werden, im 10. Lebensjahre des Kindes die endgültige Entscheidung über dessen weitere Lebenslaufbahn und den Studiengang zu treffen. Wer wagt die Verantwortung, über ein Kind im 10. Lebensjahre das Urteil zu sprechen: Du paßt nicht für eine Mittelschule, du gehörst in die Realschule, in das Realgymnasium oder in das Gymnasium! Wenn aber diese Entscheidung getroffen ist, dann wird dieses Kind in den Pferch hineingetrieben, aus

dem es kein Hinauskommen mehr gibt. Wir lächeln nachsichtig, wenn wir hören, daß es in Ägypten Kasten gegeben hat, bei denen ein Übertritt von der einen in die andere unmöglich war. Und wir sehen doch an unseren Kindern, daß man hier, Altüberkommen, aus den Verhältnissen entstanden, es im Ernste wagt, Kindern im 10. Lebensjahre brutal ihren Lebensgang feststellen zu wollen, ohne über die Fähigkeiten, die Talente des Kindes orientiert zu sein. Bis zum 14. Lebensjahre handelt es sich um elementares Wissen, um die gemeinsame Grundlage für jedes Studium und für jeden Beruf.

Es ist nicht wahr, daß es notwendig ist, die Einheitlichkeit der Mittelschule aufrechtzuerhalten; es ist nicht wahr, daß man acht Jahre eine ausgesprochene Fachbildung haben muß. Umgekehrt ist es: Die Einheitlichkeit ist gegeben für das Alter vom 6. bis zum 14. Lebensjahr; das ist die natürliche Zäsur im Leben: der Eintritt der Pubertät. Im 14. Lebensjahr ist es wesentlich leichter, eine Berufswahl — noch immer nicht mit völliger Klarheit und Sicherheit — treffen zu können. Es ist einfach lächerlich, zu behaupten, daß für die verschiedenen Oberschulen schon eine eigene Vorschule notwendig ist.

Wir verlangen die einheitliche Gestaltung des gesamten Schulwesens vom 10. bis zum 14. Lebensjahr, wir verlangen die Erweiterung der Einheitsschule, die heute vom 6. bis zum 10. Lebensjahre schon besteht, hinauf bis zum 14. Lebensjahre. Die Entscheidung über die weitere Art der Ausbildung ist im 14. Lebensjahr ungleich leichter. In die höheren Schulen sollen die wirklich Befähigten gelangen, und auch diese Auswahl, auch diese Beurteilung ist dann ungleich leichter. Wir verlangen aber nunmehr, daß diese Schülerauslese für die höheren Schulen unter möglichst gleichen Bedingungen durchgeführt wird. Dabei kommen die Arbeiterkinder, die Kinder aus den proletarischen Schichten überhaupt, also auch die Kinder der Angestellten und Beamten, noch immer stark ins Hintertreffen. Sie kommen aus einer Umgebung, die nicht besonders fördernd für ihre geistige Entwicklung wirkt: Elend, Not, Unfrieden in der Familie; sie sind unterernährt, wenig widerstandsfähig und sie müssen mit den Mittelschülern konkurrieren, die gehegt und gepflegt sind und in jeder Richtung unterstützt werden. Aber wir wollen gar nicht auf diese allerdings traurigen, aber momentan nicht abzustellenden Dinge eingehen. Bis zum 14. Lebensjahre wollen wir die einheitliche Ausbildung und dann die Entscheidung über den weiteren Studiengang. Wir wollen, daß nicht die Mittelschule, sondern daß die Schule bis zum 14. Lebensjahr eine Einheit bildet.

Wenn der Herr Unterrichtsminister darauf verwies, daß es viel wichtiger sei, einen Mittelschultypus rein durch acht Jahre zu führen, so glaube ich, daß da ein gewisser Fachfanatismus stark mitgespielt hat. Die jetzige unnatürliche Gestaltung verleitet sogar dazu, daß die Kinder in den sogenannten Untermittelschulen ganz anders behandelt werden als etwa in den Bürgerschulen. Hier lege ich den Finger auf eine offene Wunde, und hunderttausende Eltern, die sonst nicht wagen, das auszusprechen, werden mir zustimmen, wenn ich sage, daß in diesen Untermittelschulen vielfach nicht besser, sondern unverständiger unterrichtet wird als in den Bürgerschulen. Man sieht in dem Gymnasiasten immer den Studenten, man sieht immer den, der berufen ist, ein höheres Studium zu absolvieren, und man übersieht, daß diese Kinder vom 10. bis 14. Lebensjahr eben auch solche Kinder sind wie die anderen, die in die Bürgerschule gehen. Es wird durch diese Abtrennung der Lehrer leicht verleitet, die Jugend nicht vom rein psychologischen Standpunkt aus zu beurteilen, sondern von seinem reinen Fachstandpunkt aus, der ihn leicht zu Härten und zu Ungerechtigkeiten verleitet.

Bei der Einheitsschule bis zum 14. Lebensjahre treten zwei Momente führend hervor: Erstens erfolgt für die große Überzahl der Kinder im 14. Lebensjahre der Übertritt in das praktische Leben. Diese Erkenntnis hat den Herrn Unterrichtsminister verleitet, zu sagen: Wir wollen daher, daß die Bürgerschule in erster Linie praktischen Bedürfnissen entspricht, denn die Kinder der Bürgerschule kommen doch in ihrer großen Mehrheit sofort ins praktische Leben. Dem Herrn Unterrichtsminister wird bekannt sein, daß auch aus der Untermittelschule mindestens 50 Prozent im Laufe der Untermittelschule unmittelbar ins praktische Leben kommen, daß sich auch in der Untermittelschule eine Trennung vollzieht. Diese Betonung des Praktischen ist außerordentlich wertvoll dort, wo sie nicht mißbraucht wird. Wir wollen zunächst, daß in der Zeit bis zum 14. Jahre wohl das praktische Leben die hervorragendste Rolle spielt, wir wollen aber dann auch, daß den Begabten und Leistungsfähigen der glatte Übertritt in die Mittelschule ermöglicht wird. Und diese zwei Forderungen sind verhältnismäßig leicht zu erfüllen. Wir verlangen also die Einheitsschule bis zum 14. Jahre und anschließend daran die Oberschulen, die Fachschulen usw.

Allerdings wissen wir, daß wir mit unserer Forderung in diesem Hause noch nicht durchzubringen vermögen, wir wissen, daß die Selbstverständlichkeit, die Natürlichkeit hier nicht siegen wird. Wir stellen daher einen Vermittlungsvorschlag zur Diskussion. Der Aufbau unseres Schulwesens möge sich in folgender Weise vollziehen: Vier Jahre Grundschule, vier Jahre Allgemeine Mittelschule als Pflichtschule. Daneben: Vier Jahre Grundschule und vier Jahre Untermittelschule, privilegierte Schule oder, wie sie der Herr Unterrichtsminister etwas

weniger brutal nannte, Auswahlschule. Doch müssen diesen beiden Kategorien der Allgemeinen Mittelschule wie der einheitlichen Untermittelschule die gleichen Berechtigungen zugesichert werden.

Die Einheitlichkeit der Untermittelschule ist eine pädagogische Forderung seit langer Zeit. Der Herr Unterrichtsminister hat sich heute eine ziemlich ausgedehnte historische Reminiszenz geleistet, und ich wundere mich, daß es bei diesem intensiven Studium dem Herrn Unterrichtsminister nicht aufgefallen ist, daß die Frage der Einheitsmittelschule seit Jahrzehnten im Kreise der Diskussion steht. Der Herr Unterrichtsminister hat dabei auch erwähnt, daß im Jahre 1908 eine Mittelschulenquete stattgefunden hat, aber er hat nicht gesagt, zu welchem Ergebnis diese Enquete gekommen ist. Ursprünglich hatten wir ja eine einheitliche Untermittelschule, da es nur ein Gymnasium gab. Als dann später die sozial geringer gewertete Fachschule in eine Realschule umgewandelt wurde, eine Wirkung des Fortschrittes der Technik und der Erkenntnis der Naturwissenschaften, da waren bereits zwei Gruppen. Und so war der Weg für die sogenannten Mischtypen gegeben. Jetzt haben wir den prächtigen Zustand, daß wir eine Reihe von Gruppen und Typen in der Untermittelschule haben, die vollkommen überflüssig sind.

In der Mittelschulenquete vom Jahre 1908, an der Universitätsprofessoren mitgewirkt haben — ich erinnere nur an die Universitätsprofessoren Schipper und Hueppe —, ferner die Abg. Hofmann von Wellenhof, Erler — ich nenne absichtlich diese Namen, um zu zeigen, daß es sich um Angehörige aller Parteien handelt —, und an der auch der Abg. Dr. Geßmann teilgenommen hat, wurde der Wunsch der Vereinheitlichung der Untermittelschule ausgesprochen. Der geistige Führer dieser Enquete war der Direktor des Theresianums Pidoll, ein Mann, der heute noch lebt und sich außerordentlich für die Schulentwicklung und Schulreform interessiert. Dieser Mann hat ein interessantes Reformprojekt entwickelt, und es ist überraschend, daß er im Jahre 1908 eine Schule theoretisch konstruierte, die fast haargenau mit unserer Deutschen Mittelschule übereinstimmt, die nach unserer Meinung die Aufgabe hat, die anderen Untermittelschultypen aufzusaugen.

Es ist interessant, was Herr Pidoll damals verlangte: 1. Zentrale Stellung der Muttersprache, genau dasselbe, was wir wollen; 2. die erste Fremdsprache erst in der dritten Klasse mit einer modernisierten Methode, die vom lebendigen modernen Sprachgut statt von der Sprachlehre ausgehen müßte; 3. Verstärkung der Naturwissenschaften; 4. Verstärkung der körperlichen Übung und 5. Handwerksunterricht. Das hat Herr Pidoll, der Ihnen doch sehr nahesteht, im Jahre 1908 verlangt. Nur in einem einzigen Punkte wich er von unseren Ansichten ab. Die Deutsche Mittelschule stellt in der dritten Klasse Latein neben einer fremden Sprache zur Auswahl. Pidoll verlangte, daß Latein erst in der fünften Mittelschulklasse und Griechisch in der sechsten Mittelschulklasse eingeführt werden möge. Ist es nicht unglaublich, daß sei dem Jahre 1908, wo schon diese klugen Ideen ausgesprochen wurden, das Unterrichtsministerium über alle diese Dinge hinwegging, daß es bis zum heutigen Tage sich als Exponent des Bildungsprivilegs fühlt, als jene Macht, die verhindern soll, daß ein wirklicher Aufstieg ermöglicht werde?

Und jetzt schauen Sie sich die Gesetzentwürfe an! Wie meilenweit entfernen sie sich von den Ansichten des Baron Pidoll im Jahre 1908! Das Unterrichtsministerium bringt das Wort „Deutsche Mittelschule" überhaupt nicht mehr über die Lippen, trotzdem in Wien durch die Schaffung der Deutschen Mittelschule, durch ihre Erprobung und ihre überraschenden Erfolge die einzig wirkliche Vorarbeit für diese Gesetzentwürfe geleistet wurde. Die Allgemeine Mittelschule und die Deutsche Untermittelschule sind von vornherein möglichst angeglichen. Hier ist ein Übertritt heute schon möglich. Beide haben die praktische Ausbildung im Sinne und vernachlässigen dabei nicht die theoretische Ausbildung. Nach Abschluß des Studiums sowohl in der Allgemeinen Mittelschule wie in der Deutschen Mittelschule stehen die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten zur Verfügung, soweit es sich um wirklich talentierte Kinder handelt. Wir verwerfen die Ansicht, die vielfach Platz gegriffen hat, daß die Pflichtschule ausschließlich praktischen Bedürfnissen und die privilegierten Schulen rein theoretischen Zwecken dienen sollen, denn sonst gehen die beiden Schulen sehr weit auseinander. Beide haben die Aufgabe, die höchste geistige Schulung der betreffenden Altersstufe in innigster Beziehung zum praktischen Leben zu erreichen. Daher müssen die Lehrpläne gegenseitig angepaßt werden, und darum wird die entscheidende Frage die Angleichung des Lehrplanes sein. Sie können im Gesetz schreiben was Sie wollen, wenn Sie nicht dafür sorgen, daß sich die Lehrpläne möglichst gleichen, ist ein Übertritt, ein Aufstieg völlig ausgeschlossen.

In dieser Richtung liegen ausgezeichnete Versuche vor. Von der Allgemeinen Mittelschule wurde schon gesprochen. Wien hat seit dem Jahre 1922/23 großzügige Versuche auf diesem Gebiete mit aller Sorgfalt durchgeführt. In den Schuljahren 1925/26 wurde die erste Etappe dieser Versuche zu Ende geführt, in sechs Schulen mit 96 Klassen und 3000 Schülern. Wahrhaftig, diese Versuche lassen schon Rückschlüsse auf die Allgemeinheit zu. Seit dem Jahre 1926/27 ist der Versuch verdreifacht worden. Wir haben in 18 Schulen im ganzen 144 Klassen mit 4540 Schülern. Wenn diese zweite

Etappe des Versuches abgeschlossen sein wird, werden wir 10.000 Schulkinder in Allgemeinen Mittelschulen haben. Wir waren durch das Unterrichtsministerium gezwungen, unter den schwierigsten Verhältnissen diese Versuche durchzuführen. Man erklärte uns, wenn ihr Berechtigungen haben wollt, dann müssen Mittelschullehrer an diesen Schulen unterrichten, dann muß der Leiter ein Mittelschullehrer sein. Wir mußten daher zu dem wirklich schwierigen Zustande greifen, daß wir neben den Bürgerschullehrern auch Mittelschullehrer als Unterrichtende an den Allgemeinen Mittelschulen hatten, wir mußten zu der Lächerlichkeit greifen, an den Allgemeinen Mittelschulen zwei Leiter anzustellen, einen Mittelschullehrer und einen Bürgerschullehrer, nur um dem Wunsch und der Bedingung des Unterrichtsministeriums Folge zu leisten. Und jetzt fällt plötzlich diese Bedingung weg. Ich vermute, daß da eine Unredlichkeit dahinter steckt. Ich wäre sehr dankbar, wenn der Herr Unterrichtsminister hier erklären würde, daß es nicht als Vorbedingung für den Aufstieg in die Obermittelschule notwendig sei, daß auch Mittelschullehrer bei der Erziehung und Ausbildung der Kinder tätig sind; das würde uns eine große Beruhigung verschaffen.

Das Bezeichnende der Allgemeinen Mittelschule liegt darin, daß die Fremdsprache erst von der dritten Klasse beginnt, also zu einer Zeit, wo das Kind die deutsche Sprache wirklich zu beherrschen vermag, daß die Betonung der körperlichen Ertüchtigung in den Vordergrund gerückt wird und daß der Handfertigkeitsunterricht obligat wird. Der Erfolg des Versuches war ein überraschend guter. Unglaublich viel hat die Lehrerschaft auf diesem Gebiete geleistet. Es entstanden Lehrerarbeitsgemeinschaften, die in sachlicher Weise außerordentlich gewissenhaft diesen Problemen gegenübertraten, es herrschte freudige Arbeit bei Lehrern und Schülern, und die Eltern nahmen auch den regsten Anteil an diesem neuen Versuch. Am Schlusse des vergangenen Jahres sind 87 Schüler aus der Allgemeinen Mittelschule in die Oberschule übergetreten. Trotzdem diese Kinder meist um ein Jahr jünger sind als ihre Kollegen in der gleichen Klasse, haben sie sich ausgezeichnet gehalten. Nur zwei Schüler mußten ihr Studium unterbrechen, davon war einer von vornherein von dem eigenen Lehrkörper als minder geeignet bezeichnet worden. Die Erhebungen, die wir angestellt haben, wie sich diese Absolventen der Allgemeinen Mittelschule in den Oberschulen halten, ergaben ein außerordentlich erfreuliches Resultat. Wir glauben also, in der Allgemeinen Mittelschule den richtigen Typ der Einheitsschule gefunden zu haben. Wien hat hier eine wirkliche Leistung vollbracht, und Wien wird auf diesem Weg unbeirrt fortschreiten. In der Deutschen Mittelschule ist die beste Art der einheitlichen Untermittelschule gegeben. Wieder ist, mit Ausnahme der Bundeserziehungsanstalten, dieser Versuch nur auf Wien beschränkt worden. Wir haben kleine Ansätze in Wien, Linz und Graz gehabt, man hat in Linz diesen Versuch unterbunden und in Graz ihn nur kümmerlich fortsetzen lassen. Bei den Bundeserziehungsanstalten ist heuer das letzte Jahr bis zur Vollendung der ersten acht Jahre der ersten Bildungsperiode eingetreten. Man kann uns einwenden, daß in den Bundeserziehungsanstalten ein besonders gut ausgewähltes Material und Internatsbetrieb vorherrschen. Das ist richtig, die Erfolge sind aber so außerordentlich, daß sie über jede Diskussion erhaben sind; diese Erfolge sprechen für die Güte des Prinzips, die Güte des Systems.

Und da gibt es jetzt sehr merkwürdige Dinge, und ich bitte um Entschuldigung, wenn ich ein paar Worte über die Bundeserziehungsanstalten, die als Deutsche Mittelschulen geführt werden, spreche. Heuer wird die erste Matura abgehalten. Es ist bezeichnend, und ich wäre dem Herrn Minister sehr dankbar, wenn er diese Dinge aufzuklären die Freundlichkeit hätte, daß man zu der Matura der Bundeserziehungsanstalten nicht irgendeine übliche Reifeprüfungskommission einsetzt, sondern daß man fünf Herren als Überwachungskommission zu dieser Reifeprüfungskommission hinzufügt. Was hat diese Überwachungskommission zu tun? Was für einen Zweck hat sie? Soll das ein wohlwollendes Interesse sein, das Sie der Sache entgegenbringen, oder sollen Mängel entdeckt werden? Ich bin überzeugt, daß die Absolventen der Deutschen Mittelschulen ganz außerordentlich günstig abschneiden werden. Die Fachmänner von Weltruf haben darüber längst das Urteil gesprochen. Diese Bundeserziehungsanstalten sind einer der wenigen Aktivposten dieser Republik, und es ist sehr bedauerlich, daß gerade auf diese Aktivpost in der letzten Zeit — so scheint es wenigstens — wenig Wert gelegt wird. Es ist um so bedauerlicher, daß der gegenwärtige Herr Unterrichtsminister ganz von den bewährten Grundsätzen der Verwaltung abzurücken versucht. Hier handelt es sich um die Auswahl besonders Befähigter, hier handelt es sich darum, zu verhindern, daß irgendwelche Protektionen, irgendwelche Durchstechereien bei der Aufnahme vorkommen. Wenn die Bevölkerung das Vertrauen verliert, daß aus den bis in die Tausende gehenden Aufnahmewerbern nicht wirklich die besten ausgewählt werden, dann haben diese Bundeserziehungsanstalten eine so schwere Schädigung erlitten, daß sie nicht mehr gutzumachen ist. Die Aufnahme geschah bisher auf Grund von Ausschreibungen — eben jetzt sind solche Ausschreibungen erfolgt —, dann wurde zunächst entschieden, ob die Petenten den Ansprüchen und den Anforderungen entsprechen, und nunmehr die Auswahl für die Ablegung der Aufnahmeprüfung getroffen, die nicht

nur eine Begabungs-, sondern auch eine Leistungsprüfung ist. Bei der Schaffung der Bundeserziehungsanstalten wurde eine Kommission eingesetzt, eine Körperschaft, die in der Regel unter dem Vorsitz des Ministers tagte. Diese Kommission bestand aus Fachleuten, aus den Direktoren der Bundeserziehungsanstalten, aus den Ressortbeamten, und der Unterrichtsausschuß des Parlaments entsandte je einen Vertreter der politischen Parteien zur Kontrolle in diese Kommission. Diese Kommission leistete bisher folgende Aufgaben: Erstens die Auswahl derjenigen, die zur Prüfung zugelassen werden, zweitens die Festlegung der Reihung bei der Aufnahme und drittens die Festlegung der Platzgebühr für jeden einzelnen, der da aufgenommen worden ist. Die Kommission ordnete diese Dinge seit sieben Jahren völlig reibungslos. Nicht eine Klage wurde gehört, von keiner politischen Seite, von keinem Elternpaar. Man hat Vertrauen zu dieser Kommission. 99 Prozent aller Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt, und es war selbstverständlich, daß der Minister diese Beschlüsse respektierte. Es kommt nun der Herr Unterrichtsminister, der von einigen boshaften, volksfeindlichen Beamten des Ministeriums ausgenützt wird, und will plötzlich diese Dinge in der Weise ändern, daß er diese Kommission eigentlich absetzt. Er schreibt mir einen Brief und sagt: Ich werde die Wohlmeinung der Kommission entgegennehmen. Ich glaube, daß die Abgeordneten als Kontrolle sich nicht zu Experten des Herrn Ministers . . . *(Unterrichtsminister Schmitz: Wer ist der verantwortliche Minister? Um das handelt es sich!)* Verzeihen Sie, Herr Minister, die Verantwortlichkeit besteht nicht darin, daß Sie eigenmächtig über die bisher üblichen und bewährten Dinge hinweggehen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Unterrichtsminister Schmitz: Ich stelle fest, daß der Abg. Glöckel zu der Sitzung eingeladen war und sich entschuldigt hat!)* Das ist richtig, das habe ich auch nicht bestritten. *(Unterrichtsminister Schmitz: Daher können Sie sich nicht beklagen, daß ich eigenmächtig über etwas hinweggehe! Ich bitte, bei der Wahrheit zu bleiben!)* Verzeihen Sie, was heißt das? *(Zwischenrufe.)*

Präsident **Elderſch** *(der während vorstehender Ausführungen den Vorsitz übernommen hat):* Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Glöckel: Sie werden so gütig sein, mir die Möglichkeit zu geben, diese Dinge hier klarzulegen. Sie haben, Herr Minister, die Platzgebühren eigenmächtig erhöht, ohne die Kommission einzuberufen. *(Lebhafte Hört!-Hört!-Rufe.)* Ich habe Sie gebeten, das gutzumachen. Sie haben gesagt: Nein, ich werde das nicht machen, wenn Sie persönlich einen Wunsch haben, bitte teilen Sie mir das mit. Ich habe keinen persönlichen Wunsch, sondern die Sache ist so, daß wir bisher den richtigen Weg gefunden hatten, um das Vertrauen zur Verwaltung in allen Kreisen aufrechtzuerhalten. Es ist richtig, ich war zu der letzten Sitzung eingeladen; aber da in dem Brief geschrieben stand, daß es sich nur um eine Wohlmeinung handelt, war ich mir zu gut, um dort einfach als beratendes Organ zu erscheinen. *(Unterrichtsminister Schmitz: Wollen Sie dort regieren?)* Nein. *(Unterrichtsminister Schmitz: Entweder oder! Es gibt nur einen Minister und nicht vier!)* So wie ich es gemacht habe und alle anderen Minister mit Ihrer einzigen Ausnahme es gemacht haben, so soll es in Zukunft sein, daß der Minister entscheidet, daß er aber das Votum dieser Kommission so weit achtet, daß er darüber nicht ohne einen Grund hinweggeht — Nummer eins — und daß er — Nummer zwei — nicht Entscheidungen trifft, ohne diese Kommission zu befragen. Das ist der Gegenstand meines Angriffs. *(Unterrichtsminister Schmitz: Beides ist geschehen!)* Sie haben doch die Gebühren erhöht? *(Unterrichtsminister Schmitz: Das war nie in der Kommission, auf Ihren eigenen Erlaß nicht!)* Dann kann ich nur sagen, daß Sie sich bei Ihren Ressortbeamten erkundigen mögen. Sie werden Ihnen, falls Sie den Mut zur Wahrheit haben, sagen, daß Sie unrecht haben. Dadurch, daß Sie diese Platzgebühren erhöht haben, ist es einer Reihe von Eltern zu Beginn des nächsten Schuljahres nicht mehr möglich, ihre Kinder in die Bundeserziehungsanstalt zu schicken. *(Lebhafte Hört!-Hört!-Rufe.)* Es war bisher das Grundprinzip, daß kein Kind, das befähigt und tüchtig ist, vom Besuche der Bundeserziehungsanstalt ausgeschlossen werden darf, wenn die Eltern nicht mehr in der Lage sind, die Gebühren zu zahlen. *(Lebhafter Beifall.)*

Wir erklären in aller Ruhe: Wenn der Herr Unterrichtsminister die Absicht hat, die Bundeserziehungsanstalten für die armen Kinder zu sperren, so wird diese Absicht fehlschlagen. Entweder bleiben die Bundeserziehungsanstalten das, was sie bisher waren, die Erziehungsanstalten für Befähigte aus allen Kreisen der Bevölkerung, oder die Bundeserziehungsanstalten werden nicht sein! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Wenn die Bundeserziehungsanstalten nur einem kleinen Teil des Volkes zugänglich sein sollen, so antworten wir darauf: Wir haben genug an dem einen Theresianum, wir haben genug an dem einen Kalksburg, die Erziehungsanstalten nicht für besonders Befähigte, sondern für besonders Begüterte und nichts anderes als Maturitätszeugnisfabriken sind. Mit solchen Anstalten sind wir gesegnet; da wären unsere Bundeserziehungsanstalten ein viel zu teurer Spaß, als daß wir auf diesem Wege Ihnen folgen könnten.

Die Bundeserziehungsanstalten sind keine Privatangelegenheit des Ministers. Sie müssen unter dem Schutz des Parlaments und unter der Kontrolle der Öffentlichkeit stehen. Wenn der Herr Unterrichtsminister meint, daß er sich durch die Kommission

unangenehme Dinge vom Leibe halten kann, so werden wir nicht in die Kommission gehen, wenn sie nicht entscheidende Beschlüsse zu fassen vermag. Aber wir werden uns nicht das Recht der Kontrolle, der Kritik nehmen lassen, die dann nicht im engen Rahmen einer Kommission, sondern in der breiten Öffentlichkeit vor sich gehen wird, und der Herr Unterrichtsminister möge entscheiden, ob das dem Ansehen der Bundeserziehungsanstalten dienlich sein wird.

Die Deutsche Mittelschule hat sich auch in den Wiener Schulen außerordentlich bewährt. Wir haben 5 selbständige und 15 angegliederte Deutsche Mittelschulen, die gegenwärtig von 3886 Schülern besucht werden. Über einen solchen Versuch geht der Herr Minister mit Stillschweigen hinweg. In 51 Anstalten Wiens wird die erste Mittelschulklasse nach dem Lehrplan der Deutschen Mittelschule geführt, und nur die Gymnasien sind davon ausgenommen. Im nächsten Jahre werden auch die restlichen Anstalten, werden auch die Gymnasien in der ersten Klasse den Lehrplan der Deutschen Mittelschule haben. Es ist ganz selbstverständlich, daß dieser Versuch auch im nächsten Jahre, im zweiten Schuljahre fortgeführt wird, weil es unmöglich ist, einen solchen Versuch plötzlich und ohne Verständnis für die Folgen stören zu wollen.

Auch in der Deutschen Mittelschule ist der Grundsatz der: Fremde Sprachen in der dritten Klasse, körperliche Ertüchtigung und Handfertigkeitsunterricht. Da sehen wir schon, daß die Angleichung der Allgemeinen Mittelschule und der Deutschen Mittelschule vollzogen ist.

Meine Herren! Durch die Deutsche Mittelschule ist ein neuer Geist in unsere Mittelschulen eingezogen. Wir gedenken mit Dankbarkeit jenes großen Teiles der Mittelschullehrerschaft, die sich mit Eifer, großem Verständnis und großer Hingebung den neuen Aufgaben gewidmet hat; neue Methoden haben Einzug gehalten, und die Resultate lassen gar keinen Zweifel übrig, daß der Beginn des Fremdsprachenunterrichtes im dritten Schuljahr eine ganz ausgezeichnete Einrichtung ist. Die Deutsche Mittelschule hat sich nach allen Richtungen hin bewährt. Sie führt zur größten Selbständigkeit und zur großen Ausdrucksfähigkeit der Kinder, und ich empfehle, das amtliche Urteil der einzig zuständigen Schulbehörde, des Wiener Stadtschulrates, zu überprüfen, und sie werden sehen, daß dieses Urteil der Wahrheit vollkommen entspricht.

Diesen überzeugenden Versuchen gegenüber weisen die Gesetzentwürfe eine Tendenz auf, die weit von dem abseits führt, was wir erprobt haben und was wir für notwendig halten. Man darf sich nicht verwundern, wenn wir dann mißtrauisch werden. Wenn eine Regierung fachliche Gesetzentwürfe einbringt und wissentlich die ausgezeichneten praktischen Vorarbeiten völlig ignoriert, dann kann es die Regierung auch für diskutierbar halten, daß zunächst in Wien diese mit hohem Ernst, mit außerordentlicher Gewissenhaftigkeit und mit Erfolg durchgeführte Arbeit einfach eingestellt und abgebrochen wird. Herr Unterrichtsminister, wenn Sie glauben, daß Sie durch die Einbringung dieses Gesetzes diese Arbeit, die in Wien bisher mit so großem Erfolg geführt wurde, stören werden, dann werden Sie eine Enttäuschung erleben! Es ist ein völliges Verkennen der Umstände, ein Unterschätzen der Machtverhältnisse, wenn Sie diesen Weg für gangbar halten. Hier darf es nicht zufällige Mehrheitsbeschlüsse geben, hier darf nur das Glück und das Interesse der Jugend ausschlaggebend sein. Alle Engstirnigkeiten von Schulfüchsen, alle Verständnislosigkeit von Schulbehörden und die Bosheit einiger Beamten werden hier absolut nicht durchdringen! Wien hat den andern Bundesländern auf diesem Gebiete gezeigt, wie man es zu machen hat. Wien hat nicht die Absicht, den andern Bundesländern seine Schulorganisation aufzudrängen — das sollen diejenigen, die die Verantwortung führen, für sich vertreten —, aber daß man unter dem Vorwand der Einheitlichkeit des gesamten Schulwesens dazu kommen will, das gesamte Schulwesen reaktionärer zu gestalten, als es heute ist, das wird Ihnen nicht gelingen. Die Arbeit, die in Wien geleistet wird, wird für die ganze Republik geleistet. *(Zwischenrufe.)*

Der Herr Unterrichtsminister hat darauf verwiesen, daß diese Gesetzentwürfe das Resultat der Diskussion über die von ihm herausgegebenen Richtlinien seien. Die Herausgabe der Richtlinien war eine verunglückte Einleitung des ganzen Reformwerkes. *(Volker: Gut war es!)* Es hat Ihnen gefallen? *(Volker: Ja!)* Schon diese reklamehafte Art der Aufmachung ließ auf den Unernst der Richtlinien zurückschließen. Damals hat der Herr Unterrichtsminister in den Richtlinien ausgesprochen, daß die Bürgerschule nur durch eine Aufnahmeprüfung erreichbar sei. Er hat heute die Unmöglichkeit dieser Idee eingesehen. Er hat diese Richtlinien allen möglichen und unmöglichen Personen und Körperschaften gesendet, und ich erinnere mich hier an eine Debatte, bei der ich ihn gefragt habe: Warum haben Sie nur an Bayern diese Richtlinien geschickt? Der Herr Unterrichtsminister hat, überlegen lächelnd, mir geantwortet: Es ist gar nicht wahr, daß ich sie nur an Bayern allein geschickt habe, ich habe diese Richtlinien zur Beurteilung an die verschiedensten Länder des Deutschen Reiches geschickt. Es ist an und für sich schon ein ganz merkwürdiges Beginnen, fremde Regierungen zu einem Urteil darüber aufzufordern. *(Bundesminister Schmitz: Angleichung an Deutschland!)* Sehen Sie, Herr Minister, auf das habe ich gewartet: Wenn es Ihnen gelingt, das österreichische Schulwesen an die deutschen Mittelschulen

anzugleichen, dann habe ich die größte Achtung vor Ihnen. Wissen Sie warum? Weil es in Deutschland die größte Verschiedenheit des Schulwesens gibt. Schauen Sie sich das sächsische, das preußische, das bayrische, das thüringische Schulwesen an und Sie werden sehen, daß es nicht einmal in bezug auf dieselbe Type in Deutschland möglich ist, halbwegs Brücken von einem Schulwesen zum andern zu schaffen. Und da kommen Sie mit dem Schlagworte: „Angleichung an das deutsche Schulwesen!" Wo ist das einheitliche deutsche Schulwesen, an welches wollen Sie sich angleichen? Wären Sie so gütig, uns das zu sagen? *(Zwischenrufe.)* Aber es ist interessant, daß wir bis heute noch nicht erfahren konnten, an welche Regierungen sich der Herr Unterrichtsminister gewendet hat. Ich war wieder ungeschickter wie der Herr Unterrichtsminister, ich habe mir gedacht, wenn schon der Herr Unterrichtsminister sich an reichsdeutsche Regierungen wendet, so wird er sich nicht nur an Bayern wenden, er wird sich doch an den größten Staat, nämlich an Preußen, wenden, und da ich nun gegenüber dem Herrn Unterrichtsminister vorsichtig bin, habe ich mich auch an die preußische Regierung gewendet, und es ist interessant, was für eine Antwort ich von ihr erhalten habe *(liest)*: „Von der österreichischen Regierung ist bisher — das war am 8. März — ein Urteil der preußischen Unterrichtsverwaltung über die geplante Neugestaltung des Mittelschulwesens nicht eingeholt worden und dürfte auch nicht eingeholt werden, da es zweifellos ganz ungewöhnlich wäre, die Regierung eines anderen Staates zur Beurteilung der eigenen Schulreformpläne aufzufordern." *(Heiterkeit und Beifall. — Bundesminister Schmitz: Von wem ist der Brief unterschrieben?)* Ich werde es Ihnen schon sagen. Der Brief ist auf Grund der fachlichen Äußerung des Herrn Ministerialdirektors Dr. Kestner vom preußischen Ministerpräsidenten Braun an mich gerichtet worden. *(Bundesminister Schmitz: Ich werde Ihnen dafür die Originalbriefe des preußischen Unterrichtsministers schicken, den ich gefragt habe, nicht den Ministerpräsidenten!)* Ich rede vom Ministerpräsidenten. Ich habe den Brief hier zur Verfügung. Ich weiß nicht, wer der jetzige preußische Unterrichtsminister ist, aber daß die Antwort des preußischen Herrn Ministerpräsidenten die einzig richtige ist, das weiß ich, und daß man darüber gelächelt haben mag, daß die österreichische Unterrichtsverwaltung die Beurteilung der fremden Regierungen braucht, dessen können Sie versichert sein, Herr Unterrichtsminister!

Und nun das Ergebnis dieser Umfrage, die der Herr Minister eine schriftliche Enquete genannt hat. Bis heute ist das ganze Material nicht veröffentlicht worden. Man hat einfach eine willkürliche Zusammenstellung der Antworten versucht, und man hat sie in der „Volkserziehung" veröffentlicht. Die ganze Art der Berichterstattung über diese Episode ist bezeichnend. Es wird nicht angeführt, an welche Körperschaften und an welche Einzelpersonen sich das Ministerium gewendet hat und — was doch viel wichtiger und interessanter wäre — welche Körperschaften und Einzelpersonen es abgelehnt haben, die Anwort zu geben. Man glaubt mit Ziffern jonglieren zu können: man erzählt, daß von 112 Gutachten, die in Betracht gezogen werden und von denen mehr als die Hälfte anonym der Öffentlichkeit übergeben wird, 75 für und 14 gegen die Richtlinien ausgefallen sind. Meine Herren, eine solche Addition ist natürlich lächerlich. Es ist nicht möglich, daß Gutachten des Stadtschulrates von Wien, der die Mehrzahl der Mittelschulen verwaltet und auf Grund von Versuchsarbeiten ein Urteil fällt, mit dem Urteil des Landesschulrates von Vorarlberg gleichzusetzen, wo drei oder vier Mittelschulen sind, die sich nie mit diesen Fragen beschäftigt haben. Es ist unmöglich, daß man einfach Leute, die sich nie mit diesen Dingen unmittelbar beschäftigt haben, zu einem Urteil auffordert. Dazu kommt, daß diejenigen, die sich für die Richtlinien des Herrn Schmitz ausgesprochen haben, die weitestgehend differenzierten Meinungen aussprechen, und daß er andere, die wieder ihre Gutachten ganz offenkundig für die Leitsätze ausgesprochen haben, gerne bereit war, hinüberzuschieben; so zum Beispiel das Gutachten des Deutschösterreichischen Lehrerbundes, das von der Einheitsschule spricht und auf die Einheitsschule außerordentlichen Wert legt. Dieses Gutachten des Deutschösterreichischen Lehrerbundes, der die deutschnationalen Lehrer vereinigt, hat man für die Richtlinien gezählt. Das Gutachten des Deutschösterreichischen Bürgerschullehrerbundes, das auf die Leitsätze Bezug nimmt, hat man für die Richtlinien des Herrn Schmitz gezählt. Meine Herren, diese Art der Zählung gleicht haargenau ihrem Verhalten gegenüber der Öffentlichkeit. Die schriftliche Enquete war von Anfang an verfehlt, denn es mangelte an der objektiven Grundlage der Beurteilung. Es war von vornherein klar, daß hier ganz widersprechende Urteile kommen müssen. Wir legen das Ergebnis dieser schriftlichen Enquete zu den Akten, und damit ist diese Episode erledigt.

Und nun ganz kurz zu den Gesetzentwürfen. Gegenüber den Richtlinien ist ein Fortschritt zu verzeichnen. Man hat davon abgesehen, eine Obervolksschule zu schaffen — es war zu absurd in der Zeit der Einheitsschule.

Man hat von der Aufnahmeprüfung abgesehen. Aber damit bin ich mit der Aufzählung der Vorzüge dieser Gesetzentwürfe schon zu Ende. Schon bei oberflächlicher Durchsicht der beiden Entwürfe sieht man den ganzen Unernst, der hier entscheidend war. In einzelnen Punkten der Bürgerschulnovelle

übernahm man die Argumentation des Stadtschulrates, allerdings in Äußerlichkeiten, und der Unernst, der bei der ganzen Arbeit herrscht, geht aus folgendem hervor. Man hat sich das in bezug auf die Bürgerschule besonders schlau gedacht: man nennt sie nicht allgemeine Mittelschule, denn man will nicht, daß die Kinder des Volkes in eine Mittelschule gehen. In bezug auf die Bürgerschule kommen wir äußerlich den Sozialdemokraten oder den Versuchen in Wien entgegen, das ist der Ruck nach links, und in bezug auf die Mittelschule gehen wir noch hinter die Richtlinien zurück, das sind die Kompensationen für rechts. Und die Herren haben dabei nicht gesehen, daß dadurch, daß beide Schulkategorien noch weiter auseinandergerissen wurden, als sie es bisher gewesen sind, der Übertritt von einer Schulkategorie in die andere noch mehr erschwert ist. Man muß sich doch endlich einmal abgewöhnen, schulorganisatorische Probleme mit mathematischen Problemen zu verwechseln. Das zeigt sich ganz deutlich, da man sich nicht geschämt hat, in einen Gesetzentwurf hineinzuschreiben, daß der Beginn des fremdsprachigen Unterrichtes im zweiten Semester des ersten Jahrganges einsetzt — eine blanke Unmöglichkeit. Die Herren im Ministerium wissen sehr genau, daß das fallen muß, aber sie haben sich gesagt, die da drüben im Stadtschulrat wollen im dritten Schuljahr die Fremdsprache. Wenn wir sagen, im zweiten, müssen wir vielleicht auch da das arithmetische Mittel ziehen. Sagen wir daher im zweiten Semester des ersten Jahrganges, und dann werden wir uns auf das zweite Jahr einigen. Meine Herren, das ist eine völlig unernste Behandlung der Sache, da gibt es keine Kompensationen. Der Schulaufbau muß aus einem Guß vollzogen werden, da gibt es nicht gegenseitiges Entgegenkommen auf dem Weg, einfach addieren und durch zwei dividieren. Das ist unmöglich. Wenn diese Entwürfe der Regierung Gesetz werden, dann ist die Frage der Einheitsschule, dann ist die Frage des Übergangssystems auf Jahre hinaus verschüttet. Da müssen grundlegende Abänderungen erfolgen, sonst wären wir selbstverständlich gezwungen, dieses Gesetz zu verhindern. In bezug auf das Problem der Einheitsschule und des gegenseitigen Schulübertrittes, der Aufstiegsmöglichkeit aus der Bürgerschule in die Oberschule sind diese Gesetze völlig unbrauchbar. Da haben wir eine ganz klare Situation vor uns.

Meine Herren! Da hat man zum Beispiel jetzt in diese Gesetzentwürfe hineingenommen, daß in die vierte Klasse der Untermittelschule eine neue Fremdsprache hineinkommt — Griechisch —, plötzlich in der vierten Klasse, das bisher immer in der dritten und später in der Reform in der fünften Klasse begonnen hat. Was heißt das, wenn ich im Gymnasium der vierten Klasse Griechisch ansetze? Das heißt, daß es keinem einzigen Bürgerschüler jemals möglich ist, ins Obergymnasium zu kommen. Das ist ganz selbstverständlich. Der Herr Unterrichtsminister hat hier sehr schöne Worte für den Aufstieg gefunden. Das ist Theorie, denn ein Bürgerschüler kann von vornherein nicht in das Obergymnasium und auch nicht in das Oberrealgymnasium übertreten, es bleibt ihm höchstens noch die Realschule übrig, und auch da ist es sehr fraglich. Wenn ich in der Bürgerschule Französisch als unobligaten Gegenstand ansetze, so ist es klar, daß nur eine geringe Stundenanzahl für den unobligaten Gegenstand genehmigt werden wird. In der Realschule haben Sie mindestens sechs Stunden Französisch — wie soll also der Bürgerschüler nach drei, vier Jahren konkurrieren können mit dem Französischwissen der Schüler, die drüben sind? Wie ist das möglich? Dann kann wieder nur der aufsteigen, der es sich leisten kann, durch einen Privatlehrer die Lücken seines Wissens auszufüllen. Es ist ein Schwindel, den sie schreiben, daß Bürgerschüler in die anderen Schulen übertreten können. *(Lebhafter Beifall.)*

Meine Herren! Wir haben in diesen Gesetzentwürfen einen Rückschritt hinter das Jahr 1883. *(Zwischenruf.)* Ja, Herr Kollege. Bei der Zweckbestimmung der Bürgerschule war ausgesprochen, daß die Schüler auch vorbereitet werden sollen für die Lehrerbildungsanstalt, für die Handelsakademie usw. Das fehlt heute. Der Aufstieg des Bürgerschülers in die Obermittelschule wird theoretisch im Gesetze ermöglicht, praktisch wird er systematisch verhindert. Meine Herren, mit dem Schein werden wir uns nicht zufrieden geben. Wenn das Gesetz es nicht faktisch ermöglicht, daß dem geeigneten Schüler nach Abschluß der Pflichtschule der Übertritt in die Oberrealschule in völlig gleicher Weise gesichert ist wie dem Absolventen der privilegierten Untermittelschule, so ist das Gesetz für uns vollkommen wertlos. *(Lebhafter Beifall.)* Interessant ist, wie schlampig dieses Gesetz gearbeitet wurde. Im § 3 des Mittelschulgesetzes werden die verbindlichen Gegenstände aufgezählt. Ich weiß, warum Sie es gemacht haben: damit nur ja sicher das Wort Religion drin ist. Diese Gegenstände werden aufgezählt, es wird aber keineswegs gesagt, welche Gegenstände für die einzelnen Schularten überhaupt in Betracht kommen. Abgesehen davon, daß bei Aufzählung dieser Gegenstände die charakteristischen Gegenstände der Frauenoberschulen vergessen wurden. Dafür sagt der Entwurf kein Wort von den Hochschulberechtigungen, die durch die Schulen gegeben werden sollen.

Der Herr Minister hat mit großer Begeisterung davon gesprochen, daß die Hochschullehrer auch einen Einfluß haben sollen bei der Beurteilung der Tüchtigkeit und des Wertes der Mittelschultypen. Einverstanden: die Hochschullehrer sollen sicherlich ihr

Urteil abgeben. Aber das einzige Urteil werden die Hochschullehrer nicht abzugeben haben. Wir wissen, daß heute an den Hochschulen diesen Bestrebungen gegenüber, sagen wir, eine gewisse Kühle herrscht, obwohl es sehr wichtig und im Interesse der freien Forschung und des wissenschaftlichen Betriebes gelegen wäre, daß auch aus den breiten Schichten des Volkes tüchtige, leistungsfähige, frische Kräfte an die Hochschulen kommen.

Bei etwas strengerem Maßstabe müßte man sagen, daß die beiden Gesetzentwürfe nicht dazu angetan sind, eine geeignete Grundlage für Verhandlungen abzugeben. Die Gesetzentwürfe übersehen absichtlich die großzügige Versuchsarbeit, sie übersehen die Erfahrungen, die wir dabei gemacht haben, sie sind bestrebt, den gegenwärtigen, völlig veralteten, unglücklichen Organisationszustand zu erhalten, ihn auf viele Jahre hinaus festzulegen. Diese Gesetzentwürfe wären geeignet, jede weitere Reformbestrebung auf dem Gebiete des Mittelschulwesens unmöglich zu machen. Ihre Gesetzwerdung würde einen ausgesprochenen Rückschritt bedeuten. Damit ist für uns das Urteil gesprochen. Wir wollen trotzdem an die fast aussichtslose Arbeit gehen, diese Entwürfe halbwegs brauchbar zu machen. Wir wollen uns nicht dem Vorwurf aussetzen, daß wir von vornherein jede Möglichkeit der Verbesserung dieser Gesetzentwürfe vereitelt hätten. Vielleicht ist es ein unverzeihlicher Optimismus, vielleicht eine Überschätzung unserer Kräfte, wenn wir noch glauben, daß der Versuch, durch sachliche Arbeit das Natürliche und Notwendige durchzusetzen, gelingen könnte.

Wir stellen von Anfang an, und zwar in voller Übereinstimmung mit dem Herrn Minister, fest, daß diese beiden Gesetzentwürfe unvollständig sind, solange nicht das Lehrerbildungsgesetz sich anreiht, solange es nicht wirklich Gesetz geworden ist.

Und nun fasse ich zusammen. Wir wollen an die sachliche Arbeit gehen. Wir wollen versuchen, diese Gesetzentwürfe, die unbrauchbar sind, so umzugestalten, daß sie nicht ein Hindernis für die weitere Entwicklung unseres Schulwesens sind. Den Herren der Mehrheit ist es ja klar, ihnen brauche ich es nicht zu sagen: diese Gesetzentwürfe können nur in Kraft treten, wenn wir ihnen zustimmen. Wenn wir ihnen nicht zustimmen, dann tritt die Forderung der paktierten Gesetze in Kraft, dann müssen alle Landtage ihnen zustimmen. Ich glaube nicht, daß der Landtag von Wien die Einsichtslosigkeit haben könnte, über die von ihm getragenen Versuche hinweggehen zu können. Wenn Sie eine Verfassungsänderung wünschen, dann wird es durch den Ausgang der Wahlen kaum anders möglich sein, als daß Sie dazu auch unsere Zustimmung erwerben.

Ich betone aber für alle Fälle — und das scheint mir in diesem Augenblick das Wichtigste zu sein: wir wollen redlich mitarbeiten. Wenn aber diese Gesetzentwürfe nicht im entscheidenden Zeitpunkt in Kraft treten können — und dieser Zeitpunkt ist leider Gottes außerordentlich nahe herangerückt, weil wir für das nächste Schuljahr Ordnung machen müssen —, dann möge sich Minister Schmitz keinen Augenblick mit dem Gedanken vertraut machen, daß man etwa die schulreformatorische Aufbauarbeit Wiens durch einen Verweis auf diese Gesetzentwürfe in irgendeiner Weise stören könnte. Das ist ausgeschlossen, denn hinter dieser Leistung steht die Fachwelt, stehen die Eltern und steht auch die sozialdemokratische Partei. Es darf bei diesem Anlasse nicht vergessen werden, daß hinter unseren Schulentwürfen und hinter unseren Schulreformbestrebungen wirklich die Massen dieser Stadt stehen. Als im Juli vergangenen Schuljahres die Entscheidung hinausgezogen werden sollte, als man uns im letzten Augenblick den klerikalen Lehrplan oktroyieren wollte, waren innerhalb von vier Tagen 250.000 Menschen auf der Straße, die für einen Lehrplan demonstrierten *(Beifall und Händeklatschen)* — wahrhaftig eine Seltenheit.

Wollen Sie das als den Beweis hinnehmen, daß wir nicht Worte gebrauchen, wenn wir sagen, daß die schulreformatorische freie Entwicklung eine Herzenssache des arbeitenden Volkes dieser Stadt, aber auch des arbeitenden Volkes der ganzen Republik geworden ist. Der Beweis dafür ist dadurch gegeben, daß auch die Eltern fest entschlossen sind, ihren Kindern die Aufstiegsmöglichkeit zu sichern, und wir rufen zu Beginn dieser Verhandlungen alle Eltern auf, die wollen, daß ihre Kinder, wenn sie die Fähigkeit haben, in eine Mittelschule gelangen können, aber auch die Eltern, die schon ihre Kinder in einer Mittelschule haben. Wir hören die Seufzer der Eltern, die empfinden, daß ihre Kinder Opfer der längst veralteten Schulorganisation sind. Wir rufen die Eltern auf, zu prüfen, ob unser Weg gangbar, ob unser Weg erfolgreich ist. Es ist Tatsache, daß heute manchmal überflüssigerweise Härten in der Mittelschule Platz greifen, um den Erfolg zu erzielen, der erzielt werden muß. Der neue, auf die Psyche der Jugend Rücksicht nehmende Geist muß auch in die Mittelschule einziehen. Die Mittelschule muß erobert werden für alle wirklich fähigen Kinder, und Österreich, das sich wirtschaftlich so schwer durchzuringen vermag, wird auf schulpolitischem Gebiete vorwärtsdringen, um die Voraussetzungen zum Glück der Jugend und zum Glück des einzelnen, aber auch zur Wohlfahrt der Gesamtheit zu schaffen. Wir haben uns in schwerer harter Arbeit die politische Gleichberechtigung erkämpft. Aber politische Gleichberechtigung bedingt auch die volle Gleichberechtigung bei der Erlangung all des Wissens, das nicht für einzelne, das für die Gesamtheit in jahrhunderte-, jahrtausendelangem Ringen erobert worden ist. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Volker: Hohes Haus! Die Verteilung der materiellen Güter dieser Welt ist verschieden und wird wohl auch künftig verschieden sein. Aber es muß für uns versöhnlich wirken, daß das Erbe der ideellen Güter schließlich für alle zugänglich ist, die den Willen und die Fähigkeit haben, diesen Erbgang anzutreten. Diesem Erbgang die Wege zu ebnen, ist nicht nur Aufgabe der Didaktik, sondern muß gerade in dieser Zeit Aufgabe unserer Schulpolitik sein. Denn wenn durch die Demokratie das Volk steigt, kann doch die Schule nicht sinken. In diesem Sinne beschäftigten wir uns schon im Vorjahr viel mit der Schulreform und beschäftigen uns heuer neuerdings mit diesen Fragen. Die Unterrichtsreform der Unterstufe der Volksschule haben wir im Vorjahr, soweit es die Lehrplanfrage anlangt, erledigt. Wir haben die einigende Linie gefunden, bis auf die kulturellen Momente.

Nun liegen zwei Vorlagen dem hohen Hause vor, und ich bin vollständig im Einklang mit dem Herrn Abg. Glöckel, wenn er gemeint hat, daß wir uns bei der Verabschiedung dieser Vorlagen der hohen Verantwortung bewußt sein müssen. Ja, die Verantwortung, die wir auf uns nehmen, ist in der Tat sehr schwer. Es handelt sich bei diesen Vorlagen um die äußere und innere Neugestaltung der Oberstufe unserer Pflichtschule sowie um die innere Neugestaltung der Unterstufe der Mittelschule und um unsere Obermittelschulen. Es wird, wie wir aus den Worten des Herrn Abg. Glöckel sehen, gewiß ein heißes Ringen werden, aber wir müssen diesen Kampf auskämpfen. Ich muß aber auch sagen, wir müssen es auf das freudigste begrüßen, daß eben diese Frage, die die Gemüter so sehr bewegt, endlich einer gesetzlichen Regelung zugeführt werden soll.

Ich will mich mehr der Vorlage, die die Bürgerschule betrifft, zuwenden. Die Bürgerschule hat eine über das Maß der allgemeinen Volksschulbildung hinausreichende Bildung zu vermitteln. Die Bürgerschule ist Pflichtschule. Die Bürgerschule hat darunter oft gelitten, und ich kann sagen, daß sie in der Tat leider auch noch heute darunter leidet. Wenn wir auf den Kampf, den die Bürgerschullehrerschaft durch fast drei Jahrzehnte auf sich genommen hat, um die Verhältnisse in der Bürgerschule anders zu gestalten, zurückblicken, so muß ich sagen, daß ihr dieser Kampf bisher eigentlich nicht die rechten Erfolge gebracht hat. Ich habe selbst diesen Kampf in führender Stellung durch mehr als zehn Jahre mitgemacht. Was verlangte die Bürgerschullehrerschaft im Laufe dieser vielen Jahre? Sie verlangte — und dies muß offen hier gesagt werden — zunächst die obligatorische Aufnahmeprüfung für alle Schüler. Es sollen eben in die Bürgerschule nur Kinder kommen, bei denen es möglich ist und die auch den Willen dazu haben, daß sie die Bürgerschule zur Gänze absolvieren. Die Bürgerschule sollte vierstufig ausgestaltet werden, denn durch diese vierstufige Ausgestaltung wäre es vielleicht schon früher leichter möglich gewesen, den Stoff, der für die Bürgerschule heute festgesetzt ist, zu bewältigen.

Wenn der Herr Abg. Glöckel vom Berechtigungswesen gesprochen hat, so erinnere ich daran, daß die Bürgerschullehrerschaft immer schon in einem heißen Kampf darum stand, ein entsprechendes Berechtigungswesen für die Bürgerschule zu erlangen. Es wurde auch die Isolierung der Bürgerschule beklagt. Wir können aber wohl sagen, daß die Bürgerschule gegenwärtig nicht eine Sackgasse bildet. Wer aus der Bürgerschule heute austritt, kann sich der Handelsakademie zuwenden und kann dann auch die Handelshochschule besuchen. Wer eine Staatsgewerbeschule besucht hat, kann auch als außerordentlicher Hörer und nach einer Bewährungsfrist als ordentlicher Hörer die Technische Hochschule besuchen, ja er kann, wenn er die Abgangsprüfung an der Staatsgewerbeschule mit Auszeichnung gemacht hat, sofort als ordentlicher Hörer an einer Technischen Hochschule inskripieren.

Es wurde, als die Richtlinien herausgegeben wurden, soviel von der Aufnahmeprüfung gesprochen. Wir dürfen nicht vergessen, meine sehr Verehrten, daß wir ja schon bis zum Jahre 1923/24 für die Bürgerschule Aufnahmsprüfungen hatten, wenigstens auf Wiener Boden. Diese Aufnahmeprüfungen mußten jene Schüler machen, die bei einer fünfstufigen Klassifikation, und als man noch Quartalnoten hatte, 15 überschritten haben. Diese Schüler waren verpflichtet, eine Aufnahmeprüfung aus Religion, Rechnen und Sprachlehre abzulegen. Gegenwärtig haben wir nur Semesternoten und eine vierstufige Notenskala. Auch heute wären nach den bestehenden Bestimmungen die Schüler verpflichtet, eine Aufnahmeprüfung für die Bürgerschule zu machen, wenn sie im ersten Semester die Note 3, im zweiten Semester die Note 4 erlangen. Wenn sie aber im ersten Semester die Note 4 und im zweiten Semester die Note 3 erlangen, dann haben sie keine Aufnahmeprüfung abzulegen. Wie ist heute die Situation? Schon im vorigen Jahre verzichteten die Bürgerschulen zum großen Teil auf die Ablegung dieser Prüfung. Nun wird heute wie auch in früheren Zeiten noch immer über das Schülermaterial der Bürgerschulen geklagt. Diese Klagen verstummen nicht. Repetenten wird es wohl zu jeder Zeit geben. Das Durchfallen hat äußere und innere Gründe. Zu den inneren Gründen gehört die geringe Begabung und Trägheit, zu den äußeren Gründen Mangel an Erziehung und vielleicht auch das Schulstürzen. Wie dem auch sei, die Statistik muß uns hier wertvolle Dienste leisten. Sie gibt uns ein Bild über die Leistungsfähigkeit der Schüler und dadurch auch ein Bild über ihre Lernwilligkeit und Lernfähigkeit. Die Statistik, von

der man sonst wenig hält, wird auf dem Gebiete der Schule zu unserem pädagogischen Gewissen.

Wir dürfen jetzt nicht bloß die gegenwärtige Zeit betrachten, sondern müssen einen größeren Zeitraum unter die Lupe nehmen. Betrachten wir die Schulverhältnisse auf Wiener Boden in einem Zeitraum von 20 Jahren, sagen wir von 1903 bis 1924, und heben wir aus diesem 20jährigen Zeitraum fünf Jahre heraus. Im Jahre 1903 machen unter allen Schülern Wiens die Durchgefallenen 15·5 Prozent aus, im Jahre 1910 sinkt die Zahl auf einmal auf 12 Prozent, um im Jahre 1911 noch weiter auf 8·1 Prozent zu sinken. Dann kommt der Krieg mit seinen unangenehmen Folgen. Es steigt der Prozentsatz im Jahre 1918 auf 12 Prozent und sinkt im Jahre 1924 auf 7·3 Prozent.

Was ist die Tatsache? Die Lehrerschaft bleibt in der Beurteilung der Schüler immer gleich. Es ist ja wahr, daß viele Lehrer oft besser klassifizieren, um nicht als schlechte Lehrer zu gelten. Schließlich sind die Lehrer Menschen, sie können nicht alle restlos Helden sein, und so folgen die Lehrer auch einem Druck von außen, um eben dann so dazustehen, daß die Erfolge auch in ihren Klassen sich besser gestalten. Die Bürgerschullehrerschaft hat zu Beginn dieses Jahrhunderts und später darunter zu leiden gehabt, daß man von Amts wegen einen Aufsteigerlaß herausgegeben hat. Dieser Erlaß galt für die Volksschule und hat sich dann auch bei der Bürgerschule geltend gemacht. Nur durch diesen Aufsteigerlaß ist es möglich geworden, daß die Verhältnisse in der Tat anders wurden. Wie wäre es denn möglich, daß im Jahre 1911 die Schüler Wiens doppelt so fähig und doppelt so lernwillig sein sollten wie im Jahre 1903. Ich gebe ruhig zu, daß der Erfolg des Jahres 1924, wo wir einen Prozentsatz von 7·3 Prozent haben, darauf zurückzuführen ist, daß wir eine geringere Schülerzahl in den einzelnen Klassen hatten, und es mag auch eine Tatsache sein, daß der Berufseifer bei den Lehrern gehoben wurde. Aber was früher war ist auch heute.

Zur Zeit des Aufsteigerlasses wurde auch bestimmt, daß Förderklassen errichtet werden, in die die Minderbegabten hineingekommen sind. Heute haben wir dasselbe, heute haben wir Klassen mit langsam arbeitenden Kindern, und wir haben im Schuljahr 1923/24 auf Wiener Boden 17.899 Kinder, das sind 13 Prozent aller Kinder, in diesen langsam arbeitenden Klassen. Trotzdem sind in diesen Klassen die Durchgefallenen insgesamt 5·99 Prozent und bei den Knaben allein 7·3 Prozent. Wir können sagen, daß, wie damals im Jahre 1903 und in den weiteren Jahren, es auch heute katastrophal ist, wenn wir den Prozentsatz der Durchgefallenen beim Übertritt aus der Volksschule in die Bürgerschule betrachten. Im Jahre 1907 fielen in der fünften Klasse auf Wiener Boden 13·9 Prozent Schüler durch, und in der ersten Bürgerschulklasse, als sie selbst mit den bezeichnenden Aufnahmeprüfungen in die erste Bürgerschulklasse kamen, erhielten wir einen Prozentsatz der Durchgefallenen von 23·8 Prozent. Im Jahre 1923 waren in der fünften Klasse in den Volksschulen Wiens 6·2 Prozent der Schüler durchgefallen und in der Bürgerschule in der ersten Klasse 15·5 Prozent. Wenn wir heuer im Jahre 1927 das erste Semester in unseren Bürgerschulen betrachten würden, so gebe ich Ihnen die Versicherung, daß vielleicht in den äußeren Bezirken — eine Schule ist mir bekannt — weit über 25 Prozent der Schüler schon durchgefallen sind. Ich erwähne dies alles, um darauf hinzuweisen, daß in der Bürgerschule Verhältnisse geherrscht haben und auch heute noch herrschen, die es mit sich bringen, daß nur ein kleiner, vielleicht der dritte Teil in die oberste Klasse gelangt.

Die Richtlinien verlangten anfangs die Aufnahmeprüfung. Man lachte darüber auf Ihrer Seite, und heute ist man von dieser Aufnahmeprüfung abgekommen. Aber es ist Tatsache, daß der Deutschösterreichische Bürgerschullehrerbund die obligate Aufnahmeprüfung verlangt hat. Künftig soll auf Grund der Schülerbeschreibung und des Zeugnisses der Schüler die Teilung der Schüler vorgenommen werden. Wenn dieses Gesetz in Kraft treten sollte, so werden demnach die Schüler in zwei Klassenzüge eingeteilt. Schüler, die in den zweiten Klassenzug eingereiht wurden, können auf Grund einer Prüfung in den ersten Klassenzug gelangen. Die Vierstufigkeit ist auch festgesetzt, und ich glaube, sie wird viel dazu beitragen, daß wir dann einen geringeren Prozentsatz von Durchgefallenen in unseren Schulen haben werden; denn der Übergang von der Volksschule sofort zum Lehrstoff der ersten Bürgerschulklasse ist in der Tat ein ziemlich jäher. Die Isolierung der Bürgerschule hat viele Eltern verbittert. Wenn der Herr Abg. Glöckel meint, es sei die Aufstiegsmöglichkeit nur auf dem Papier, so verweise ich darauf, daß nach dieser Vorlage in der Tat dem Bürgerschüler die Möglichkeit gegeben sein wird, in die nächsthöhere Klasse der Mittelschule zu gelangen. Was ist das Ganze schließlich? Es kann doch nichts anderes sein als eine Lehrplanfrage, und es ist selbstverständlich, daß wir dahin wirken müssen, daß der Lehrplan sich so gestalte, daß diese Aufstiegsmöglichkeit gegeben ist.

Im Sinne der Regierungsvorlage liegt es auch, daß die einjährigen Lehrkurse an den Bürgerschulen erhalten bleiben, ja sie sollen sogar zu zweijährigen Kursen ausgestaltet werden.

Eines muß auch hier gesagt werden: Wenn wir eine vierstufige Bürgerschule haben, dann müssen wir im ersten Schuljahre das Fachlehrersystem möglichst einschränken und dahin wirken, daß wir in dem

zweiten Klassenzug auch für jene Schüler, die nur zwei Schulstufen absolvieren können, einen abschließenden Unterricht erlangen. An jenen Bürgerschulen, die keine Zweiteilung erhalten, sollten auch die weniger Befähigten einen eigenen Gruppenunterricht bekommen.

Wie verhält es sich nun mit dem Ziel der radikalen Reformer? Das Ziel der radikalen Reformer geht dahin, ohne Rücksicht auf die geschichtliche Kontinuität der Entwicklung an Stelle der 547 Bürgerschulen in Österreich die Allgemeine Mittelschule zu setzen. Um die Notwendigkeit des Bestehens der Bürgerschule zu erweisen, müssen wir einen Blick auf die Allgemeine Mittelschule werfen. Die Deutsche Mittelschule, von der der Abg. Glöckel gesprochen hat, wird in der Tat verschwinden, sie soll dann überhaupt der Allgemeinen Mittelschule Platz machen. Ich will nicht weiter von der Deutschen Mittelschule sprechen, aber es ist Tatsache, daß ihr fremdsprachloser Hauptstamm sich nicht durchsetzen konnte. Der Herr Abg. Glöckel bezeichnet alle Verhältnisse an dieser Schule wie an der Allgemeinen Mittelschule als gut und ausgezeichnet. Nun, das finde ich begreiflich, denn er muß ja mehr oder weniger diese Anstalten schützen und hüten. Die Deutsche Mittelschule bleibt noch im Rahmen der achtstufigen Mittelschule. Die Allgemeine Mittelschule bedeutet eigentlich den radikalen Umsturz in der Organisation unseres bisherigen Schulwesens. Ich glaube aber, daß wir alle Sorge tragen müssen, daß unsere Kulturhöhe, unsere Geistesbildung nicht herabgedrückt wird. Wir haben dafür Sorge zu tragen, daß wir unsere Jugend auch für das Leben, für die praktischen Berufe vorbereiten müssen. Das Leben ist stark, meine Verehrten, und es ist stärker als mancher Wunsch, der nicht auf die Wirklichkeit eingestellt ist. Denn breiten Massen soll der Weg zum Studium durch die allgemeine Mittelschule eröffnet werden. Ja, wer hat etwas dagegen? Wir wollen auch, daß jedem Kind die Aufstiegsmöglichkeit gegeben wird, wenn das Kind die entsprechende Lernwilligkeit und Lernfähigkeit hat. Niemals soll es von der wirtschaftlichen Kraft der Eltern abhängen, bis zu welcher Leistungsstätte ein Kind gelangen kann. Die Begabtenauslese für das höhere Studium soll dadurch verbessert werden. Ich kann nicht daran glauben, daß dies das einzige Mittel dazu wäre. Die soziale Koedukation soll dadurch geschaffen werden. Ich versichere, meine Verehrten, daß heute Mittelschüler, welchem Stande immer sie angehören, auf das freundschaftlichste untereinander verkehren, daß die Arbeiterkinder herzlich gut sind mit den Kindern jener Stände, die man nach Ihrer Ansicht als die privilegierten bezeichnet.

Die letzten Grundlagen jedes Schulwesens sind schließlich die Freiheit oder der Zwang. Wie wir für die Freiheit der Organisation von jedem Terror sind, so sind wir auch für die Freiheit der Wahl der Schulbahn *(Zustimmung)*, und diese Freiheit würde durch die allgemeine Mittelschule, wenn sie restlos eingeführt würde, sicher aufgehoben werden. Nach Ihrer Ansicht repräsentiert die allgemeine Mittelschule den Einheitsschulgedanken. Dies ist ein Irrtum, denn der Begriffsinhalt der Einheitsschule ist nicht eindeutig bestimmt. Es ist nicht der Einheitsschulgedanke, wenn ich verlange, daß alle Kinder vom 10. bis zum 14. Lebensjahr eine einzige Schule zu besuchen haben, sondern der Einheitsschulgedanke liegt darin, daß wir den ganzen Organismus unseres Schulwesens zu einem System gestalten, in welchem einem jeden Schüler der Übertritt in eine andere Schule ermöglicht und zu gleicher Zeit einem jeden auch die Aufstiegsmöglichkeit gegeben ist.

Es wurde viel von Standesschulen gesprochen. Tatsache ist, daß man in Preußen bei der Mittelschule viel eher von einer Standesschule sprechen kann als bei uns. Dies ergibt sich schon daraus, daß in Preußen das Schulgeld ein viel höheres ist. Man zahlte in Preußen im Jahre 1926 jährlich 200 Mark Schulgeld, das sind 340 S. Was zahlt man bei uns? Obwohl man jetzt infolge der finanziellen Not mit dem Schulgeld in die Höhe gegangen ist, beträgt das Schulgeld bei uns halbjährlich nur 24 S, das sind 15 Mark, und ein Schüler, der wirklich arm ist und in die Mittelschule geht, erhält die Stundung des Schulgeldes, und es entscheidet sich nach dem ersten Semester, ob er überhaupt etwas zu zahlen hat. Die Ermäßigung geht dabei — und man ist da wirklich nicht streng — von 18 S bis auf 3 S hinunter. Das Schulgeld kann also nicht Schuld daran sein, daß man diese Schulen als Standesschulen bezeichnet. Ich stehe überhaupt auf dem Standpunkte, daß man für jede Untermittelschule das Schulgeld aufheben könnte.

Die Allgemeine Mittelschule wird in zwei Klassenzügen geführt. Der Klassenzug 1, der die theoretisch Begabten, die fähigen Schüler umfaßt, soll wieder 3 Zweige umfassen: der erste Zweig ist jener, der fremdsprachlos geführt wird, der zweite Klassenzug mit Latein, der dritte mit Französisch. Aber stellen Sie sich vor, in jedem Zug kommt eine neue Gabelung, und diese ist bedingt, je nachdem ein Schüler entweder einen erweiterten mathematischen Unterricht hat oder nur Pflichtmathematik will. Sie sehen, die Klassengemeinschaft wird zerstört, es gibt 6 Gruppen in einer Klasse. Wo bleibt denn da die Konzentration? Wo bleibt, wenn ich es offen sagen will, der Gemeinschaftsgedanke, der unerläßlich notwendig ist auch im Schulleben? So stehen wir nun vor der Frage: Kann die Allgemeine Mittelschule die Bürgerschule und zu gleicher Zeit auch die Mittelschule ersetzen? Formale Schulung, logisches Denken muß in beiden Schulen, in der Untermittelschule

und auch in der Bürgerschule, verlangt werden. Logisches Denken auch in der Bürgerschule, und diese Schulung muß in verschiedenen Bildungsrichtungen erfolgen: in der Untermittelschule in der theoretischen Richtung, in der Bürgerschule in der praktischen Richtung. Die Lernfähigkeit und die Lernwilligkeit muß mit der Forderung der Schule im Einklang stehen, und wir müssen uns fragen: Wäre es denn wirklich möglich, wenn wir die Verhältnisse eines Zeitraumes von 1903 bis 1920 betrachtet haben, daß wirklich auch die Schüler in dieser Allgemeinen Mittelschule so recht mitkommen können? Ich bitte, wir müssen an die Erfolge in der Bürgerschule denken. Nehmen wir wieder einen Zeitraum von acht Jahren, nehmen wir die Jahre von 1906/07 bis zum Jahre 1913/14. Es sind dies acht Schuljahre. In der ersten Klasse waren auf Wiener Boden im Jahre 1906 18.380 Schüler; von diesen Schülern absolvierten 17.954 Schüler die fünfte Klasse und nur 4380 Schüler die dritte Bürgerschulklasse. Dazu aber kommen noch jene Schüler, die aus der fünften Klasse in die Mittelschule übergetreten sind. Es sind 3300 Mittelschüler. Ich bin Optimist, und ich will annehmen, daß niemand durchgefallen ist und alle die entsprechende Stufe der Untermittelschule erreicht haben. So bekommen wir mit diesen einen Prozentsatz von 41·5 für jene Schüler, die die letzte Stufe erreichen. Was sieht man? Fast die Hälfte aller Wiener Kinder kennt nur den Lehrstoff von $5^1/_2$ oder $6^1/_2$ Schulstufen. Wäre es da nicht dringend notwendig, daß wir uns auch mit der Frage der Abschlußklassen befassen, wenn auch diese Frage als reaktionär gilt. Ich bin dafür, daß wir für Schüler des Klassenzuges 2 in der Bürgerschule einen abschließenden Unterricht schaffen. Die Begabung der Schüler ist zwischen dem 10. und dem 14. Lebensjahr differenziert, und dieser Begabung muß man Rechnung tragen. Die allgemeine Mittelschule will dieser Begabung Rechnung tragen. Sie sagen, in diesen Klassenzug 1 gehören zuerst die Hochbegabten und dann das Mittelmaß, in den Klassenzug 2 kommen die, die unter das Mittelmaß gestellt sind. Es wäre dann eigentlich ein Prozentsatz von 70 Prozent der Schüler in den Klassenzug 1 zu stellen und ein Prozentsatz von 30 in den Klassenzug 2. Dieser Klassenzug 1 ist aber eingestellt auf theoretisch geisteswissenschaftliche Arbeit, und nun müssen wir uns fragen, wenn dieser Klassenzug 1, der das Mittelmaß und die Höchstbegabten umschließt, vornehmlich vor allem anderen die Aufgabe hat, der theoretisch geisteswissenschaftlichen Schulung zu dienen, und dadurch eine Unterstufe für die Oberschulen sein soll, kann er zugleich den Höchstbegabten und dem Mittelgut für das praktische Leben ein abschließendes Wissen bieten wie unsere Bürgerschule. Das Gute der Bürgerschule geht verloren. So wird gegen die Allgemeine Mittelschule von Fachmännern, die durchaus nicht politisch eingestellt sind, der Vorwurf erhoben, daß sie den Schülern die Bildung nicht gibt, die sie fürs Leben brauchen. Man sagt, die Allgemeine Mittelschule erschlägt entweder die Bürgerschule oder die Untermittelschule. Der Klassenzug 1, der die Fähigsten und Mittelbefähigten umschließt, soll also, wie ich bereits sagte, die Unterstufe für die Oberschule bilden und gleichzeitig auch die Fähigen für das praktische Leben vorbereiten. Ich glaube, der Herr Abg. Glöckel hat gemeint, daß das Wort praktisch oft mißbräuchlich angewendet wird — ich weiß mich nicht zu erinnern, in welchem Zusammenhang er dies gesagt hat. Aber es ist eine Tatsache, die wirtschaftliche Entwicklung zwingt uns, dem Praktiker eine intensive und abschließende Bildung zu geben. Wer die Untermittelschule absolviert hat, der hat nur eine Etappe erreicht. Diese Etappe hat ihm aber nicht die abschließende Bildung gegeben. Nimmt dieser Klassenzug 1 der allgemeinen Mittelschule besondere Rücksicht auf jene, die nicht weiter studieren wollen, so schädigt er sicherlich und muß jene schädigen, die die Oberschule besuchen. Wir können also daraus den Schluß ziehen, daß wir nach wie vor die achtklassigen Vollanstalten unserer Mittelschule brauchen und daß wir unsere Bürgerschulen erhalten, daß wir sie ausgestalten und aus ihrer Isolierung herausführen müssen.

Es wurde vom Anschluß an Deutschland gesprochen. Ich möchte den Herrn Abg. Glöckel fragen, ob er mir nur einen Staat in Deutschland nennen kann, der die Untermittelschule abschafft, um an ihre Stelle eine Allgemeine Mittelschule zu setzen, wie dies der Abg. Glöckel will. Wenn man sagt, wir wollen mit der Reform vorangehen, wir werden an der Spitze marschieren, so muß ich sagen, ich weiß nicht ob wir an der Spitze marschieren werden. Es mag sein, daß wir, vom sozialen Standpunkt betrachtet, eine Zeitlang an der Spitze marschieren, aber dann kämen wir sicher sehr weit zurück. Es gibt in Deutschland keinen einzigen Staat, der eine vollstufige Mittelschule zum Verschwinden bringen und im Unterbau eine Allgemeine Mittelschule ansetzen würde. In dieser Beziehung haben wir die Pflicht, uns in unserem Schulwesen nicht so radikal von Deutschland zu trennen.

Die Allgemeine Mittelschule ist ein neuer Name. Der Name Bürgerschule ist schon durch die Zwecksetzung gegeben; er ist aus der Zwecksetzung der Bürgerschule hervorgegangen. Die Bürgerschule hat auf die Bedürfnisse der Landwirte und der Gewerbetreibenden Rücksicht genommen. Sie war gewissermaßen die Schule für den erwerbenden Mittelstand. Den Namen Bürgerschule behalten wir bei, obgleich sich das Wesen und die Aufgabe dieser Schule geändert hat. Dieser Veränderung trägt der

Entwurf der Regierung Rechnung, indem er nicht mehr ausschließlich von den Bedürfnissen der Landwirte und der Gewerbetreibenden spricht, sondern von den praktischen Bedürfnissen der Bevölkerung des Schulsprengels. Die Industrialisierung, die seit den achtziger Jahren unsere Verhältnisse so sehr beeinflußt und umgestaltet hat, hat der Bürgerschule ihre alte Aufgabe, den Nachwuchs des Handels und der Landwirte heranzuziehen, nicht genommen, aber ihr darüber hinaus eine neue Aufgabe gestellt: die Heranbildung des Nachwuchses an qualifizierten Arbeitern und Angestellten aller Zweige im Wirtschaftsleben. Daß die Bürgerschule dieser Aufgabe gerecht werden konnte, ist der geschichtliche Beweis für ihre innere Kraft und Notwendigkeit.

Ich will nur noch einmal betonen, daß es gewiß ein unerläßliches Gebot der Zeit ist, daß es begabten Bürgerschülern, jenen Bürgerschülern, die die Begabung und Neigung haben, möglich gemacht werden soll, in das theoretisch höhere Studium überzutreten. Auf keinen Fall können wir unsere Bürgerschule selbst zertrümmern. Die Zwangseinheitsschule, die sich der Herr Abg. Glöckel vorstellt, würde einerseits das Niveau unserer Mittelschule herabdrücken und anderseits das Gute der Bürgerschulen vernichten. Diese Fehler vermeidet die Regierungsvorlage, und sie befriedigt gleichzeitig die idealen und sozialen Bestrebungen und Forderungen der besonnenen Reformer. Im Namen aller Anhänger einer gesunden und besonnenen Reform des Schulwesens begrüßen wir es mit Dank, daß, wie es unserer Verfassung und unserer Geschichte entspricht, wiederum das Unterrichtsministerium die Führung in der Schulreform übernommen hat. *(Beifall.)* Nur dadurch kann eine Zersplitterung des Schulwesens vermieden werden, deren schlimme Folgen für unser Kulturleben und für unsere geistige Zukunft sich jedermann selbst ausmalen kann. Unser Staat ist klein geworden, wir sind arm an materiellen Gütern; geblieben ist uns nur das reiche geistige Erbe einer großen Vergangenheit. Dieses Erbe, unsere hohe Kultur, wollen wir durch eine schwere Gegenwart in eine bessere Zukunft hinüberretten. Aus diesem Erbe wollen wir schöpfen, um der gegenwärtigen wie auch den nächsten Generationen eine Quelle der Kraft und auch eine Quelle der Begeisterung zu erschließen. Zu diesem geistigen Erbe gehört unser Schulwesen, das immer in der Welt einen hohen Rang hatte. Darum kann die Schulreform nicht in einer Parteiretorte zustande kommen, darum muß eben die Schulreform herauswachsen, emporwachsen aus dem Werden unserer Schule. Es hat der Herr Abg. Glöckel gemeint, daß da nicht irgendwie Parteipolitik walten solle. Es ist aber eine Tatsache, daß seine Reform eben sehr von den Gedanken eines Parteisekretariats beeinflußt wird. *(Zustimmung.)* Nur wenn die Reform das Lebenswerte und Lebenstüchtige der Tradition wahrt, verdient sie, Reform genannt zu werden und wird dann auch von Bestand sein. Ein Mosaikbild der widersprechendsten Anschauungen würde sich unseren Augen darbieten, wenn man die Ansichten über die Organisation der Schulen, von denen wir gesprochen haben, auf eine Geistesebene projizierte. Die sozialdemokratische Reform, die Reform, wie sie der Herr Abg. Glöckel propagiert . . . *(Glöckel: Und der Sozialist Pidoll!)* Der Sozialist Pidoll, den Sie vorhin als Baron bezeichnet haben — jetzt nennen Sie ihn bloß Pidoll, der Baron ist schon unter den Tisch gefallen . . . *(Heiterkeit. — Glöckel: Aber wissen Sie denn nicht wer Pidoll ist?)* Ja, das weiß ich. Sie haben gesagt, der Baron Pidoll. *(Glöckel: Im Jahre 1908 war er noch Baron!)* Also gut, da war er noch Baron. *(Glöckel: Das ist ein rein konservativer Mann, kein Sozialist, und der ist für die Schulreform!)* Ja, die Ansichten sind eben verschieden, aber was dieser gewesene Baron Pidoll zum Ausdruck gebracht hat, braucht für uns nicht bindend zu sein. Ebenso können wir uns nicht der Diktatur des Triumvirats der bekannten Reformer fügen. Das geht nicht, darüber werden wir selbst zu entscheiden haben. Ich möchte sagen, daß eben Ihre Reform all das Gute, das wir auch heute haben, verlassen will. Wir können aber unser kostbares Gut, unsere Kinder, nicht den Gefahren gewagtester Experimente preisgeben. Ihre Reform gipfelt schließlich in der weltlichen Schule und gipfelt in der Zwangseinheitsschule. Sie sagen, Sie hätten nicht die Macht, um dies restlos durchzuführen. Es ist selbstverständlich, daß Sie in Ihren Bestrebungen weiterleben werden. Wir aber sind uns unserer Verantwortung bewußt und werden eine solche Reform vom Standpunkt unserer Kultur und unserer Freiheit immer bekämpfen müssen. *(Ironischer Beifall. — Schiegl: „Freiheit!“)* Freiheit der Schule, gewiß, das ist der Standpunkt, für den wir immer eintreten müssen, und selbst wenn die konfessionelle Schule eingeführt würde, könnte sie nur eingeführt werden vom Standpunkte wahrer Freiheit. *(Lachen.)* Das sozialdemokratische Deutschland ist viel freimütiger, meine sehr verehrten Herren, als Sie. Die dem Kieler Parteitag vorgelegte Entschließung des Parteivorstandes bezeichnet die weltliche Schule, das ist die Schule ohne Religionsunterricht und ohne religiöse Übungen, als einen Fortschritt auf dem Weg der werdenden sozialistischen Gesellschaft. Sie sagt das rundweg heraus. Wenn man meint, daß die Reform des Abg. Glöckel nur vom Antiklerikalismus getragen sei und sich nur gegen die konfessionelle Schule wende, so ist dies nicht der Fall. Gerade jene Kreise, die dies meinten, werden doch erkennen müssen, daß diese Reform so eingestellt ist, um eben auch den sozialistischen Staat vorzubereiten. Von ihrem Standpunkt aus mögen Sie ja recht haben.

Die Vorlagen, die uns heute beschäftigen, dienen, wenn sie auch vom Herrn Abg. Glöckel angegriffen werden, einer Schulreform, die an unsere Tradition anknüpft; sie baut organisch weiter und bietet schließlich auch die Erfüllung einer Reihe von Wünschen. Deshalb, meine sehr Verehrten, können wir nur aussprechen: Wir sind gegen die Reform, wie sie der Herr Abg. Glöckel will, aber wir treten ein für die Reform des Unterrichtsministeriums. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Miklas den Vorsitz übernommen.)*

Dr. **Wotawa:** Hohes Haus! Die gesetzliche Regelung des österreichischen Schulwesens ist eigentlich eine Angelegenheit, die schon vor Jahren das hohe Haus hätte beschäftigen sollen und es ist ein Zeichen der Unvollkommenheit unseres staatlichen Zustandes, daß es bis zum heutigen Tag, wenngleich es schon $8\frac{1}{2}$ Jahre die Republik gibt, noch nicht zu einer solchen gesetzlichen Regelung gekommen ist. Ich meine auch, daß wir die gesetzliche Regelung, die versäumt worden ist, nun endlich in der einen oder anderen Form nachzutragen haben. Es gibt zwei Möglichkeiten, diese gesetzliche Regelung durchzuführen — der Herr Abg. Glöckel hat sie wohl nur angedeutet. Die eine ist die, die paktierte Gesetzgebung, wie sie jetzt geübt wird, noch weiter zu üben und die Änderungen an den bestehenden Schulgesetzen, die wir hier vorzunehmen haben, dadurch in Kraft treten zu lassen, daß zugleich in den einzelnen Landtagen die entsprechenden Gesetze beschlossen werden. Die zweite Möglichkeit wäre aber die, doch zu überlegen, ob man nicht überhaupt unser Verfassungsübergangsgesetz abändern und ausbauen könnte. Die großdeutsche Volkspartei hat schon vor Jahren darauf hingewiesen, daß es für den einen Teil der heute zur Erörterung stehenden Schulangelegenheiten, nämlich die Angelegenheiten des Mittelschulwesens, eine gesetzliche Regelung geben würde, die einfacher wäre als die paktierte Gesetzgebung. Es ist nämlich in dem Verfassungsübergangsgesetz bekanntlich das Hochschulwesen von der paktierten Gesetzgebung ausgenommen. Man könnte einen Schritt weiter gehen und analog der alten österreichischen Verfassung auch das Mittelschulwesen ausschließlich dem Nationalrat zuweisen. Allerdings gehört dazu, wie schon angedeutet worden ist, eine Verfassungsänderung, die der nötigen qualifizierten Mehrheit in diesem Hause bedarf. Es würde das also offenbar voraussetzen, daß man zu einer solchen einheitlichen meritorischen Übereinstimmung über das Mittelschulwesen kommt, daß wirklich auch eine Zweidrittelmajorität des Hauses dafür zu gewinnen ist. Ob das möglich ist, will ich in diesem Augenblicke dahingestellt sein lassen.

Die Ausführungen des Herrn Abg. Glöckel haben angedeutet, daß eine sachliche Erörterung der in Verhandlung stehenden beiden Gesetze vielleicht doch zu irgendeinem einheitlichen Ergebnis führen könnte. Ich halte es nicht für ganz ausgeschlossen, daß man, wenn man wirklich sachlich sein will, sich schließlich und endlich auf einer Basis einigen könnte, die es der Opposition wenigstens ermöglichen würde, das Tolerari posse zu sagen, das Ertragen einer Gesetzgebung, wenn sie vielleicht auch nicht vollständig ihren Wünschen entspricht.

Das Ziel der Opposition ist die einheitliche Untermittelschule, wenn wir von allem übrigen absehen. Rein theoretisch genommen ist es keine Frage, daß die einheitliche Untermittelschule für alle Kinder des Volkes etwas wäre, das vielleicht der Mehrzahl der Forderungen, die man heute an die Regelung des Mittelschulwesens und des Schulwesens überhaupt für die Stufe vom 10. bis zum 14. Lebensjahr stellt, entsprechen könnte. Doch ist auch hier wie bei allen Dingen ein Nebeneinander gewisser Gesichtspunkte, die sich gegenseitig zum Teil aufheben, festzustellen.

Was ist schließlich an Richtlinien für jede Erziehungspolitik aufzustellen? Ich glaube sagen zu können, daß es vier Gesichtspunkte sind: Zunächst die Erziehung zur Volksgemeinschaft, zweitens die Hebung unseres nationalen Bildungsstandes, drittens die körperliche und sittliche Ertüchtigung unseres Volkes und viertens im Zusammenhang damit die Auslese der Begabten. Wenn wir uns diese vier Prinzipien ausgewirkt denken, so kann ohne weiteres zugegeben werden, daß unter Umständen ein Gegeneinander, ein Sich-Schneiden dieser Gesichtspunkte eintreten kann, und ich behaupte, daß ein solches Sich-Schneiden dieser Gesichtspunkte tatsächlich in einem gewissen Ausmaß vorhanden ist.

Wenn wir die Hebung des nationalen Bildungsstandes als einen Hauptgrundzug der Erziehungspolitik festhalten, so ist damit klar das Bestreben gegeben, das vor allem in den Wünschen und Vorschlägen der Opposition zum Ausdruck kommt, daß man tatsächlich allen Kindern des Volkes den gleichen Gang der Bildung gewährt. Auf der anderen Seite aber ist es keine Frage, daß dieses Zulassen der Gesamtheit auf einen einheitlichen Bildungsweg eine Beschränkung des Prinzips der Auslese der Begabten ist. Wir dürfen uns nicht täuschen lassen und nicht mit Worten jonglieren. Es ist doch eine Tatsache, über die die Opposition vielleicht leichter hinweggeht als die Mehrheitsparteien, daß wir Unterschiede der Begabungen unter der Schülermasse haben. Diese Unterschiede der Begabungen sind nicht einfach innerhalb derselben Klasse auszumerzen, sondern da gehören Einrichtungen des Erziehungswesens dazu, die es ermöglichen, daß die Begabten eben raschere und andere Wege gehen als die weniger Begabten. Die Begabungen sind ganz unabhängig von dem sozialen

Milieu, aus dem die betreffenden Kinder stammen, verteilt. Ich meine, daß die Dreiteilung der Begabungen, die alle Statistiken, alle Beobachtungen bisher festgestellt haben — ich verweise auf eine Reihe von Schriften von Fachmännern —, tatsächlich vorhanden ist, gegen die gerade beim Wiener Versuch der Allgemeinen Mittelschule nach meiner Meinung verstoßen ist und daß gerade das die Unvollkommenheit dieser Versuche zeitigt und daß gerade die Art der Durchführung der Allgemeinen Mittelschule, wie sie in Wien geübt worden ist, der Kritik Tür und Tor öffnet.

Die Fachmänner gliedern die Masse der Schüler in drei Gruppen von Begabten: in den Durchschnitt, der nach der einen Statistik mit 50, nach der anderen mit 60 und 64 Prozent angegeben wird, in die über dem Durchschnitt Begabten und in die unter dem Durchschnitt Begabten. Diese beiden anderen Gruppen, die mit ungefähr 20 oder 25 Prozent berechnet werden, sind also zusammen höchstens soviel als der Mittelblock, wahrscheinlich noch weniger, und dieser erfahrungsgemäßen Dreiteilung der Begabungen müßte die Dreizügigkeit einer solchen Einheitsmittelschule entsprechen. Ich mache dem Wiener Versuche vor allem zum Vorwurf, daß er über den von einem sehr bekannten Fachmanne, Direktor Dr. Krug, gemachten diesbezüglichen Vorschlag einfach hinweggegangen ist, die Dreizügigkeit der allgemeinen Mittelschule in Wien glatt abgelehnt hat und daß das Prinzip, das einen geistigen Hintergrund hatte, nämlich den Unterschied der Begabungen, heute in ein mehr mechanisches Prinzip ausgeartet ist. Es ist kein Geheimnis, daß bei den Klassenzügen der Wiener Allgemeinen Mittelschule eigentlich eine Aufteilung mehr nach der Zahl, ungefähr ein halb zu ein halb erfolgt, um die Klassen ungefähr gleich stark zu machen, während es nach der jugendpsychologischen Feststellung, die ich gemacht habe, richtiger wäre, diese Dreiteilung ohne Rücksicht auf eine arithmetische Berechnung vorzunehmen. Wenn wir solche Erfahrungen und Versuche bei der Wiener Allgemeinen Mittelschule gemacht hätten, so könnte man heute leichter über die Tatsache urteilen, ob die über den Mitteldurchschnitt Begabten einer Sonderschule oder, wie sie der Herr Oppositionsredner genannt hat, einer privilegierten Mittelschule bedürfen oder nicht. Wir haben heute die feste Überzeugung, daß eine solche Erprobung, wie sie in Wien stattgefunden hat, zu keinem endgültigen Urteile berechtigt, ob es dem Erziehungsgrundsatz von der Auslese der Begabten entspräche, wenn alle Kinder aus der Volksschule in eine solche allgemeine Einheitsuntermittelschule überführt würden.

Ich kann gerade vom Standpunkte des Nationalen nicht anerkennen, daß man über diesen Grundsatz leichtfertig mit einer einfachen gesetzlichen Regelung und Einpferchung der Schüler ohne Unterschied in eine einheitliche Mittelschule hinweggeht. Wir müssen den größten Wert darauf legen, daß das, was das Bildungswesen der Vergangenheit charakterisiert hat, nämlich die besondere Hebung zahlreicher Begabter, bei Vernachlässigung der vielen Schüler aus den breiten Massen des Volkes, daß also diese einseitige Entwicklung des Schulwesens der Vergangenheit nicht aufgegeben wird, ohne daß wir nach dem neuen System berechtigt wären, die Sicherheit zu haben und auszusprechen, daß wir nunmehr die Auslese der Begabten wirklich durchführen können. *(Glöckel: Was haben Sie jetzt für eine Sicherheit?)* Die Erfahrungen in Wien sind einseitig gedeutet und sind so, daß ihnen von anderen Fachmännern die Anerkennung versagt wird.

Ich meine infolgedessen, daß wir den großen Schritt der gesetzlichen Einführung einer einheitlichen Untermittelschule nicht Rechnung tragen können, ohne uns den berechtigten Vorwurf der leichtfertigen Regelung in diesen Dingen zuzuziehen. Vorausgesetzt, daß die Aufnahmeprüfung bei den Mittelschulen mit der gleichen Strenge gegenüber den Angehörigen aller sozialen Schichten geübt wird, entspricht die Mittelschule dem, was ich bei der einheitlichen Mittelschule als Klassenzug 1, als Klassenzug der Allerbesten bezeichnet habe, und es fallen dann die zwei anderen Gruppen des Durchschnittes und der weniger Begabten mit den zwei Klassenzügen der neuen Bürgerschule zusammen.

Wenn wir uns diese Gruppierung vor Augen halten, so ist im wesentlichen der natürlichen Gliederung nach Begabungen der Schülerschaft in den Regierungsvorlagen eigentlich Rechnung getragen. Alles übrige, was noch über diesen Gegenstand zu sagen ist, kann in Einzelberatungen gesagt und geklärt werden, und es wird ganz gewiß möglich sein, noch die eine oder andere Einzelheit der beiden Regierungsvorlagen auch zu ändern, um vielleicht noch einen einheitlicheren Zug in die beiden Gesetze zu bringen.

Wenn der Herr Redner der Opposition meint, daß die erste Voraussetzung, die die Vorlagen für ihn annehmbar machen würde, darin besteht, daß die Absolventen einer Allgemeinen Mittelschule oder Bürgerschule, wie sie in der Vorlage heißt, und die Absolventen der „privilegierten" Mittelschule, das heißt der Mittelschule auf Grund einer Aufnahmeprüfung, den gleichen Anspruch auf den Übertritt in die Oberschule bekommen, so kann ich dem nur mit einer starken Einschränkung zustimmen, nämlich mit der Einschränkung, daß denjenigen, die aus der „Allgemeinen Mittelschule" kommen, der Nachweis der gleichen Vorbildung auferlegt werden muß, und dieser Nachweis wird ja außerordentlich erleichtert sein, wenn der Lehrplan der Bürgerschule oder der Allgemeinen Mittelschule auf der einen Seite im

großen und ganzen der gleiche ist wie jener der „privilegierten" Mittelschule auf der anderen Seite. Ich bin vollständig der Meinung — und ich glaube nicht, daß die Regierung anderer Meinung ist —, daß der Lehrplan wirklich ziemlich gleichmäßig für alle Gegenstände angeglichen werden kann und daß nach wie vor als Grundsatz in bezug auf den Lehrplan gelten muß, daß wirklich der Deutschunterricht in den Mittelpunkt des Unterrichtes gestellt werden soll.

Ich will mich ganz kurz mit einem Vorwurf, der leise durchgeklungen ist, auseinandersetzen, daß irgend jemand den Begriff der „Deutschen Mittelschule" preisgeben will. Gewiß, das Wort „Deutsche Mittelschule" ist in der Regierungsvorlage preisgegeben. Aber wir haben nicht dafür zu sorgen, daß ein Schultypus Deutsche Mittelschule ist oder heißt, sondern wir gehen darüber hinaus und sagen, daß alle Typen der Mittelschule eben vom deutschen Geist geleitet werden müssen, daß der Deutschunterricht im Mittelpunkte des Lehrplanes steht. Es darf nicht eine Sonderart Deutsche Mittelschule heißen, sondern alle unsere Mittelschulen müssen in Wirklichkeit und Wahrheit deutsche Mittelschulen sein. Nicht auf das Wort kommt es an, sondern auf den Inhalt des Lehrplans. Es muß der Deutschunterricht in allen Mittelschulen im Mittelpunkte stehen. Wenn wir das festhalten, dann ist es ein Streit um Worte, ob wir es Deutsche Mittelschule nennen oder nicht. Darauf kommt es nicht an.

Vielleicht finden wir sogar eine Möglichkeit, hier einander näherzukommen, wenn ich hier auf ein Moment abschweife, das doch auch hervorgehoben werden soll. Es ist hier von der Angleichung an das reichsdeutsche Schulwesen gesprochen worden. Die Schwierigkeiten dieser Angleichung sind außerordentlich groß, weil eben das deutsche Schulwesen kein einheitliches ist, und es ist ja ganz richtig gesagt worden, daß dann eine Angleichung an irgendein bestimmtes reichsdeutsches Schulwesen festgestellt werden müßte. Aber eines ist sicher: Wir können in bezug auf die Angleichung eines nicht tun, nämlich die Angleichung an die Neunklassigkeit des deutschen Mittelschulwesens. Die Achtklassigkeit, die wir jetzt erst im Begriffe sind, auf die Realschule auszudehnen, zu einer Neunklassigkeit auszugestalten, wird auch dem größten Freunde einer Angleichung an die deutschen Kultureinrichtungen heute nicht möglich sein, zu befürworten, weil wir eben aus wirtschaftlichen Gründen unser Mittelschulwesen kaum zu einem neunklassigen gestalten können. Ich empfehle aber, zu überlegen, ob wir nicht, wenn wir in Zukunft vom mittleren Schulwesen in Österreich reden, das Wort „höheres Schulwesen" im Sinne des deutschen Sprachgebrauches anwenden könnten. Das, was wir Mittelschulen nennen, heißt draußen vielfach „höhere Lehranstalten". Wir könnten in Österreich diesen gleichen Ausdruck gebrauchen, und es könnte dann sogar überlegt werden, ob wir nicht den Begriff des „mittleren Schulwesens" eben für die Jahrgänge vom 10. bis zum 14. Jahre, also für die Untermittelschule und die Bürgerschule, einführen sollten. Da also wäre die Möglichkeit einer Angleichung gegeben.

Um aber auf die Grundforderung des Herrn Redners der Opposition zurückzukommen, die gleiche Übertrittsmöglichkeit in die Obermittelschule für beide Arten von Mittelschulen, für die Bürgerschule und für die Untermittelschule mit Aufnahmeprüfung, so sage ich: Wenn wir uns da den Hauptunterschied klarmachen, der bleibt, so müssen wir, wenn wir uns nichts vormachen wollen, feststellen, daß es eigentlich in Hauptsache der Fremdsprachunterricht ist. Denn in der Regierungsvorlage ist die Angleichung der unteren drei Jahrgänge der Mittelschule soweit durchgeführt, daß eigentlich nur im Sprachunterricht ein Unterschied ist. Dieser Sprachunterricht ist für die unteren drei Jahre allerdings, wenn er in der ersten Klasse beginnen sollte, ein starker Unterschied; wenn man den Sprachenbeginn in die zweite Klasse hinausschiebt, ist er schon bedeutend geringer. Wenn wir uns die sogenannte „privilegierte" Mittelschule, um bei den Worten des Oppositionsredners zu bleiben, vorstellen, so können wir sie uns nur einschließlich des fremdsprachlichen Unterrichtes vorstellen. Es ist ein Schlag ins Gesicht der ganzen Elternschaft und der ganzen Bevölkerung, wenn wir ihr und ihren Kindern eine Mittelschule zumuten wollten, in der keine fremde Sprache unterrichtet wird. Die Erfahrung lehrt, daß die Eltern das geradezu ablehnen. In ihrem Sprachgebrauch nennen sie eine Schule geradezu erst dann eine Mittelschule, wenn in irgendeiner Form dort Fremdsprachen zur Erlernung kommen. *(Glöckel: Auf der Ober- und Unterstufe?)* Auf der Unterstufe natürlich. Die Erfahrung lehrt, daß Kinder geradezu zurückgezogen werden, wenn die Eltern erfahren, daß in der ersten und zweiten Klasse keine Fremdsprache gelehrt wird. So stark ist vielfach das Bedürfnis bei den Eltern nach Erlernung der fremden Sprachen.

Der Herr Präsident Glöckel hat auf die musterhafte Gestaltung der Bundeserziehungsanstalten hingewiesen. Ich frage ihn, ob er weiß, und ich bin überzeugt, daß er es weiß, daß seit zwei Jahren an den Bundeserziehungsanstalten die Deutsche Mittelschule, auf der Unterstufe dort, keinen fremdsprachlosen Zweig mehr aufweist. Warum? Weil gar kein Bedürfnis nach fremdsprachlosen Zweigen, die in der Theorie als Wahlzweige bei der Deutschen Mittelschule existieren, besteht. Das ist mir ein Beweis unter vielen anderen, daß die Elternschaft und das große Publikum von einer Mittelschule erwartet, daß die Kinder dort eine fremde Sprache lernen. Die Erlernung der fremden Sprache wird in den Augen der Öffentlichkeit und des Publikums — auch die Schulmänner können das nicht ablehnen —

als eine Probe darauf, ob man an den Geist dieser Jugend entsprechend starke und größere Anforderungen stellen kann, aufgefaßt. Damit will ich nicht sagen und dafür plädieren, daß die fremde Sprache im ersten Jahre eingeführt wird. Nein, das lehne ich ab. Ich bin der Meinung, daß man sie erst im zweiten Jahre einführen soll. Aber sicher ist, daß man nicht bis zum vierten Jahre die Mittelschule fremdsprachlos machen kann. Auch die Bürgerschule oder die Allgemeine Mittelschule muß bis zum vierten Jahre die Möglichkeit des Fremdsprachunterrichtes geben. Es wird also, wenn jemand die Allgemeine Mittelschule absolviert hat und nicht gezwungen war, eine fremde Sprache zu erlernen, und wenn auf der anderen Seite jemand die privilegierte Mittelschule besucht hat, in der er eine fremde Sprache erlernt hat, in irgendeinem Grade immer ein Unterschied bleiben, der beim Übertritt an die Oberschule nicht zu beseitigen ist. Das werden Sie nicht abstreiten können, und infolgedessen wird die ideelle Forderung, die Sie aufstellen, niemals zur Gänze erfüllt werden können, daß der gleich leichte Übertritt von der einen und anderen Type möglich ist, wie Sie es in Ihrem Vermittlungsvorschlag formuliert haben. *(Glöckel: Es kann doch eine Oberschule mit einer fremden Sprache sein, die erst im fünften Jahre beginnt!)* Ich rede nicht von der Oberschule. Wir haben in den Regierungsvorlagen allerdings die Möglichkeit einer Oberschule mit einer fremden Sprache überhaupt nicht. Ich weiß nicht, ob wir konkurrenzfähig in der Welt bleiben würden, wenn wir dieses Prinzip höchstens einer Fremdsprache auf der Oberstufe einführen würden. Ich erinnere Sie an das Deutsche Reich, wo die Zahl jener Oberschulen nicht selten ist, wo drei fremde Sprachen gelehrt werden, während bei uns grundsätzlich höchstens zwei gelehrt werden. Ich weiß nicht, ob es möglich ist, die Konkurrenz mit den anderen Oberschulen der Welt aufrechtzuerhalten, wenn wir da verzichten und nur mit einer Fremdsprache auf der Oberschule auskommen wollten.

Jeder Vermittlungsvorschlag in dieser Richtung ist mit Vorsicht zu behandeln im Interesse der Wahrung des Niveaus unserer Schulen. Es ist keine Frage, daß wir unser nationales Bildungswesen nur erfolgreich gestalten können, wenn wir uns nicht der Gefahr aussetzen, das Niveau unseres Mittelschulwesens und unseres Schulwesens überhaupt zu gefährden. Diese Gefahr liegt vor, wenn wir an die ungenügenden Ergebnisse der Erfahrungen über die Allgemeine Mittelschule, wie sie in Wien geführt worden ist, anknüpfen wollten. Deshalb könnte ich nicht die Verantwortung dafür tragen, daß man diese noch nicht ganz erprobten Dinge hier einführt. Und warum sind sie nicht ganz erprobt? Da muß ich dem Wiener Stadtschulrat einen Vorwurf machen. Der Wiener Stadtschulrat hat sich gegen die weiteren Erprobungsvorschläge ziemlich ablehnend verhalten. Der Vorschlag Krug, den ich fachmännisch für ausgezeichnet gehalten habe, daß man nämlich drei Klassenzüge an der Allgemeinen Mittelschule erprobt, ist glatt abgelehnt worden. Ich weiß auch, warum. Psychologisch kann ich mir das erklären. Sie sind schon sehr schwer für die Überzeugung zu haben gewesen, daß man zwei Klassenzüge machen muß. Warum? Sie haben eine instinktive Abneigung dagegen, Unterschiede unter den Schülern anzuerkennen. Sie haben den Nivellierungswahn auch auf die Schülerschaft übertragen und haben es sich nur schwer abgerungen, die Schülerschaft in zwei Klassenzüge zu scheiden. Und nun gar in drei Gruppen — das widerspräche noch mehr Ihrem demokratischen Empfinden. Infolgedessen wollten Sie es lieber, wenn schon Konzessionen gemacht werden müssen, bei zwei bewenden lassen. Das ist der innerste Grund, warum Sie sich gegen die Dreizügigkeit gewendet und sich ablehnend verhalten haben. Das ist auch der Grund, warum Sie nicht wollen, daß es Mittelschulen gibt, wo die Begabten besonders ausgelesen werden auf Grund von Aufnahmeprüfungen und warum Sie aus begreiflichen Motiven gegen Doppelzüge in der Mittelschule sind. Wenn wir das überlegen, so meine ich, daß man mit der größten Vorsicht an die Behandlung der Vorschläge herantreten muß, die der Oppositionsredner gemacht hat. Ich billige ihm zu, daß er heute sachlicher war, als das letztemal am Donnerstag. Ich habe damals Sorge gehabt, ob er weiß, was Sachlichkeit ist, als er sachliche Prüfung in Aussicht stellte. Er hatte sich heute gebessert, er ist etwas sachlicher geworden, und ich habe mich infolgedessen mit seinen Vorschlägen heute eingehender beschäftigt. Aber zu weiterer Sachlichkeit, zu äußerster Sachlichkeit lade ich ihn noch weiter ein, und dann werden wir vielleicht wirklich auf einen einheitlichen Weg kommen. Ich habe die Erfahrung mitgemacht, die auch er hier erwähnt hat. Wir haben vor einem Jahre einen Volksschullehrplan gemacht, ich war indirekt daran beteiligt. Der Herr Abg. Glöckel hat heute mit Befriedigung festgestellt, daß wirklich etwas da ist, was als modern für die ganze Welt gelten kann. Dieser Volksschullehrplan ist in der Zusammenarbeit der Fachmänner aller politischen Richtungen fertiggestellt worden. Wenn der Herr Oppositionsredner zu dieser weitergehenden Sachlichkeit wie bei dem Volksschullehrplan bereit ist, dann werden wir auch bei der Beratung des Mittelschullehrplans auf eine mittlere Linie kommen, die uns in diesem Augenblick so nottut, und zwar deswegen, weil wir das Prinzip der Einheitsmittelschule, das auch uns national Denkenden unter bestimmten Voraussetzungen als letztes mögliches Ziel vorschwebt, heute nur unter Preisgabe gewisser Werte, die vor-

handen und unersetzbar sind, durchführen können. Ich glaube, das Einheitliche der beiden Vorlagen, die uns vorliegen, ist so ungefähr beleuchtet worden. Ich glaube, daß wir, wenn wir die Einzelheiten der Beratungen im Unterrichtsausschusse pflegen, vielleicht ein Gebäude errichten können, das sich nach außen hin als ein einheitliches Ganzes geben wird.

Eines aber muß ich noch zum Schlusse sagen. Der Herr Abg. Glöckel hat von zufälligen Mehrheitsbeschlüssen gesprochen. Ich wundere mich, daß es in der Demokratie zufällige Mehrheitsbeschlüsse gibt. Ich habe immer geglaubt, daß die Demokratie in ihrem Wesen darauf basiert, daß Mehrheitsbeschlüsse eben nichts Zufälliges, sondern aus den Verhältnissen zwangläufig herausgewachsen sind. Ich hoffe, daß, wenn etwa bei der Behandlung dieses Gegenstandes zum Schlusse Mehrheitsbeschlüsse notwendig sein sollten, der Herr Abg. Glöckel und die Opposition diese Mehrheitsbeschlüsse nicht als zufällige bezeichnen werden; denn zufällig kann es nicht sein, wenn die Mehrheitsparteien in diesem Hause sich mit ihm dann vielleicht auf einer Linie wenigstens so weit geeinigt haben sollten, daß er das Überstimmtwerden — auch wenn er glaubt, aus irgendwelchen parteipolitischen Gesichtspunkten dagegen stimmen zu müssen — nicht wird aufhalten wollen. Daß das als zufällig bezeichnet wird, mag rhetorisch sehr schön klingen. Aber der Herr Abg. Glöckel hat eigentlich Revolution angedroht, wenn ich mich so kraß ausdrücken soll. *(Zwischenruf Leuthner.)* Bitte Herr Leuthner, der Herr Abg. Glöckel hat erklärt, im nächsten Jahre wird auch das Gymnasium in Wien in der ersten Klasse fremdsprachlos sein, im nächsten Jahre wird an den Deutschen Mittelschulen in Wien soundso unterrichtet werden usw. Wenn wir in die Lage kommen sollten, hier Gesetze zu beschließen, die nicht ganz dem entsprechen, was Sie hier als bestimmt für die nächsten Jahre vorausgesagt haben, und Sie sich dann kraft der, wie Sie sich ausgedrückt haben, Machtverhältnisse, kraft der Macht, die Sie angeblich besitzen, im entgegengesetzten Sinne zur Wehr setzen wollen . . . *(Glöckel: Wenn das Gesetz ist — dem Gesetz werden wir uns selbstverständlich beugen.)* Wir nehmen das mit Vergnügen zur Kenntnis, daß Sie bereit sind, sich dem Gesetze zu beugen. Wir von der Mehrheit sind gewohnt, das zu tun, und nehmen jetzt mit Vergnügen zur Kenntnis, daß auch Sie dazu bereit sind. Ich bin der Überzeugung, sachliche Einigung ist möglich, aber unter Gewaltandrohung, unter der Behauptung, wir unterschätzten die Machtverhältnisse, das heißt, Sie hätten die Macht auch gegen unsere Überzeugung und Mehrheit, schließlich das zu erreichen, was Sie wollen, unter dieser Drohung werden wir keine Gesetze machen. Wir machen Gesetze nur nach unserer innersten Überzeugung, nach der Überzeugung dieser Mehrheit. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Leuthner: Hohes Haus! Das, was der Herr Unterrichtsminister vorzubringen hatte, hat mein Freund Glöckel sowohl vom sozialen als auch vom pädagogischen Gesichtspunkt aus vollständig abgetan, und mir bleibt also nur das Geschäft, mich mit den zwei Rednern zu befassen, die seither gesprochen haben. Es wäre eine Übertreibung, wenn man sagen wollte, daß das ein Ährenlesen sei. Was zunächst, um in der Reihenfolge zu bleiben, Herr Volker dargelegt hat, hat mich eigentlich in der Wertschätzung des Herrn Abgeordneten sehr erschüttert. Ich habe bisher immer, wenn ich seine politischen Reden anhörte, ihn für einen Pädagogen gehalten; jetzt, seitdem ich seine pädagogische Rede gehört habe, muß ich ihn für einen Politiker ansehen. *(Heiterkeit. — Zwischenrufe.)* Ja, der Witz ist alt, aber in diesem Falle schlechthin unvermeidlich. Denn wenn ein gewesener Lehrer hier auftritt und dreiviertel Stunden über die Einheitsschule redet und zu verraten scheint, daß er keine Ahnung davon hat, was überhaupt Einheitsschule ist, muß man sich doch auf das äußerste wundern und muß fragen, ob dieser Mann die Berechtigung hat, in pädagogischen Fragen überhaupt mitzureden. Unter der Einheitsschule versteht man doch nicht bloß, wie Herr Abg. Volker meint, eine Schule, die als Zwangsschule alle Schulpflichtigen umfaßt, sondern unter der Einheitsschule versteht man eine Schule, die den Übergang zwischen der Grundschule und der Obermittelschule darstellen kann, indem sie die gemeinsame Grundlage bildet, von der die Obermittelschule in verschiedenen Gabelungen ausgehen kann. Das ist der Sinn der Einheitsschule, und das Verhältnis der Einheitsschule zu der Allgemeinen Mittelschule, wie sie in Wien eingeführt wurde, ist dies, daß die Allgemeine Mittelschule, die Einheitsschule, in die Form einer Zwangsschule gebracht ist.

Der Herr Abg. Volker hat den Gegenbeweis gegen die Möglichkeit der Allgemeinen Mittelschule damit zu führen gesucht, daß er uns die schlechten Ergebnisse an den Bürgerschulen ziffermäßig vorführte. Warum hat er uns denn nicht erzählt, wie es um die Auslese in der Untermittelschule der alten Schultypen bestellt ist und wie viele von denen, die in die erste Klasse des Gymasiums oder der Realschule oder des Realgymnasiums eintreten, in die fünfte Klasse übertreten? Es ist ungefähr die Hälfte der Schüler, die die Oberschule erreicht. Also auch daraus läßt sich ein Argument gegen die Allgemeine Mittelschule nicht ableiten.

Noch seltsamer haben mich in mancher Hinsicht die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Wotawa berührt. Er findet den eigentlichen Mangel der Allgemeinen Mittelschule darin, daß sie eine Auslese

der Begabungen nicht verbürge, und er hat sich zurechtgelegt, die Allgemeine Mittelschule würde nur dann den Wert haben, den wir ihr beilegen, wenn sie nicht nach zwei Zügen, sondern nach drei Zügen geordnet wäre. *(Dr. Wotawa: Jedenfalls eher!)* Nun ist ja die Scheidung der Begabungen nach drei Gruppen, nach der überdurchschnittlichen, durchschnittlichen und unterdurchschnittlichen, eine recht alte Sache. Aber der Herr Abg. Dr. Wotawa hat schon ganz recht, wenn er sagt, wir seien nicht gerne an die Herstellung der zwei Züge überhaupt gegangen. Nur hinsichtlich der Motive, die er dafür anführt, befindet er sich ganz im Irrtum. Es ist eben ein viel schwierigeres Unternehmen, als er sich klargemacht zu haben scheint, eine Scheidung nach Begabungen vorzunehmen. Diese Scheidung nach Begabungen muß schließlich immer nach dem Urteil eines Menschen geschehen, das vielleicht von einer Konferenz überprüft wird, aber gerade in der Grundschule kann die Überprüfung durch die Konferenz nur eine beschränkte Bedeutung haben, da hier den Schülern ein Lehrer gegenübersteht. Würde die Scheidung gar nach drei Zügen erfolgen, dann müßten sich die Ungerechtigkeiten und die Fehlentscheidungen außerordentlich häufen. Übrigens hat gerade die Allgemeine Mittelschule eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um die Wirkungen von Fehlentscheidungen, die ja nie ausbleiben können, einigermaßen zu mildern. Sie gibt die Möglichkeit, die Kinder aus dem zweiten in den ersten Zug und im Gegenfall aus dem ersten in den zweiten Zug zu übersetzen; und daß das nicht bloß eine theoretische Möglichkeit ist, beweist die Tatsache, daß bis zu einem Viertel der Schüler tatsächlich aus dem zweiten Zug in den ersten und aus dem ersten Zug in den zweiten übersetzt worden sind.

Wenn uns aber nun der Herr Dr. Wotawa die Allgemeine Mittelschule von der Seite als bedenklich erscheinen läßt, daß sie eine vollkommene Auslese nicht ermögliche, wo ist dann die Schule, bei der das Auslesesystem ein klagloses wäre? Meint er vielleicht die bestehenden privilegierten Mittelschulen und deren Auslesesystem? Bitte, darüber gibt es ein Urteil, das ein deutscher Pädagoge auf die Deutsche Mittelschule anwendet. Der sagt: Die Anforderungen, die an die Schüler bei der Aufnahmeprüfung in die Mittelschule gestellt werden, stehen zu dem Zudrang zu dieser Mittelschule im Verhältnis einer abhängigen Variablen. Diese abhängige Variable scheint an einigen Wiener Mittelschulen den Wert Null erreicht zu haben. Denn es gibt in unserer Stadt einen bestimmten Mittelschultypus, der nicht eben sehr gesucht ist. Was ist die Wirkung davon? Daß bei der Aufnahmeprüfung überhaupt seit Jahren niemand mehr durchfällt, ja, daß man den Aufnahmewerbern förmlich nachläuft. Wo ist da das Auslesepprinzip und wo ist da — um wieder auf die Rede des Herrn Ministers zurückzukommen — die Bürgschaft dafür, daß Schulen, die auf ein solches Auslesepprinzip aufgebaut sind, die Kultureinheit aufrechtzuerhalten imstande sein werden?

Was wollen den im Grunde genommen die beiden Gesetzentwürfe, die der Herr Minister eingebracht hat? Sie haben ausschließlich einen negativen Zweck: sie sollen der Allgemeinen Mittelschule ein Ende bereiten; das ist Ihr Wunsch und Ihr Wille. Und sie sollen auf der anderen Seite die alten Typen, die sogenannten grundständigen Typen, erhalten.

Der Herr Minister hat uns eine höchst ungenügende geschichtliche Darstellung der Kämpfe, die der Schulreform vorausgegangen sind, gegeben; er hat vor allem darüber kein Wort gesprochen, welche Gedanken, welche führenden, leitenden Ideen dabei zum Ausdruck kommen. Er hat sich damit begnügt, zu erklären, daß der Typus der grundständigen Schulen derjenige ist, der uns die kulturelle Einheit wirklich erhalten wird. Um die Haltlosigkeit dieser Behauptung zu erkennen, muß man nicht erst in gelehrte pädagogische Erörterungen eingehen, sondern man braucht sich nur den Bestand der jetzigen Mittelschule anzusehen und ein wenig die Früchte zu betrachten, die sie tatsächlich zeitigt.

Herr Dr. Wotawa hat uns gesagt, die Allgemeine Mittelschule könne schon darum nicht die einzige Mittelschule sein, weil die Eltern der Kinder, die die Untermittelschule besuchen, unbedingt den Unterricht in einer fremden Sprache verlangten und eine Allgemeine Mittelschule wenigstens in einem ihrer Zweige fremdsprachlos sein müsse.

Es scheint sonach Herrn Dr. Wotawa wie auch dem Herrn Minister unbekannt zu sein, daß Untermittelschulen in fremdsprachloser Form nicht nur von einer Reihe hervorragender pädagogischer Theoretiker als das einzig Richtige betrachtet werden, sondern daß solche Untermittelschulen auch tatsächlich bestehen. Wenn man sich nun auf den Standpunkt stellt, die Bürgerschule müsse ihre alte Gestalt behalten und dürfe sich nicht gabeln und Zweige absetzen, in denen eine fremde Sprache gelehrt wird, weil sonst die abschließende Bildung für die Bürgerschüler nicht geboten werden könne, so ist auf der anderen Seite die Gegenfrage gestattet, was aus all denjenigen wird, die zwar die Untermittelschule besucht haben, aber nicht die Obermittelschule erreichen, ob ihnen etwa auch eine abschließende Bildung vermittelt wird. Die Allgemeine Mittelschule wäre als Einheitsschule meiner Ansicht nach auch dann zu verteidigen, wenn sie in ihrem ganzen Unterbau eine rein fremdsprachlose Schule wäre; denn die Möglichkeit, eine oder zwei fremde Sprachen in der Obermittelschule tatsächlich zu erlernen, ist allein von der Methode abhängig, in der diese Sprachen gelehrt werden. Was ist denn der Grund, daß man das Lateinische oder das Griechische, das eine acht, das andere sechs

Jahre oder nach dem jetzigen Projekt des Herrn Unterrichtsministers fünf Jahre zwar lernt, aber in der Regel ohne rechten Erfolg lernt? Weil die Art, wie es gelehrt wird, eben in acht und in sechs Jahren so gut wie überhaupt keine Ergebnisse zeitigt. Man braucht nur die Leute zu fragen, die bei den Reifeprüfungen als Prüfer tätig sind, und man wird die befremdensten Urteile über das hören, was an Latein- und Griechischkenntnissen, aber auch an Französisch- und Englischkenntnissen von der Mehrzahl der Schüler an den Tag gelegt wird. Darüber ist ja eigentlich unter den Philologen kein Streit mehr. Sie geben selbst zu, daß ihre Lehrergebnisse äußerst gering sind und deshalb die verschiedenen Versuche, ethisch, moralpädagogisch die starren grundständigen Typen der Mittelschule zu rechtfertigen. Das gilt sogar von Deutschland, gilt aber von der österreichischen Mittelschule vielleicht noch in einem erhöhten Maße. Der Herr Minister hat die bestehenden Typen damit rechtfertigen wollen, daß er erklärt hat, es sei hier ein einheitlicher, geschlossener Lehr- und Bildungsgang gegeben. Ich weiß nicht, wie viele mit ihm übereinstimmen werden, aber ich weiß ganz bestimmt, daß die angesehensten Fachmänner genau der gegenteiligen Meinung sind. Ich glaube, es war Paulsen, der einmal die österreichischen Gymnasien als utraquistisch bezeichnet hat, weil sie der Pflege der alten Sprachen im gleichen Umfange die Pflege einer ganzen Reihe von Gegenständen an die Seite stellen, die man sonst unter dem Sammelnamen „naturwissenschaftlich-mathematische Fächer" zusammenfaßt. Was verlangt eine solche Schule? Eine solche Schule verlangt das berühmte, bei Philologen so beliebte, gleichschwebende Interesse. Aber das gleichschwebende Interesse ist natürlich eine Fiktion, deren Gegenbild die Wahrheit ist, daß die wirklich Begabten, also die Menschen mit einer ausgesprochenen Sonderbegabung, entweder dieser Lehrmethode, die in jedem einzelnen Gegenstande enzyklopädische Vollkommenheit verlangt, erliegen oder daß sie ihre Begabungs- und Neigungsgegenstände vernachlässigen müssen, um für die Gegenstände, für die sie keine Neigung und Begabung haben, alle Kräfte und alle Zeit aufzuwenden. Das Ergebnis davon ist eine graue Masse interesseloser Durchschnittsleistungen. Und das Schlimmste ist nun, daß sich dasselbe Prinzip bei uns auch auf die Realschulen übertragen hat. Auch die Realschule ist bei uns eine utraquistische Schule, sie ist eine Sprachschule und ist zugleich eine Schule der Realien. Darum ist der Versuch, der hier mit der Deutschen Mittelschule eingesetzt hat und den nun auf einer breiteren Basis für die Gesamtheit des Volkes die Allgemeine Mittelschule aufnimmt, nicht nur in dem Sinne bedeutungsvoll, daß er die Bildung demokratisieren, die Bildung zu einem Gut aller machen will, sondern auch darin, daß er die alten starren Typen auflöst und entsprechend der jugendkundlichen Forschung, entsprechend den mit dem 14. Jahre bis zu einem gewissen Grade schon feststellbaren Begabungsrichtungen Rechnung trägt und eine solche Gabelung in den Oberklassen vorbereitet, die tatsächlich die Möglichkeit darbietet, daß jeder in der Richtung seiner Begabung, in der Richtung seiner Neigungen und mit der Konzentration auf sein Begabungs- und Neigungsfach in dem entscheidenden Jahre seiner Ausbildung sein Studium betreiben kann. Der freudelosen Langweiligkeit, die tatsächlich heute über allen Mittelschulen liegt, die das Leid und die Tragödie der Mittelschüler ausmacht, sofern sie begabt sind, sollte gerade durch diese Reform ein Ende gemacht werden. Die Reform fließt aus der Geistesarbeit von mehr als einem Jahrhundert; denn wenn wir uns in die Ideen der Neuhumanisten und der Philanthropen des 18. Jahrhunderts versenken, so werden wir bei ihnen finden — bei Goethe, bei Herder, sogar bei dem Vater des Philologen, bei Wolff —, daß auch sie alle eine möglichste Einstellung der Schule, des Lehrvorganges auf das Subjekt als die einzig richtige Schulmethode und Lehrweise erkannt und bezeichnet haben. Die Gesetzesvorlagen des Herrn Ministers Schmitz kehren zu den alten grundständigen Typen zurück; sie machen nur eine kleine Konzession, die sie in der Form der Bürgerschule darbieten. Eine Möglichkeit des Überganges nach den Mittelschulen soll sich da herstellen und sogar nach allen Richtungen. Ja, der Herr Minister ist noch weitergegangen, er hat gesagt: Wir haben dafür gesorgt, daß der Schüler in der Untermittelschule sowohl als auch in der Bürgerschule nicht allzu schnell eine endgültige Entscheidung treffen muß, daß ihm der Wechsel des Schultypus nicht unmöglich wird. Wenn man aber dieses Ziel verfolgt, dann gerade müßte man an der Einheitsschule in der Form der Allgemeinen Mittelschule festhalten; denn das ist ja der Grundgedanke der Einheitsschule, daß man die vier Jahre zwischen dem 10. und 14. Lebensjahr in einer Schulform verbringt, in der alle Möglichkeiten einer späteren Gabelung gegeben sind. Wenn man das Entgegengesetzte macht, wie es eben die Gesetzesvorlagen des Herrn Ministers Schmitz tun, indem sie zum Beispiel das Griechische und das Englische in das vierte Jahr verlegen, so kann man nicht behaupten, daß den Mittelschülern oder gar den Bürgerschülern die Möglichkeit geboten wird, eine Fehlentscheidung, die ihre Eltern für sie im 10. Jahre getroffen haben, im 13. oder 14. Jahre wieder gutzumachen. Wie soll denn diese Fehlentscheidung gutgemacht werden, wenn der Schüler, der die vierte Klasse des Untergymnasiums oder der Unterrealschule hinter sich hat, nun vor der Aufgabe stünde, zwei fremde Sprachen beim Wechsel des Schultypus zu bewältigen? Ganz dasselbe gilt selbstverständlich für den Bürgerschüler, ja für ihn in noch gesteigertem Maße. Der

Herr Minister will uns einreden, es sei möglich, daß ein Schüler, der die vierte Bürgerschulklasse verläßt, nun etwa gar ein Gymnasium besuchen könnte, wo er dann sowohl in der lateinischen als auch in der griechischen Sprache eine Prüfung ablegen müßte. Oder wie sollte das anders bewerkstelligt werden? Es ist also ganz klar, daß die Vorlagen der Regierung den fruchtbaren pädagogischen Gedanken, der in der Einheitsschule liegt und der durch die Umschaffung der Einheitsschule zur Allgemeinen Mittelschule zugleich seine demokratische und soziale Bedeutung gewinnt, ersticken sollen. Daß wir uns dagegen wehren, das darf den Herrn Dr. Wotawa nicht wundern. Er soll aber nicht glauben, daß wir genötigt wären, deshalb etwa eine Revolution zu machen. So stehen die Dinge nicht. Nach der Gesetzeslage haben wir es eben in der Hand, die Gesetzwerdung der Vorlagen des Herrn Ministers unmöglich zu machen, sowohl nach den Bestimmungen über paktierte Gesetze, als wenn die Mehrheit den Weg wählen wollte, den mein Vorredner bezeichnet hat. Die Herren von der Mehrheit mögen sich davon überzeugt halten, daß wir das wesentliche, was in der Wiener Schulreform liegt, mit allen Mitteln aufrechterhalten werden und daß es Ihnen schlechthin nicht gelingen wird, den Segen, den die Wiener Schulreform in den breiten Massen der Wiener Bevölkerung zu verbreiten begonnen hat, zu vernichten.

Dr. **Hofer:** Hohes Haus! Es ist heute vom ersten Redner der Opposition die Hoffnung ausgesprochen worden, daß die Lösung der Schulreformfrage losgeschält werden möge vom Kampf und Streite der Parteien. Das ist auch unser sehnlichster Wunsch. Der Lösung dieser heiklen und schwierigen Frage muß doch vor allem ein Gedanke vorausgeschickt werden: Wir alle hier in diesem hohen Hause sehen in unserer Jugend das kostbarste lebendige Gut, und es ist unsere Absicht und unser heißester Wunsch, daß wir dieser Jugend eine praktische Erziehung und eine angemessene, eine möglichst hohe Bildung geben. Im Endziel, im Endzweck, da sind wir so ziemlich einig. Dasjenige, worin eine mehr oder minder große Meinungsverschiedenheit Platz greift, sind die Wege, die zur Erreichung dieses Zieles führen. In dieser Beziehung stehen sich die Leitsätze auf der einen Seite und die Richtlinien auf der anderen Seite mehr oder minder schroff gegenüber. Die Grundforderung der Leitsätze ist die Einheitsschule. Der Gedanke der Einheitsschule ist weder etwas ganz Neues noch etwas Originelles. Es hat der Herr Abg. Glöckel selbst heute schon auf die Mittelschulenquete von 1908 hingewiesen. Ich möchte hier daran erinnern, daß in dieser Mittelschulenquete vom Jahre 1908 der Hofrat Professor Lorbeer damals erklärt hat *(liest)*: „Wir sind der Überzeugung, wenn eine Bildung für alle, die sich dem Hochschulstudium widmen, vorhanden wäre, so gäbe es keine verschiedenen Wertmesser der akademisch gebildeten Berufe. Diese Erwägung ist also mit ein Grund, warum wir für die Einheitsmittelschule eintreten und schon vor 30 Jahren eingetreten sind — allerdings für eine Einheitsschule im vollen Sinne des Wortes, bei welcher die Berufswahl bis nach Absolvierung der Schule aufgeschoben wird."

So hat damals in dieser Enquete Professor Lorbeer gesprochen. Es war offenbar zu viel verlangt, aus Rücksicht auf die verschiedene Wertschätzung der verschiedenen Berufe, alle Bildungswege umformen zu wollen. Solange es verschiedene Berufe gibt — und die ganze Kulturentwicklung drängt ja zu immer größeren Berufsmannigfaltigkeiten —, werden sie auch verschieden zu beurteilen sein. Die allerdings vorkommende verletzende Geringschätzung der mehr praktischen Bildungswege stammt nicht aus der Wahrheit, sondern aus einem ganz irrigen Wissensdünkel. Wollte man ernst, wahrhaft ernst zur sozial gerechten Hochschätzung jeder, vor allem auch der körperlichen Arbeit zurückkehren, dann wären derartige Eifersüchteleien von vornherein ausgeschlossen. Die Forderung nach der Einheitsschule sucht ihre Begründung — und mit Recht — in den gewissen Schwierigkeiten der Berufswahl. Die Zahl jener Schüler — das weiß jeder Schulmann, der im Schuldienst tätig ist —, die an einer Mittelschule von der ersten Klasse bis herauf zur letzten mitgeht, ist gewöhnlich sehr gering. Was ist da natürlicher, als daß so ein Schüler und seine Angehörigen, sobald sie nach einiger Zeit merken, daß die Wahl für ihn keine gute war, über die bisher vielleicht unnütz zugebrachte Schulzeit unwillig werden? Da wird dann die Klage laut: Ja, wären unsere Schulen besser und praktischer eingerichtet, besonders das Gymnasium, so wäre der Übergang von einem Berufsweg zum andern ganz leicht und nicht mit Zeitverlust verbunden.

Diesem Übelstand — und der war es ja, der den Ruf nach einer Reform vor allem bewirkt hat — wollen sowohl die Leitsätze als auch die Richtlinien Rechnung tragen und wollen Abhilfe schaffen. Ich glaube, daß der Gegensatz zwischen diesen beiden Wegweisern im Grunde genommen gar nicht so groß ist, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Wenn ich hier von der Einheitsschule spreche, wie sie uns durch die Leitsätze gegeben wird, so möchte ich auf einige Widersprüche hinweisen. Das eine ist sicher, daß die Pflichtuntermittelschule, die einen neutralisierten Unterbau schafft, auf dem sich dann die einzelnen Oberschulen aufbauen, einerseits zu viel und anderseits zu wenig bietet. Das eine ist nicht zu leugnen, daß die Untermittelschulen, wie wir sie bisher hatten, nach Abschluß der vierten Klasse den Anwärtern auf kleinere Beamtenposten und sonst angemessene Berufe eine vollwertige gute

Bildung gegeben haben. Ich glaube, daß das bei der Pflichtmittelschule, wie sie in den Leitsätzen gedacht ist, nicht der Fall sein wird.

Es wird immer gesagt, ja, die Schwierigkeit liegt in der Berufswahl. Glauben Sie, daß auch am Ende der Untermittelschule bei dem Jungen schon eine volle Klarheit über seinen künftigen Beruf herrscht? Von welchen Gesichtspunkten lassen sich denn die Eltern und auch die Schüler meistens leiten? Wer das nicht als Theoretiker, sondern wer das als Schulmann erlebt, wird sich sagen müssen, daß die Gesichtspunkte, von denen sich die Eltern und Schüler meist leiten lassen, die sind: die Eltern fragen sich, wo kommt der Junge zuerst zum Verdienen, zu einer Versorgung, und die Schüler fragen vor allem, wo ist es am leichtesten, wo brauche ich am allerwenigsten zu lernen? Das wird meist der Fall sein.

Die Pflichtmittelschule tut sich außerordentlich viel auf die sogenannte soziale Koedukation zugute. Die Pflichtmittelschule führt aber diesen Gedanken der sozialen Koedukation gar nicht einmal voll durch, weil ja die Trennung der Klassenzüge sofort eintritt und das Gemeinsame, das Turnen, das Zeichnen, die Spiele, nur ein teilweiser geringer Ersatz ist und obendrein noch durch schultechnische Gründe ziemlich erschwert wird. Es ist von hervorragender fachmännischer Seite schon wiederholt erwähnt worden, daß die Sonderung in zwei Klassenzüge innerhalb eines gemeinsamen Schulorganismus für das Ehr- und Selbstgefühl der Schüler empfindlicher ist als die völlige Trennung, abgesehen von der Gefahr einer mechanischen Halbierung der Schülerzahl, einer Teilung nach einem vorbestimmten starren Zahlenverhältnis, was schon ein prinzipieller Verstoß gegen die laute Forderung nach voller Berücksichtigung der Begabung ist.

Außerdem spricht gegen die Allgemeine Mittelschule ihre schultechnische Kompliziertheit, und zwar ganz besonders in abgelegenen Landesteilen. Wie wird es da möglich sein, eine genügende Anzahl solcher Mittelschulen überhaupt zu errichten?

Am stärksten aber spricht zugunsten der Richtlinien die mit der Allgemeinen Mittelschule gegebene Zerreißung unserer Vollanstalten in zwei Hälften. Das widerspricht dem in Deutschland beibehaltenen System der sogar neunklassigen Vollanstalten und schaltet den Wert einer stetig auf ein hohes Ziel gerichteten Arbeit vollständig aus. Wollen wir nicht die Jugend in den Oberstufen überlasten und ihr in den unteren Klassen den ihr zusagenden Arbeitsstoff vorenthalten, so muß schon die Arbeit auf der Unterstufe danach eingerichtet werden.

Die Allgemeine Pflichtuntermittelschule will zugleich ein Abschluß und ein Unterbau sein. Ich glaube, sie wird beiden Forderungen nicht gerecht. Der pädagogische Grundmangel der Einheitsmittelschule liegt gerade in dieser Neutralisierung des gemeinsamen Unterbaues, der zur Folge haben muß, daß alles Wesentliche erst in der oberen Stufe, in der höheren Schule, in den oberen Klassen zusammengedrängt wird, was natürlich dann eine außerordentliche Überbürdung zur Folge haben muß. Daher ist die Spezialisierung der Schulgattungen, bei der die Schule ihren besonderen Charakter behält, bei der die Eigenart jeder Schule voll ausgeprägt bleibt und der betreffende Lehrstoff gleichmäßig verteilt wird, unter Umständen vorziehen. Darin liegt der wesentliche Vorzug der vom Ministerium uns vorgelegten Richtlinien, daß der achtjährige Studiengang, der nun auch für die Realschule gelten soll, festgehalten, aber nicht ganz starr durchgeführt wird. Entsprechend der Alters- und Entwicklungsstufe der Schüler tritt die Betonung der Besonderheit des Studienganges in den ersten Klassen mehr zurück hinter der allgemeinen altersgemäßen Bildungsaufgabe. Der Hauptgegenstand ist der Deutschunterricht, und der früher dominierende Fremdsprachenunterricht ist jetzt unter die Fächer, die sich um den Deutschunterricht gruppieren, eingereiht. Es ist der Fremdsprachenunterricht nicht mehr das ausschlaggebende Moment, nicht mehr der ausschlaggebende Gegenstand bei der Bildung der einzelnen Schultypen. Die ersten drei Klassen der Mittelschule sind vollständig gleichgestaltet. Nur der Gegenstand der Fremdsprache bleibt zur Wahl. Wer mit der Untermittelschule abschließt, wer sich dem Realstudium zuwendet, der wird sich vom Anfang an für die fremde Sprache entscheiden, die anderen wählen das Latein.

Daß auf diese Weise der hohe Bildungswert gerade auch des lateinischen Anfangsunterrichtes durch diese Richtlinien mehr Mittelschülern als bis heute zuteil wird, das wird auch, wie wir aus den verschiedenen Gutachten entnehmen konnten, von den Realisten auf das allerwärmste begrüßt. Es ist nicht uninteressant, daß wiederholt schon Techniker und Professoren der Technischen Hochschule die Forderung erhoben haben, eine humanistische Vorbildung auch denjenigen zuteil werden zu lassen, die sich einem technischen Beruf zuwenden. Es haben hervorragende Professoren der Technik, es hat der Österreichische Ingenieur- und Architektenverein, es hat ganz besonders der fünfte allgemeine österreichische Architektentag im Jahre 1907 sich einhellig für eine einheitliche Mittelschule mit Latein schon auf der untersten Stufe ausgesprochen. In den meisten Mittelschulen, zumal in den kleinen Orten mit nur einer Mittelschule wird die Gabelung des Sprachunterrichtes in der Zukunft auf das allerlebhafteste begrüßt werden. Denn, was das finanziell und moralisch für die Eltern bedeutet, daß sie ohne Beengung der Studienwahl ihr Kind daheimbehalten können und nicht in eine ferne Schulstadt schicken müssen, ist wohl von selbst einleuchtend.

Gestatten Sie, daß auch ich ein paar Worte über die Bürgerschule spreche. Die Mittelschule ist und bleibt letzten Endes die Vorstufe zur Hochschulbildung. Sie verteilt daher erfahrungsgemäß den Lehrstoff auf sieben, künftighin auf acht Jahre. Die Bürgerschule ist für die gewerblichen Berufe im weitesten Sinne, also auch für den Bauern und Arbeiter, bestimmt, die sich alle noch durch mehrere Jahre die Fertigkeiten ihres Berufes aneignen sollen. Der Anwärter auf einen gewerblichen Beruf kann nach vier bis fünf Jahren nicht noch etwa acht Jahre auf der Schulbank sitzen, sonst verpaßt er das günstigste Lebensalter zur Erlernung seiner Fertigkeiten. Was er aber verlangen kann, das ist die Möglichkeit, sich in vier Jahren der Bürgerschule eine, wenn auch minder tiefschürfende, so doch abgerundete Kenntnis des allgemeinen Wissens zu erwerben. Das kann ihm die Untermittelschule nicht gewähren. Das ist es, was der Bürgerschule ihren besonderen großen Wert verleiht. Wenn aber nunmehr einer nachträglich erkennt, er müsse seinen Lebensplan ändern, so ist er nach dem Regierungsentwurf durch die dort vorgesehene Aufbauschule in die Lage versetzt, die wissenschaftlichen Studien bis in die Hochschule hinauf fortsetzen zu können. In diesem Sinne begrüßen wir die Vorlage des Herrn Bundesministers Schmitz und sagen ihm Dank für diese soziale Tat.

Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Es wäre ein ungerechter Vorwurf, zu sagen, daß diese Vorlage einen Rückschritt bedeute. Es ist wie in den Leitsätzen die Hinaufschiebung der Berufsbahnwahl vorgesehen. Es ist durch die Aufbauschule, die nicht etwa eine Sammelstätte für verkümmerte oder verbummelte Studenten werden soll, sondern die eine nur auf wenige Anstalten beschränkte strenge Schule sein wird, Gelegenheit gegeben, daß die wirklich Hochbegabten, die früher keine Möglichkeit gehabt haben, zu einem höheren Studium gelangen. So also wird diesen Hochbegabten jetzt der Zugang zur Hochschule eröffnet. Das alles sind bedeutende Fortschritte, welche uns diese Vorlage bietet.

Ich danke dem Herrn Unterrichtsminister und danke auch seinen fleißigen, arbeitsfreudigen Mitarbeitern im Ministerium, und ich fühle mich verpflichtet, von dieser Stelle aus ihnen deshalb besonders zu danken, weil sie zweimal von dieser Stelle aus eine unverdiente schwere Kränkung erfahren haben. *(Lebhafter Beifall.)* Es ist weder männlich, noch ist es taktvoll, von einer solchen Stelle aus unter dem Schutze der Immunität verdienstvollen Beamten des Ministeriums den Vorwurf der Boshaftigkeit und der Volksfeindlichkeit zu machen. *(Sehr richtig!)* Unter diesen Beamten sind auch Mittelschullehrer, und ich sage nur das eine: wir Mittelschullehrer werden uns diese Stellungnahme des Herrn Präsidenten Glöckel sehr wohl merken. *(Glöckel: Schrecklich! Aber ich habe nichts von den Beamten gesprochen, ich habe von bestimmten Beamten gesprochen! Tatsachen kann man dadurch nicht hinwegleugnen!)* Wir begrüßen also diese Vorlage, weil wir in ihr eine geeignete Grundlage zu Verhandlungen über die Schulreform sehen und in ihr den gangbaren Weg erblicken, der uns aus dem Schulwirrwarr der vergangenen Jahre herausführen möge zu den lichten Höhen einer wahren Schulerneuerung. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Horvatek: Hohes Haus! Es erscheint notwendig, in dieser Debatte über die zwei Schulgesetzentwürfe, die uns vorliegen, einiges auch vom Standpunkte des flachen und breiten Landes zu sagen. In Wien und in den anderen größeren Städten Österreichs liegen die Verhältnisse relativ noch günstiger. Gerade hier in Wien ist es der vorbildlichen Tätigkeit des Wiener Stadtschulrates gelungen, das Schulwesen nicht nur innerlich neu zu gestalten, sondern auch durch die Anbahnung einer Reformierung des Aufbaues dafür zu sorgen, daß die Mittelschule endlich auch den Kindern der Arbeiter zugänglich wird. Es besteht auch in den größeren Orten Österreichs noch die Möglichkeit, daß Arbeiterkinder da oder dort einmal so zwischendurch in eine Mittelschule gelangen können. Der Herr Präsident Glöckel hat schon darauf hingewiesen, daß es der Herr Unterrichtsminister wohl vermieden hat, den Prozentsatz der Arbeiterkinder bekanntzugeben, die eine Mittelschule besuchen. Dieser Prozentsatz ist sicherlich sehr gering und er rekrutiert sich fast ausschließlich aus Gebieten, in denen schon Mittelschulen bestehen. Wie steht es aber draußen in den Dörfern und Industrieorten, wo Arbeiterkinder massiert vorzufinden sind? Wir müssen sagen, das Netz der Bildungsanstalten ist sehr dünn gewebt, und außerdem müssen wir feststellen, daß auch die Errichtung von Bürgerschulen in gewissen Gebieten Österreichs bedeutenden Schwierigkeiten begegnet, so daß wir noch in einer Reihe von Orten, die das Recht hätten, Bürgerschulen zu besitzen, sie nicht errichten können, weil die Errichtung solcher Schulen zu einem Politikum gemacht wird und die Vertreter der Mehrheitsparteien uns die größten Schwierigkeiten dabei bereiten. Für unsere Arbeiterbuben und -mädel besteht einzig und allein die niederorganisierte oder etwas höherorganisierte Volksschule, die die einzige Bildungsstätte für sie darstellt. Es besteht gar keine Möglichkeit, daß irgendein Talent eine weitergehende Ausbildung erfahren kann, weil vor allem das große Hindernis der finanziellen Unmöglichkeit vorliegt. Wie soll ein Vater oder eine Mutter mit einem Monatsverdienst von 100, 120 oder 150 S den begabtesten Sohn oder die begabteste Tochter irgendeiner höheren Bildung zuführen können? Es ist ja ganz schön, wenn hier erklärt wird, daß auf das Schulgeld kein besonderer Wert gelegt wird und daß in besonders

nobler Weise auch dafür gesorgt wird, daß unbemittelte Kinder auch die Lehrmittel bekommen können. Das ist aber alles nicht das Entscheidende, sondern um ein Kind eines Arbeiters ausbilden zu können, müßte es in einen weit entfernten Ort geschickt werden, müßte dort irgendwo untergebracht und entsprechend bekleidet werden, kurz, es würden für die Eltern solche Auslagen erwachsen, daß es in hundert Fällen kaum einmal möglich ist, das Kind der Mittelschulbildung teilhaftig werden zu lassen. In den vorliegenden Gesetzen ist in gar keiner Weise erwähnt, wie auf diese materielle Unmöglichkeit, die breite Kreise unserer Bevölkerung trifft, Rücksicht genommen werden soll, damit begabte Kinder unbemittelter Eltern irgendwie zu einer erhöhten Bildung gelangen können.

Die Bürgerschule selbst vermittelt ja bei weitem nicht das, was als Abschluß des Bildungsganges für ein gut veranlagtes Arbeiterkind notwendig wäre. Die Bürgerschule bereitet, wie ja mehrmals betont wurde, auf praktische Berufe vor, schließt also von vornherein, so wie sie heute organisiert ist, eine Weiterbildung aus. Wenn im Entwurfe über die Bürgerschule auch vorgesehen ist, daß ein Übertritt aus der Bürgerschule in die nächsthöhere Mittelschulklasse ermöglicht wird, so hängt es ja zweifellos von der Durchführung des Gesetzes ab, wie weit dieser Möglichkeit Rechnung getragen werden wird. Wir haben ja in Österreich eine Reihe von recht guten Gesetzen, aber es hängt auch viel davon ab, wie ein Gesetz ausgelegt wird, wie die Verwaltungsbehörden das Gesetz erfüllen. Ich und meine Partei befürchten, daß mit diesem Gesetz, wenn es in der vorgeschlagenen Form Wirklichkeit würde, für die Bildung der breiten Schichten der Bevölkerung gar nichts getan wäre. Heute ist es tatsächlich so, daß für die gesamten Arbeiterkinder draußen auf dem Lande und in den Industrieorten eine höhere Bildungsmöglichkeit nicht besteht, und es ist nicht zu erwarten, daß durch diese zwei Gesetzentwürfe irgendeine wesentliche Änderung eintreten würde.

Ich bin der Meinung, daß nur die Schaffung der allgemeinen, und zwar verbindlichen Mittelschule Gelegenheit schaffen würde, daß unsere Kinder in eine Schule gelangen, die erst die Auslese möglich macht, die erst aufzeigen wird, welche Kinder die Befähigten sind, so daß sich dann die Möglichkeit ergeben wird, diese Kinder zu einer höheren Bildung weiterzuführen. Es ist sicher richtig, daß unsere Arbeiterbuben und Arbeitermädel eine Reihe von Talenten in sich bergen, die bisher nicht erkannt und nicht gepflegt wurden, und es ist zweifellos im Interesse des österreichischen Volkes gelegen, daß diese Talente endlich gefunden werden und in den Kreis jener aufsteigen können, die einmal zur Führung berufen sein werden. Dazu aber muß die Möglichkeit tatsächlich gegeben werden. Schon durch die Schaffung der Einheitsmittelschule würde vor allem das Risiko der Eltern bedeutend herabgesetzt. Während heute tatsächlich ein Vater oder eine Mutter das Kind wegschicken müßte, die Existenz der Familie förmlich aufs Spiel setzen muß um den Versuch zu unternehmen, den Knaben oder das Mädchen weiterzubringen, wobei sich später nach zwei oder drei Jahren herausstellen kann, daß es ein Fehlgriff war, fällt diese Gefahr in dem Momente weg, wo die Kinder in ihrem Orte oder in einem unmittelbar benachbarten Ort die Einheitsmittelschule besuchen können.

Es ist zweifellos, eine ganze Reihe von hervorragenden Psychologen und Reformern hat das festgestellt, und das sagt überhaupt die ganze schulwissenschaftliche Erfahrung, daß eine Entscheidung über die Begabung der Kinder nicht im zehnten Lebensjahr erfolgen kann, daß eine Feststellung der speziellen Befähigung sich erst in der Zeit des Pubertätsalters ergibt. Es wird dieses Risiko für die Arbeitereltern und für die Bauerneltern — und ich werde sehr gerne dem Redner des Landbundes zuhören, was er über eine erhöhte Bildung der bäuerlichen Bevölkerung zu sagen hat — dadurch vermindert. Es wird sich leichter die Möglichkeit ergeben, festzustellen, welche Kinder begabt sind, die dann durch die Aufnahme in die eigentliche Mittelschule oder in die Obermittelschule einer höheren Bildung zugeführt werden. Es ist aber weiters auch so, daß diese verarmten Schichten, diese notleidenden Schichten nur dann ihre befähigten Söhne und Töchter weiterbilden können, wenn sie durch ausgiebige Stipendien unterstützt werden. Heute müßten Stipendien schon verliehen werden an Knaben, an Mädchen, die in die erste Klasse des Gymnasiums oder der Realschule eintreten. Das fällt für die ersten vier Jahre weg, weil diese Einheitsschule sich im Ort befindet und die Familie im eigenen Haushalt imstande ist, das Kind zu erhalten. Infolgedessen würde die Möglichkeit bestehen, die Stipendien, die sonst auf acht Jahre verteilt werden, auf vier Jahre zu verteilen, so daß die doppelte Anzahl von Kindern beteilt werden und damit eine ganze Reihe von Kindern mehr gefördert werden könnte.

Es ist zweifellos, daß für die Kinder des arbeitenden Volkes heute eine aufsteigende Bildung kaum möglich ist, daß eine kleine Möglichkeit nur in den Städten, in denen selbst Mittelschulen bestehen, gegeben ist, daß aber draußen auf dem Lande ein Bildungsmonopol der besitzenden Schichten besteht. Es wird niemand möglich sein, hier nachzuweisen, daß diese Behauptung unrichtig ist oder auf unrichtigen Tatsachen beruht. Wenn also dieses Bildungsmonopol beseitigt werden soll — und das liegt auch im nationalen Interesse, im Interesse des ganzen Volkes —, muß eine Einheitsschule

geschaffen werden, die jedem Kinde des Volkes ohne Rücksicht auf die materiellen Verhältnisse in der Familie einen einheitlichen Unterbau der Bildung gibt, von wo aus dann der Aufstieg in höhere Bildungsanstalten möglich ist.

Es ist ja auch nicht richtig, daß dadurch, daß eine einheitliche Mittelschule geschaffen würde, die große Bedeutung der Bürgerschule als Vorbereitung für das praktische Leben beseitigt wäre. Es sind, wie ich glaube, die weitesten Schichten der Bevölkerung ins klare gekommen, daß die Bürgerschule allein nicht genügt, um wirklich qualifizierte Arbeiter jeder Kategorie heranzubilden, sondern daß sich an die heutige Bürgerschule noch eine Fachbildung anschließen muß und daß eine entsprechende Form des Fortbildungswesens nicht nur für die gewerbliche und industrielle, sondern auch für die bäuerliche Bevölkerung kommen muß. Diese fachlichen Fortbildungsschulen und Fortbildungskurse setzen wieder voraus eine einheitlich fundierte Grundbildung. Die kann nicht vermittelt werden in der Grundschule, sondern nur in der an die Grundschule sich anschließenden einheitlichen Mittelschule. Daher muß man vom Standpunkte der Landbevölkerung sagen, daß die Schulvorlagen, wie sie sich uns hier darstellen, in dieser Form unannehmbar sind, weil sie, wenn auch in etwas versteckter Form, noch immer das Bildungsmonopol für die besitzenden Schichten aufrechterhalten und weil damit jede Aufstiegsmöglichkeit für die befähigten und talentierten Kinder der Arbeiter, Kleinbauern und Gewerbetreibenden unmöglich wäre. Es müßten diese Vorlagen einer sehr weitgehenden Änderung unterzogen werden, um auf jene einheitliche Linie zu kommen, die es ermöglichen würde, daß diese Vorlagen, und zwar in stark geänderter Form, dieses Haus überhaupt passieren. *(Lebhafter Beifall. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Waber den Vorsitz übernommen.)*

Zangel: Hohes Haus! Eines der vorliegenden Gesetze bringt uns gewiß einen Fortschritt, auch vom Standpunkte der Landbevölkerung aus gesehen. Ist doch die Bürgerschule jene Lehranstalt, die dem größten Teil der Landbevölkerung zugänglich ist. Die Mittelschulen sind ja an sich der Landbevölkerung außerordentlich schwer zugänglich. Es ist daher begrüßenswert, daß diese Vorlage wenigstens die Möglichkeit gibt, daß einzelne talentierte Landkinder an die Mittelschule übertreten können. Das wird allerdings nur dann möglich sein, wenn auch die Lehrpläne entsprechend geändert werden.

Wir sehen allerdings in der Bürgerschule vor allem eine fachliche Lehranstalt, eine praktische Schule, und wir haben gewisse Bedenken, daß durch die neuen Lehrpläne die Bürgerschule allzusehr den Charakter einer Mittelschule bekommt und den Charakter einer fachlichen Schule mehr oder weniger verliert. Nun glauben wir aber, daß Mittelschulen mit mehr formaler Bildung bereits zur Genüge vorhanden sind, daß aber gerade fachliche Schulen viel zu wenig vorhanden sind. Ganz besonders können wir dies von den ländlichen Fachschulen sagen. Wir fürchten auch, daß von diesen neuen Bürgerschulen der Weg zu eigenen Mittelschulen nicht besonders weit ist. Wir fürchten, daß es gerade deshalb nicht ausgeschlossen ist, daß diese Mittelschulen, besonders in Wien, als Bundesmittelschulen erklärt werden, und daß dadurch der Landbevölkerung wieder eine neue Last aufgebürdet werden wird.

Schulreformen bekommen wir eine nach der andern. Dabei müssen wir aber sagen, daß die Reform der Landschulen sehr zu wünschen übrig. läßt. Wir benötigen eine Schulreform, die dem ländlichen Charakter unserer Schule Rechnung tragen würde, die uns das bringen würde, was wir uns erhoffen, daß man endlich davon abgeht, die ländlichen Schulen als Abklatsch der Stadtschulen, der Schulen in den Industrieorten anzusehen. Die ländliche Bevölkerung hat andere Interessen als die Stadt und die Industrieorte. *(Glöckel: Dem ist ja durch den Grundsatz der Bodenständigkeit entsprochen!)* Gewiß, der Grundsatz der Bodenständigkeit ist ja heute da, aber ich kann Ihnen versichern, Herr Präsident, daß heute die Landbevölkerung ganz anders empfindet. Wir können Ihnen ruhig versichern, daß trotz aller Lehrpläne die Landbevölkerung von der neuen Schulreform nicht begeistert ist. Es kommt doch aber darauf an, daß jene, die ihre Kinder in diese Erziehungsanstalten schicken, vom Wert dieser Schulen begeistert sind. Nur dann, wenn ich für die Schule, in der mein Kind ist, begeistert bin, werde ich mich auch für diese Schule interessieren. Das Vertrauen ist heute bei der Bevölkerung nicht da, insbesondere bei der Landbevölkerung. *(Forstner: Insbesondere bei jenen, die davon nichts wissen! — Heiterkeit.)* Nein, das ist nicht wahr, es ist absolut nicht wahr, daß der Bauer bildungsfeindlich ist — er hängt mit dieser Schule viel zu wenig zusammen, und wenn wir darangehen würden, eine Schulreform zu machen, die nicht in erster Linie von der Stadt Wien ausgeht, sondern wenn wir diese Reform jene machen lassen würden, die dazu berufen sind, die Landlehrer, dann werden wir jene Reform bekommen, mit der auch die Landbevölkerung zufrieden sein wird. Ich kann absolut nicht sagen — es würde vielleicht schöner aussehen, wenn ich es sagen könnte, aber ich kann es nicht sagen —, daß bis heute der Landlehrerschaft jener Einfluß gewährt worden ist, der ihr gewährt werden muß, wenn solche Dinge auch zu einem Erfolg führen sollen.

Es hat uns heute der Herr Minister auch angedeutet, daß wir zu erwarten haben, daß die Aufbauschule gewürdigt werden wird. Wenn diese Aufbauschule so gemeint ist, daß es möglich ist, daß auch die Kinder aus der höher organisierten Volksschule übertreten können, werden wir gewiß damit zufrieden sein und werden auch darin einen Fortschritt sehen.

Es gibt ja nun gewiß Punkte, mit denen wir nicht ganz zufrieden sein können, aber es wird sich ja im Ausschuß die Möglichkeit ergeben, unsere Wünsche vorzutragen. Ich möchte aber zu einem Punkte doch Stellung nehmen. Dieser Punkt — ich weiß, daß ich auf Widerspruch stoßen werde, aber er berührt mich ganz sonderbar — sind die zwei Klassenzüge, von denen gesprochen worden ist. Was sind diese zwei Klassenzüge? Ich habe so das Bedenken, daß der Klassenzug Nummer 2 sehr bald zum sogenannten Trottelklassenzug herabsinken wird. In der Theorie schaut das ja sehr gut aus, in der Theorie kann man sich vorstellen, daß das bessere, das talentiertere Kind dahin kommt und das minder talentierte dorthin. Nun stelle ich mir aber ganz gut vor, daß der Herr Papa zum Herrn Oberlehrer, beziehungsweise zum Fachlehrer kommt und entrüstet erklärt: Mein Sohn ist so gescheit, wie es keinen mehr gibt! Was soll der Fachlehrer dann machen? Um derartiges aus der Welt zu schaffen, kommt das Kind dann doch in den ersten Klassenzug. Ich möchte das auch vom Standpunkt der kindlichen Psyche aus betrachten. Ich weiß nicht, ob es gut ist, wenn man schon in einer Schule, in einem Hause diese Trennung durchführt und das eine Kind zum anderen sagen kann: Siehst du, ich bin im ersten Klassenzug und du bist im zweiten. Ich weiß nicht, ob das nicht auch von diesem Standpunkt aus Mängel sind. Die Sache ist ja theoretisch sehr schön und auch begründbar, nur fürchte ich, daß in der Praxis die Sache nicht so sein wird. Für das ländliche Schulwesen wird das kaum eine Bedeutung haben, und in Wien wird sich wahrscheinlich aus diesem ersten Klassenzug später doch eine eigene Schule entwickeln.

Der Herr Minister hat uns auch gesagt, daß wir ein Gesetz über die Reform der Lehrerbildung bekommen werden. Gewiß, das wird auch notwendig sein, ja sogar mehr als notwendig, denn schließlich und endlich sind alle diese Gesetze, die uns Schulreformen bringen, überflüssig, wenn wir nicht rechtzeitig an die Reform der Lehrerbildung denken. Diese Lehrerbildung muß uns aber auch das bringen, was wir schon lange verlangen: sie muß auch endlich Rücksicht darauf nehmen, daß die Landlehrerschaft eine entsprechende Ausbildung bekommt. Ich muß hier noch einmal betonen, alle Reformen, die hier von Wien ausgehen, tragen den Stempel der Stadt und tragen den Stempel derjenigen, die sie in erster Linie geschaffen haben. Ich fürchte nun, daß, wenn auch diese Reform hier gemacht werden soll, auch die Lehrerbildung den Stempel der Stadt und des Industrieortes tragen, aber den Bedürfnissen der breiten Landbevölkerung sehr wenig oder gar nicht Rechnung tragen wird. Wir bitten daher heute schon, es möge der Herr Minister auch diesem Umstande ganz besonders Rechnung tragen. Es ist doch selbstverständlich, daß gerade das breite Land — und der Träger des breiten Landes ist ja doch die Bauernschaft —, daß diese Elemente in erster Linie berufen sein werden, die schwere Wirtschaftskrise, in der wir heute leben, zu überwinden, und das wird ja doch nur dann möglich sein, wenn wir jene Schule haben, die unseren Bedürfnissen angepaßt ist. Die Seele der Schule ist aber der Lehrer. Wenn wir also dem Lehrer nicht jene Ausbildung geben, die ihn befähigt, die Landschule dorthin zu bringen, wohin sie kommen muß, dann halten wir von alldem sehr wenig.

Ich glaube aber, heute auch nicht verschweigen zu dürfen, daß alle diese Reformen — und hier habe ich besonders die steirischen Verhältnisse im Auge — nicht viel helfen werden, wenn nicht ein Übelstand beseitigt wird, und da möchte ich mir hier gestatten, die Aufmerksamkeit des Herrn Ministers auf einen Umstand hinzulenken, den ich für den verderblichsten im ganzen Volks- und Mittelschulwesen halte — es ist das die leidige Sache mit der Ernennung der Lehrer und Oberlehrer. Meine sehr Verehrten! Trotz der Gleichberechtigung, die das Gesetz ausspricht, gehen wir heute einem Zustande entgegen, der nicht mehr von jenem einzig richtigen Grundsatz ausgeht, daß nur die Qualifikation, meinetwegen auch noch das Dienstalter und die besondere Eignung, für die Zuerkennung einer Stelle maßgebend sein soll. Davon sind wir schon ziemlich weit abgekommen. Heute ist die Hauptsache die politische Zugehörigkeit des Bewerbers. *(Zustimmung.)* Wir sind ja in dieser Sache mehr oder minder unparteiisch *(Lachen)*, wir sind höchstens der leidtragende Teil, das können wir Ihnen hier sagen. Wenn Sie glauben, daß die Sache vielleicht so lächerlich ist, möchte ich ein solches Beispiel vorbringen. Ich kann Ihnen hunderte, ja vielleicht tausende bringen, wenn Sie es wünschen, aber ich will Ihnen nur ein solches grasses Beispiel anführen, das zeigt, daß es wohl der Mühe wert ist, diese Sache hier im Hause zur Sprache zu bringen — es ist dies der Fall des Oberlehrers Kosek. Der Mann bewirbt sich um eine Stelle. Er ist im Krieg invalid geworden, er hat den Krieg vom Anfang bis zum Ende als Infanterist mitgemacht, hat 25 Dienstjahre und bewirbt sich in einem Bezirk um eine Stelle. Sein eigener Bezirksschulinspektor erklärt, daß er für diesen Posten ganz besonders geeignet ist. Mit ihm tritt ein Bewerber

www.parlament.gv.at

mit 4 Dienstjahren auf den Plan. Es wird erklärt, daß er für den Posten nicht geeignet ist, er bekommt ihn dann aber trotzdem. *(Schiegl: War das ein Christlichsozialer?)* Ich bitte, ich lasse das aus dem Spiel *(Rufe: Ah! Aha!)*, denn ich müßte dann auch von Ihnen sprechen, meine sehr Verehrten, ich habe auch da genügend auf dem Lager. *(Zwischenrufe.)* Ich habe niemanden genannt, wenn Sie es aber wünschen, kann ich ja die Fachlehrer-, beziehungsweise Direktorenernennung von Graz zur Sprache bringen. Dort haben Sie eine Menge solcher Dinge, die auch nicht gerade für Sie werben werden, meine sehr Verehrten! *(Schiegl: Dann bringen Sie sie vor!)* Ich habe keine Ursache dazu, ich mache hier doch nur auf einen Zustand aufmerksam, der wert ist, hier im Hause behandelt zu werden, weil ich mir sage, es ist eine Unmöglichkeit, daß man mit einer Lehrerschaft, die unter einem solchen politischen und geistigen Druck steht, freie Staatsbürger dieser Republik erziehen kann. Wenn Sie für sich in Wien die Freiheit in Anspruch nehmen, so muß ich hier an dieser Stelle für die geknechtete Lehrerschaft des Landes sprechen. *(Beifall. — Zwischenrufe.)*

Präsident Dr. **Waber:** Ich bitte, meine Verehrten, den Herrn Redner nicht zu stören! *(Glöckel: Von wem wird geknechtet? — das ist das Entscheidende!)*

Zangel: Ich werde Ihnen Gelegenheit noch oft genug geben, diese Sache zu untersuchen. *(Glöckel; Machen Sie uns nicht so neugierig!)* Sehen Sie sich einige dieser Besetzungen nur an! Ich habe Ihnen eine vom flachen Land genannt, ich kann Ihnen aber auch eine von Graz nennen. Wir sind, meine sehr Verehrten, sehr interessiert daran, denn in Graz ist auch der Standpunkt heute so, daß ein Landlehrer, und mag er noch so tüchtig sein, nicht hineinkommt, wenn er nicht Ihrer Partei angehört. *(Zwischenrufe. — Forstner: Wenn er Fachlehrer in einer Baumschule ist! — Heiterkeit.)* Das ist nicht richtig. Schauen Sie sich den Lehrerschematismus an, dann werden Sie finden, daß es auf dem Lande sehr hochqualifizierte Lehrer gibt. Ich möchte Ihnen, Herr Abg. Forstner, sagen, daß gerade der Landlehrer hoch zu achten ist, wenn er, obwohl er so weit draußen ist und nicht die leichte Bildungsmöglichkeit hat wie der Lehrer in Wien, auch diese Qualifikation erwirbt. Daß er dann noch bei jeder Bewerbung zurückgesetzt sein soll, das ist entschieden nicht gutzuheißen.

Ich habe nicht die Absicht gehabt, irgendeinen positiven Fall zu nennen, sondern meine Absicht war es, die Aufmerksamkeit des Herrn Bundesministers auf diesen Umstand zu lenken. Solche Zustände sind eine Schande für eine freie Republik. *(Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.)* Wir fühlen uns verpflichtet, das zu sagen, weil wir der Ansicht sind, daß eine Lehrerschaft, die so wenig Nackensteife besitzen darf, wenn sie zu einem Posten gelangen will, nicht in der Lage ist, die Landschule auf jene Stufe zu bringen, auf die sie gebracht werden muß, wenn sie die Landbevölkerung für den heutigen Existenzkampf fähig machen soll.

Das ist unsere Anschauung über die heutige Vorlage und in diesem Sinne werden wir jedes Schulreformgesetz behandeln. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Da kein Redner mehr vorgemerkt ist, ist die 1. Lesung über die beiden Regierungsvorlagen beendet. Die Regierungsvorlagen B. 1 und B. 2 werden dem Ausschusse für Erziehung und Unterricht zugewiesen.

Die Regierungsvorlage B. 5 wird dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen.

Das Bundesministerium für soziale Verwaltung übermittelt den Bericht über den Stand und die Gebarung des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds im Jahre 1926 nebst dem Rechnungsabschluß für 1926. Diese Geschäftsstücke werden dem Ausschuß für soziale Verwaltung zugewiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 8. Juni 1927, 3 Uhr nachm. T. O. vorbehalten.

Schluß der Sitzung: 5 Uhr 30 Min. nachm.

Druck der Österreichischen Staatsdruckerei in Wien. 396 27